



Plenum

40. Sitzung

München, Dienstag, 11. Februar 2020, 14:00 bis 18:37 Uhr

Dank an die Einsatzkräfte beim "Sturmtief Sabine"..... 4995

Geburtstagswünsche für den Abgeordneten **Alexander Flierl** 4995

Rüge gem. § 117 BayLTGeschO..... 4995

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion

"Alternativen zum Mietenstopp - Bezahlbares Wohnen in Bayern nachhaltig sicherstellen!"

Sebastian Körber (FDP).....	4995
Josef Schmid (CSU).....	4998
Jürgen Mistol (GRÜNE).....	4999
Hans Friedl (FREIE WÄHLER).....	5002
Dr. Ralph Müller (AfD).....	5004 5006
Natascha Kohnen (SPD).....	5006
Jochen Kohler (CSU).....	5008
Ursula Sowa (GRÜNE).....	5009
Julika Sandt (FDP).....	5011
Thomas Huber (CSU).....	5012
Ulrike Scharf (CSU).....	5014
Raimund Swoboda (fraktionslos).....	5015 5016
Staatsministerin Kerstin Schreyer.....	5016
Staatsminister Georg Eisenreich.....	5017

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes

(Drs. 18/6095)

- Erste Lesung -

Staatsministerin Carolina Trautner.....	5019
Kerstin Celina (GRÜNE).....	5019 5023
Andreas Jäckel (CSU).....	5021 5023
Dr. Ralph Müller (AfD).....	5024 5025

Susann Enders (FREIE WÄHLER).....	5025
Ruth Waldmann (SPD).....	5026
Julika Sandt (FDP).....	5027 5029
Verweisung in den Sozialausschuss.....	5029

Abstimmung**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Beschluss.....	5029
----------------	------

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. und Fraktion (SPD)

Arbeitssituation des Klinikpersonals verbessern! (Drs. 18/6161)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klinikpersonal wirkungsvoll schützen und stärken (Drs. 18/6216)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Johann Häusler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Mehr Wertschätzung für die Beschäftigten in Bayerns Kliniken, verstärkte Pflege der Pflegenden (Drs. 18/6217)

(Aussprache siehe Plenarprotokoll 18/39)

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 18/6161.....	5030
---	------

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 18/6216.....	5030
--	------

Namentliche Abstimmung zum CSU/FW-Dringlichkeitsantrag 18/6217.....	5030
---	------

Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 2).....	5032
--	------

Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. (SPD)

Klimaschutz statt klimaschädlichem Mega-Wachstum: Alternativen zu Flugverkehr ausbauen, Flüge reduzieren, klimafreundliche Treibstoffe fördern (Drs. 18/4573)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 18/5889)

Florian von Brunn (SPD).....	5030 5032
Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD).....	5032 5036 5038 5040
Eric Beißwenger (CSU).....	5032
Johannes Becher (GRÜNE).....	5034 5036 5039
Benno Zierer (FREIE WÄHLER).....	5037
Christoph Skutella (FDP).....	5040

Beschluss.....	5041
----------------	------

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Potenziale an den Mittelschulen V:

Mehr Leitungszeit für Schulleitungen der Mittelschule (Drs. 18/3978)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 18/5843)

Anna Toman (GRÜNE).....	5042	5045
Peter Tomaschko (CSU).....	5043	5045
Dr. Ralph Müller (AfD).....	5045	5047
Eva Gottstein (FREIE WÄHLER).....	5047	
Margit Wild (SPD).....	5049	
Matthias Fischbach (FDP).....	5050	
Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo.....	5050	
Beschluss.....	5052	

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Sonnenenergienutzung auf staatlichen Gebäuden

(Drs. 18/2866)

Beschlussempfehlung des Bauausschusses (Drs. 18/6221)

Martin Stümpfig (GRÜNE).....	5052	5053	5057
Jürgen Baumgärtner (CSU).....	5054		
Dr. Ralph Müller (AfD).....	5054	5056	
Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER).....	5056	5058	5058
Ferdinand Mang (AfD).....	5058		
Annette Karl (SPD).....	5059	5060	
Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD).....	5059	5060	
Sebastian Körber (FDP).....	5060		
Beschluss.....	5060		

Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehner u. a. (SPD)

Dramatischer Notstand der medizinischen Versorgung: Die Kinderstationen an Bayerns Krankenhäusern müssen gerettet werden! II

(Drs. 18/4993)

Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses (Drs. 18/6202)

Ruth Waldmann (SPD).....	5061	5070
Bernhard Seidenath (CSU).....	5062	
Christina Haubrich (GRÜNE).....	5064	
Susann Enders (FREIE WÄHLER).....	5065	
Roland Magerl (AfD).....	5066	
Dr. Dominik Spitzer (FDP).....	5067	
Staatsministerin Melanie Huml.....	5067	5070 5070 5071
Andreas Winhart (AfD).....	5070	
Namentliche Abstimmung.....	5071	
Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 3).....	5071	

Schluss der Sitzung..... 5071

(Beginn: 13:01 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 40. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich kurz auf das "Sturmtief Sabine" eingehen, das in ganz Deutschland und Europa erhebliche Schäden angerichtet hat und noch immer anrichtet. Auch in Bayern gab es für die Einsatzkräfte eine ganze Menge zu tun: von kaputten Dächern über demolierte Sportanlagen bis hin zu abgerissenen Überlandleitungen. Zwischenzeitlich waren rund 50.000 Haushalte ohne Strom.

Mein persönlicher Dank – ich bin mir sicher, hier auch im Namen des gesamten Hohen Hauses zu sprechen – gilt deshalb den Tausenden bayerischen Ehrenamtlichen, die gestern und heute immer wieder ausgerückt sind und noch immer ausrücken. Dieser Dank gilt allen voran den Freiwilligen Feuerwehren und dem Technischen Hilfswerk, aber auch dem Ehrenamt in seiner ganzen Bandbreite und allen, die angepackt und selbstlos geholfen haben, wenn Menschen in Not oder in Schwierigkeiten waren. Das waren eindrucksvolle Zeichen der Verbundenheit und des Zusammenhalts, auf die wir alle stolz sein können und die unsere höchste Anerkennung verdienen. Deshalb allen Helfern ein herzliches Dankeschön!

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Nun darf ich noch einem Geburtstagskind gratulieren. Der Kollege Alexander Flierl hat am 9. Februar einen runden Geburtstag gefeiert. Hier ergehen im Namen des Hohen Hauses herzliche Glückwünsche.

(Allgemeiner Beifall)

Bevor ich in die Tagesordnung eintrete, möchte ich noch auf die letzte Plenarsitzung am 6. Februar zurückkommen. Die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Katharina Schulze hat in dieser Sitzung bei Tagesordnungspunkt 2 "Zustimmung zur Berufung von Mitgliedern der Staatsregierung nach Art. 45 der Bayerischen Verfassung" die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag in ihrem Redebeitrag als "Neonazis" und die AfD in einem Zwischenruf als eine "faschistische Partei" bezeichnet. Diese Äußerungen sind in ihrer Verallgemeinerung derzeit nicht belegbar und stellen deshalb eine gröbliche Störung der Ordnung gemäß § 117 unserer Geschäftsordnung dar. Das Präsidium ist mehrheitlich zu der Einschätzung gekommen, der Fraktionsvorsitzenden dafür eine Rüge auszusprechen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion

"Alternativen zum Mietenstopp - Bezahlbares Wohnen in Bayern nachhaltig sicherstellen!"

Sie kennen das Prozedere. Grundsätzlich stehen jedem Redner fünf Minuten Redezeit zu, es sei denn, ein Redner verzichtet.

Als erster Redner hat der Kollege Sebastian Körber für die FDP-Fraktion das Wort.

Sebastian Körber (FDP): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am letzten Freitag haben die Initiatoren des Volksbegehrens "6 Jahre Mietenstopp" mit rund 52.000 Unterschriften das Quorum und damit das erste Etappenziel erreicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von Justizminister Eisenreich hört man, das Volksbegehren sei verfassungswidrig. Darüber hat aber eigentlich das Innenministerium zu entscheiden. Ich bin darauf gespannt, was die neue Bauministerin aus fachlicher Sicht dazu gleich sagen wird.

Die Bayerische Staatsregierung hat es jahrelang verschlafen, Lösungen für die Ursachen der teilweise angespannten Mietmärkte in Bayern zu finden. Stattdessen doktert sie immer nur an den Symptomen herum. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das lässt sich an vier wesentlichen Punkten deutlich machen.

Erstens. Die Mietpreisbremse der neuen Mieterschutzverordnung aus dem Jahr 2019 wird nichts bewirken. Auf diese Weise werden nämlich keine neuen Wohnungen gebaut.

Zweitens. Mit der BayernHeim wurde nun eine dritte staatliche Wohnungsbaugesellschaft gegründet, die zu aktuell sehr hohen Marktpreisen Wohnbauprojekte zusammkauft. Damit konkurriert sie mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften vor Ort, die das viel besser könnten, um Fördergelder und die ohnehin knappen Grundstücke. Das ist ein absoluter Irrweg.

Drittens. Das Baukindergeld Plus und die Bayerische Eigenheimzulage induzieren lediglich Mitnahmeeffekte und schaffen keine Anreize für neuen Wohnraum.

Viertens.

(Unruhe)

– Es ist zwar etwas laut, aber ich versuche dennoch weiterzumachen.

(Glocke der Präsidentin)

Es wird sehr zurückhaltend investiert. Gerade die kleineren Vermieter investieren in ihre Immobilien gar nichts mehr. Das wird dazu beitragen, dass auch der von der SPD gewünschte barrierefreie Umbau und die von den GRÜNEN gewünschten energetischen Sanierungen nicht weiter umgesetzt werden können.

Zusammenfassend stelle ich fest: Das Ergebnis ist absolut verheerend. Die Mieten in Bayern sind während der letzten zehn Jahre im Altbaubereich um 40 % und im Neubaubereich um 50 % gestiegen. Das ist eine absolut verheerende Bilanz.

Die Zahl der Baugenehmigungen stagniert weiter. Die Staatsregierung verfehlt auch dieses Jahr ihr selbst gesetztes Ziel, 70.000 neue Wohnungen zu bauen. Damit ist die Staatsregierung kläglich gescheitert; denn die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage wird dadurch nur größer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN, man darf jetzt natürlich nicht den Fehler machen, einen sozialistischen Preisdeckel einzuführen. Wer Mieten einfriert, friert den Neubau ein. Wohnungsbauunternehmen und Investoren würden sich dann weiter zurückziehen. Damit würden noch weniger Wohnungen gebaut. Ein Einfrieren von Mieten würde also genau das Gegenteil des Beabsichtigten bewirken.

(Beifall bei der FDP)

Beim Einfrieren von Mieten unternähme gerade der Kleinvermieter nichts mehr. Die Kleinvermieter bilden mit über 60 % Marktanteil aber diejenige Gruppe am Immobilienmarkt, die am kontinuierlichsten Wohnraumangebot schafft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der beste Mieterschutz besteht in einem ausreichenden Angebot an bezahlbarem Wohnraum. Wir müssen an folgenden Stellschrauben drehen:

Erstens. Die Empfehlungen der Baukostensenkungskommission müssen umgesetzt werden. Man muss das fast schon wie im Film "Und täglich grüßt das Murmeltier" immer wieder sagen. Ich erinnere immer wieder gerne daran, dass diese Vorschläge beim Bundesbauminister – das ist übrigens, weil das immer wieder mal vergessen wird, der CSU-Politiker Horst Seehofer – in der Schublade liegen. Diese Vorschläge müssen wir umsetzen, um damit die Bauvorschriften zu vereinfachen, die Verfahren zu beschleunigen und die Baukosten zu senken.

Zweitens. Die Bayerische Bauordnung muss novelliert werden. Das ist etwas, was langsam ziemlich peinlich wird. Die Staatsregierung verschleppt diese Novellierung seit mittlerweile über einem Jahr.

Frau Ministerin, es gibt ein paar Punkte im Referentenentwurf, die durchaus unterstützenswert sind. Hierbei handelt es sich um digitale Baugenehmigungen und um die Genehmigungsfiktion. Die teilweise überzogenen und kostentreibenden Vorschriften, die die Baukosten und damit auch die Mieten hochtreiben, liegen beim Brandschutz, beim Lärmschutz und bei den Stellplatzsätzen. Man müsste hier an viele, viele Punkte herangehen. Dies würde dazu beitragen, dass die Baukosten wirklich heruntergingen und in der Folge auch die Mieten sanken. Was uns hier bislang vorliegt, ist völlig ambitionslos. Frau Ministerin Schreyer, ich hoffe sehr, dass da noch etwas draufgesattelt werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Frau Ministerin, Herr Staatssekretär, wir können übrigens die von Herrn Söder versprochenen 250 Stellen schon brauchen. Wir brauchen sie aber bitte in den Bauämtern vor Ort, bei den armen Menschen, die die ganzen Anträge auf beschleunigte Baugenehmigungen bearbeiten müssen. Dagegen sind die Stellen in der staatlichen Bauverwaltung doch eher fehl am Platz. Natürlich sind die Mehrkosten, die mittlerweile gerade bei staatlichen Hochbauprojekten anfallen, eine Katastrophe. Es gibt Baukostensteigerungen von 100 % und mehr. Ich kann verstehen, dass man das Geld da brauchen könnte. Es ist aber sinnvoller, diese Stellen den kleinen Bauämtern vor Ort zu geben. Ich unterstütze es, den Bauämtern vor Ort die Auflage zu machen, die Baugenehmigungsverfahren beschleunigt durchzuführen. Also müsste man dort erst einmal die Stellen schaffen. Dort wären sie auch sinnvoll.

Auch die Abschaffung der Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie ist etwas, was dringend angepackt werden muss; denn wenn Menschen in Wohneigentum kommen, entsteht durch sogenannte Sickereffekte die Möglichkeit, dass Wohnraum für Mieterinnen und Mieter frei wird. Das wäre der beste Schutz vor steigenden Mieten.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner spricht Herr Kollege Josef Schmid für die CSU-Fraktion, in diesem Fall zehn Minuten.

(Josef Schmid (CSU): Fünf!)

– Nicht? Bei mir waren zehn Minuten angemeldet.

(Josef Schmid (CSU): Wir haben es aufgeteilt!)

– Entschuldigung!

Josef Schmid (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Kampf gegen den Mietpreisanstieg, induziert vor allem durch die Wohnungsknappheit in unseren Ballungsräumen, ist unser gemeinsames Anliegen und ein wichtiges politisches Vorhaben, gerade auch der CSU-Fraktion. Wir haben mit der Neufassung der Mieterschutzverordnung vor einem halben Jahr 162 Gebiete ausgewiesen, die genau die Umstände aufweisen, auf die wir schauen müssen. Diese Maßnahme zeigt, dass der Kampf gegen den Mietpreisanstieg ein wichtiges Anliegen der Bayerischen Staatsregierung und der CSU-Fraktion ist.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir verzeichnen beispielsweise in München – nur, damit man sich die Zahlen einmal vergegenwärtigt – bei der Erstvermietung von neu gebauten Wohnungen eine durchschnittliche Miete von 19,20 Euro pro Quadratmeter. Für Bestandswohnungen, das heißt Wohnungen, die schon länger existieren, müssen nach einem Mieterwechsel durchschnittlich 16,30 Euro Miete gezahlt werden. Das zeigt, wie dringend das Problem ist.

Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, vor allem von Rot-Grün, der Mietendeckel ist wirklich der völlig falsche Ansatz.

(Beifall bei der CSU)

Dafür gibt es zwei Gründe: Erstens wird er rechtlich keinen Bestand haben, auch wenn das Gutachten von zwei – jedenfalls mir – nicht bekannten Professoren vorliegt; denn dieser Vorschlag ist verfassungswidrig. Sie wissen, dass der Bund von seiner Regelungskompetenz im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung nach Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 des Grundgesetzes Gebrauch gemacht und im Bürgerlichen Gesetzbuch das Mietrecht detailliert geregelt hat; er hat es auch schon wiederholt novelliert.

Ich sage Ihnen auch, dass ein pauschaler Mietendeckel über sechs Jahre – auch ein Mietendeckel, wie er in Bayern vorgesehen ist; der Vorschlag unterscheidet sich ja etwas von dem im Land Berlin beschlossenen Gesetz – materiell-rechtlich verfassungswidrig ist. Er verstößt gegen die in Artikel 14 des Grundgesetzes normierte Eigentumsgarantie, weil er unverhältnismäßig in das Eigentum eingreift.

Meine Damen und Herren, der Mietendeckel ist auch sachlich falsch. Mit einem solchen Gesetz würden Sie dafür sorgen, dass die Privaten keine Wohnungen mehr bauen.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Genau so ist es! – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich weiß schon, wie Sie argumentieren, Herr von Brunn: Sie sagen, in Bayern sei es anders als in Berlin, weil hier der Neubau ausgenommen werden soll. Für diese Ausnahme führen ja auch Sie genau diese Begründung an; Sie räumen es also ein. Sie meinen, wenn der Neubau ausgenommen werde, würden trotzdem weiterhin Wohnungen gebaut. Das ist falsch! Wissen Sie, warum diese Annahme falsch ist? – Ein Investor – ganz gleich, ob es ein institutioneller Investor ist oder ein Mensch, der sich nur für seine Altersvorsorge eine Wohnung zulegt – plant nicht nur für sechs Jahre, sondern viel länger. Wer sich als 35-Jähriger eine Wohnung kauft, plant bis zu seinem Renteneintritt. Wenn es sich um ein gewerbliches Unternehmen handelt, dann umfasst die Planung den gesamten Produktlebenszyklus. Ihnen glaubt doch kein Mensch, dass ein solcher Mietendeckel nur sechs Jahre bestünde. Wenn Sie erst einmal eingestiegen sind, werden Sie ihn beibehalten.

Deshalb verhindert der Mietendeckel den Wohnungsbau, und das ist das Allerschlimmste. Der Mietendeckel ist kontraproduktiv; denn er sorgt dafür, dass für wesentlich weniger Wohnungen noch höhere Preise aufgerufen werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP – Alexander König (CSU): Sozialistischer Unfug!)

Was ist richtig? – Richtig ist ein Bündel von Maßnahmen, wie es die Bayerische Staatsregierung schon geschnürt hat. Zum einen geht es um eine Änderung der Bayerischen Bauordnung, die wir gerade betreiben. Damit wird Bauen schneller und einfacher möglich; es wird entbürokratisiert. Herr Kollege Körber hat es zum Teil schon angesprochen. Schon deshalb trifft die Aussage, insoweit habe die Bayerische Staatsregierung irgendetwas verschlafen, nicht zu. Auch in der ferneren Vergangenheit war das nicht der Fall. Das kommunale Planungsrecht ist eben kommunal. In München hatte Rot-Grün bis 2014 eine ganze Menge verschlafen, die Bayerische Staatsregierung mit Sicherheit nicht.

Wir müssen den ländlichen Raum stärken, weil jemand, der in seiner angestammten Gemeinde bleibt, den Wohnungsdruck in den Ballungsräumen nicht erhöht.

Wir brauchen auch Änderungen im Steuerrecht. Dazu gibt es entsprechende Vorschläge und Bemühungen der Bayerischen Staatsregierung. Das ist eine Bundesthematik.

Es geht darum, stärker zu fördern. Insoweit hat die Staatsregierung ebenfalls einiges auf den Weg gebracht.

Vor allem, verehrte Damen und Herren, müssen wir mehr bauen und damit das Angebot vergrößern, weil wir das Problem grundsätzlich über den Markt regeln wollen. In München hieße das beispielsweise, Verkehrsachsen zu überbauen und grundsätzlich um zwei Stockwerke aufzustocken. Ein Potenzial an Wohnungen für 150.000 bis 200.000 Menschen! Leider haben SPD und GRÜNE in München diesen Vorschlag abgelehnt. Das wäre aber eine sinnvolle Maßnahme.

Deshalb bleibt als Resümee: Ihr Vorstoß zum Mietendeckel ist populistisch. Er soll Sie bei den Kommunalwahlen unterstützen. Wirkungsvoll ist dieses Instrument nicht und verfassungswidrig allemal.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat Herr Kollege Jürgen Mistol für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Aber jetzt zehn Minuten!

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! "Der Markt wird es schon regeln." – Lieber Kollege Körber, das mag Ihr liberales Patentrezept sein. Ich sage: Wohnen ist keine Ware. Wohnen ist aus unserer grünen Sicht, auch aus meiner Sicht, ein Grundbedürfnis aller Menschen. Wohnen ist ein Menschenrecht.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Die Wohnung ist Zentrum unseres Lebens und Ausdruck unserer Individualität. Die Wohnung ist der Ort, den wir Menschen als Heimat empfinden und der uns Sicherheit gibt, weil wir dort Familien bzw. Lebensgemeinschaften gründen, Freizeit verbringen und in der Regel bis ins hohe Alter hinein selbstbestimmt leben wollen. Wenn die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land nicht mehr das Gefühl haben, sich dieses Grundbedürfnis noch leisten zu können, dann muss es uns Politikerinnen und Politiker doch nicht wundern, dass rasant steigende Mieten dazu führen,

dass die Menschen auf die Straße gehen, um ihren Unmut kundzutun, auch durch eine Unterschrift unter ein Volksbegehren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist doch so: Die Mieten in den bayerischen Städten und generell in den wachsenden Ballungsräumen sind in den vergangenen zehn Jahren geradezu explodiert. Sie fressen den Großteil des Einkommens vieler Menschen auf. Es gibt für den Einzelnen und die Einzelne keine Alternative. Günstige Wohnungen sind mindestens so rar wie der Schnee in diesem Winter. Immer mehr Menschen wohnen dort, wo sie wohnen müssen, und nicht dort, wo sie wohnen wollen. Der Frust über die schnell steigenden Mieten schlägt schnell in Angst um. Die über 50.000 Unterschriften für das Volksbegehren "Mietenstopp" zeigen, dass die Menschen in unserem Land kein "Weiter so" mehr akzeptieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist, mit Verlaub, ein Weckruf an die Regierenden, an diejenigen, die in unserem Land die Verantwortung tragen. Sie müssen erkennen, dass es so weit gekommen ist. Gerade weil das Dach über dem Kopf ein knappes und wertvolles Gut ist, darf es eben nicht allein den Kräften des Marktes überlassen werden.

Dabei haben uns die Mütter und Väter unserer Bayerischen Verfassung in Artikel 106 einen ganz klaren Auftrag gegeben. Ich zitiere Absatz 1:

Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.

Absatz 2:

Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden.

So steht es in der Verfassung!

Liebe Kollegin, liebe Kollegen von der FDP, in der Verfassung steht: "billige Volkswohnungen"; heute würde man "bezahlbare Wohnungen" sagen. Es geht also nicht um irgendwelche Wohnungen, schon gar nicht um Luxuswohnungen, sondern um Wohnungen, die sich die Menschen leisten können. Wenn wir die Verfassung ernst nehmen – wir GRÜNEN nehmen sie sehr ernst –, dann müssen wir wesentlich mehr Fördergelder für den öffentlich geförderten Wohnungsbau in die Hand nehmen als bisher.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

An dieser Stelle möchte ich auch die neue für das Thema Wohnungsbau zuständige Ministerin direkt ansprechen. Die Situation ist doch: Der soziale Wohnungsbau stagniert, und bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware.

Frau Schreyer, die grüne Landtagsfraktion und ich ganz persönlich freuen uns auf ein gutes Miteinander und einen konstruktiven Austausch zu allen Fragen rund um das Thema bezahlbares Wohnen.

Kolleginnen und Kollegen, während in vielen bayerischen Städten das Mietniveau unaufhaltsam steigt – es steigt übrigens dort stärker, wo weniger gebaut wird; das ist richtig –,

(Sebastian Körber (FDP): So ist es!)

ist der Bestand an Sozialwohnungen erheblich geschmolzen. Gab es im Jahr 1988 noch gut 495.000 Sozialwohnungen im Freistaat, so ist der Bestand bis 2018 auf etwa 136.000 gesunken.

Man muss vielleicht auch darauf hinweisen: Seit der Föderalismusreform im Jahr 2006 tragen die Bundesländer die Verantwortung für die soziale Wohnraumförderung. Wurden Mitte der 1990er-Jahre noch jährlich 348 Millionen Euro für die Wohnraumförderung bereitgestellt, waren die Mittel im Jahr 2017 – das ist noch nicht lange her – im bayerischen Staatshaushalt sogar auf 87 Millionen Euro gekürzt worden; das war der niedrigste Stand in der Wohnraumförderung.

Mit momentan 365 Millionen Euro aus dem Staatshaushalt ist aus unserer Sicht die Wohnraumförderung weiterhin grob unterfinanziert, und ohne verlässliche Förderung kann es auch keine Kontinuität beim sozialen Wohnungsbau geben. Nun haben wir den Wohnungspakt Bayern. Damit sollten bis Ende 2019 28.000 neue öffentlich geförderte Wohnungen entstehen – ein respektables Ziel. Die Zielmarke, jährlich 7.000 Wohnungen fertigzustellen, konnte jedoch nicht erreicht werden.

Kolleginnen und Kollegen, wie sieht nun die aktuelle Situation aus, die aktuelle Strategie der Staatsregierung, um den Problemen beim Wohnungsbau zu begegnen? – Beim Thema Wohnen legt die Staatsregierung mit dem Baukindergeld Plus sowie der Eigenheimzulage den Fokus auf den Eigentumserwerb. Dabei ist festzustellen: Baukindergeld und Eigenheimzulage verursachen hohe Kosten und haben kaum Wirkung. Der dringend benötigte neue Wohnraum entsteht nur in geringem Umfang. Ich habe nachgefragt. Die Staatsregierung sagt selbst: 85 % der bisherigen Fördergelder fließen in den Erwerb von Bestandsimmobilien. Und: Neuer Wohnraum entsteht auch nicht dort, wo er dringend benötigt wird. Er entsteht eben nicht in den wachsenden Ballungsräumen. Das Schlimmste ist: Die Fördermaßnahmen wirken als zusätzlicher Preistreiber auf dem Wohnungsmarkt. Dies ist genau der falsche Effekt, der damit erzielt wird. Was man außerdem sagen muss: Mit der Privatisierung der staatlichen Wohnungsbaugesellschaft GBW hat die Staatsregierung vor wenigen Jahren 33.000 günstige Wohnungen unnötigerweise aus der Hand gegeben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Jawohl!)

Die Gründung der BayernHeim war von Markus Söder gewissermaßen als Kompensation gedacht. Sie kann diesen Verlust aber überhaupt nicht kompensieren, im Gegenteil: Das Söder'sche Prestigeobjekt bringt den sozialen Wohnungsbau im Freistaat keinen Millimeter voran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stattdessen schränkt es den finanziellen Spielraum gemeinwohlorientierter Wohnungsunternehmen erheblich ein. Ohne eigene zusätzliche Finanzmittel für den sozialen Wohnungsbau speist sich die BayernHeim nämlich aus Mitteln der regulären Wohnungsbauförderung. De facto werden dadurch Fördergelder für dringend benötigte Bauprojekte, insbesondere für die der Genossenschaften und der kommunalen Unternehmen, gekürzt. Lassen Sie es mich deutlich sagen: So funktioniert das nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, wir GRÜNEN sagen ganz klar: Der Instrumentenkasten für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum muss ausgebaut werden. Wir brauchen endlich Vorfahrt für den öffentlich geförderten Wohnungsbau. Jährlich braucht es unterm Strich mindestens eine Milliarde Euro. Damit müssen jährlich mehr als 10.000 Sozialwohnungen gebaut werden, um die Nachfrage in diesem Segment befriedigen zu können. Wir GRÜNEN fordern ebenfalls, die Sozialbindung endlich verbindlich auf vierzig Jahre zu erhöhen. Außerdem wollen wir GRÜNEN, dass genossenschaftliche Wohnungen als dritte Säule der Wohnraumversorgung neben

Eigentum und Miete deutlich gestärkt werden, beispielsweise durch die Zeichnung von Genossenschaftsanteilen, indem man diese ebenfalls fördert.

Nicht zuletzt wollen wir GRÜNEN Spekulationen mit Grund und Boden im Rahmen der Grundsteuerreform entgegenwirken. Auch die Einrichtung revolvingierender Bodenfonds und insgesamt ein verstärkter Erwerb von Baugrund durch den Bund, aber auch durch das Land und die Kommunen, können den Anstieg der Bodenpreise dämpfen. Außerdem – dies gehört für uns GRÜNE ebenfalls dazu – wollen wir Mieterhöhungen auf den angespannten Wohnungsmärkten begrenzen. Wir halten es für notwendig, die Mietpreisbremse dauerhaft im Mietrecht zu verankern und auch den Mietspiegel zu reformieren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Kolleginnen und Kollegen, abschließend sage ich: Um bezahlbare Wohnungen in ausreichender Zahl im Freistaat herzustellen, erwarten wir GRÜNEN uns von der Staatsregierung einen gut gefüllten Instrumentenkasten, der für alle Landesteile passende Werkzeuge enthält; und was den öffentlich geförderten Wohnungsbau betrifft, muss die Devise heißen: Verlässlichkeit, Planungssicherheit und deutlich mehr Fördergeld aus dem Haushalt des Staates. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, ergeht die Information an die Kolleginnen und Kollegen, dass zur Listennummer 25 der Anlage zur Tagesordnung namentliche Abstimmung beantragt wurde. – Als Nächster hat der Kollege Hans Friedl für die Fraktion FREIE WÄHLER das Wort; Redezeit ebenfalls zehn Minuten.

Hans Friedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der Aktuellen Stunde, heute durch die FDP-Fraktion beantragt, "Alternativen zum Mietenzwang – Bezahlbares Wohnen in Bayern nachhaltig sicherstellen!" ließ mich zunächst ein wenig schmunzeln. Der Titel beinhaltet ja quasi schon die Aussicht auf Vorschläge – auf die ich gespannt war – von einer Partei, die aktuell nicht so tolle Antworten in der Politik bieten konnte. Auch dies wäre vielleicht ein Thema für die heutige Aktuelle Stunde gewesen.

(Sebastian Körber (FDP): Es waren viele gute Vorschläge dabei!)

In der Sache sind wir uns einig, so glaube ich:

(Sebastian Körber (FDP): Aha!)

Mietenzwang, Mietpreisbremse – oder, wie man ein solches Instrumentarium zum Einfrieren der Mieten auf dem jetzigen Stand auch nennt –: Hilfreich sind sie nicht.

Dazu möchte ich einige Punkte anführen. Auf der einen Seite gibt es Bedenken, was die Haltbarkeit dieser Konstrukte vor deutschen Gerichten betrifft. Will man sich diesem Risiko aussetzen? Will man sich über Jahre vor Gericht streiten, um die Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz überprüfen zu lassen? Und wie lange dauert ein solcher Rechtsstreit? Ist er vielleicht letztinstanzlich durchgeföhrt, wenn die Maßnahme des Mietenzwangs eigentlich schon beendet sein sollte? – Aber gut, von den GRÜNEN haben wir gehört: Sie wollen es ja auf Dauer haben. Was geschieht mit dieser sozialen Maßnahme, wenn in der letzten Instanz entschieden wird, dass sie gegen unsere Grundordnung verstößt? Geht dann alles in einem Rutsch auf den Deckel des Mieters? Mietnachzahlungen in diesen Höhen werden sich die meisten, die der Mietenzwang schützen sollte, nicht leisten können. Wer

muss dann einspringen? Gilt hier im Zweifelsfall das Verursacherprinzip? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, durch den Mietendeckel werden mehr Fragen aufgeworfen, als er Lösungen bieten kann.

Es werden immer wieder Beispiele zitiert. Ich denke dabei an Wien. Dieser Vergleich hinkt jedoch absolut. Der Wohnungsmarkt ist in Wien so reguliert, weil die Mehrheit der Wohnungen unter städtischer Kontrolle steht. Also ist es auch hier eher eine freiwillige soziale Maßnahme der Stadt Wien. Sie treibt aber auch ihre Blüten. Beispielsweise wird die Bedürftigkeit nur beim Einzug geprüft, oder sozial begünstigte Wohnungen können gar vererbt werden. Ist dies ein System, wie wir es bei uns wünschen?

(Horst Arnold (SPD): Planwirtschaft!)

Auch wenn das Volksbegehren Mietenstopp nun die erste Hürde genommen hat und über 50.000 Unterschriften gesammelt wurden, ist es in meinen Augen ein Irrglaube, dass mit diesem Volksbegehren wirklich die Misere der ausufernden Mieten in den Ballungsräumen in den Griff zu bekommen ist, wenn gerade einmal 50 % der Mieter dadurch einen Vorteil hätten; und die Kappung von Mieten erzeugt nun einmal keine Lust bei Gesellschaften oder privaten Bauherren, in den Wohnungsbau zu investieren. Nur anhaltender Wohnungsbau kann hier zu einer Trendwende führen, und der Freistaat hat dazu schon einiges ins Feld geführt, um auf dem Wohnungsmarkt zu wirken. Bayern will den Anteil der Wohnraumeigentümer erhöhen und hat entsprechende Fördermittel in den Haushalt eingestellt. Wir sind der Meinung: Fördern statt Verbieten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das Baukindergeld Plus in Ergänzung der Förderung durch den Bund und die Eigenheimzulage sind nur zwei Beispiele. Aber nicht nur diese Art des Wohnungsbaus wird gefördert, auch die Kommunen werden unterstützt, wenn sie selbst bauen, umbauen oder modernisieren und damit bezahlbaren Wohnraum schaffen. Das Kommunale Wohnraumförderungsprogramm war bis zum Jahre 2019 befristet; es wird nun bis zum Jahre 2025 fortgeführt. Dafür werden in den Jahren 2019 bis 2025 insgesamt mindestens 1,05 Milliarden Euro bereitgestellt; das sind jährlich 150 Millionen Euro.

Unser Freistaat investiert selber in den Wohnungsbau. Hier könnte man sagen, man wolle die alten Fehler korrigieren; aber ist es nicht besser zu agieren und nicht immer nur zu reagieren?

Gemeinsam werden die drei staatlichen Wohnungsbaugesellschaften, die Bayern-Heim, die Stadibau und das Siedlungswerk Nürnberg ihren Wohnungsbestand von derzeit knapp 16.000 Wohnungen in den nächsten Jahren auf 28.500 Wohnungen erhöhen. Vielleicht ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Trotzdem geht der Freistaat Bayern auch an dieser Stelle mit gutem Beispiel voran.

Die Förderung ist die eine Seite der Medaille. Über die andere Seite der Medaille haben wir uns hier im Plenum auch schon ausgetauscht, nämlich bei der Beratung über die Bayerische Bauordnung. Hier galt es und gilt es weiterhin, diese zu entschlacken. Das haben wir bereits erfolgreich auf den Weg gebracht. Hier möchte ich nur auf die wichtigsten Entschlackungen eingehen: Digitalisierung der Prozesse bei der Erteilung von Baugenehmigungen und Einführung einer verbindlichen Frist. Stichwort: Genehmigungsfiktion.

Ein Bauantrag sollte in Zukunft nicht mehr länger als drei Monate Bearbeitungszeit brauchen, ausgenommen die Sonderbauten.

(Zuruf von der CSU)

Das ist im Übrigen ein Prozess, der sich bei anderen Verwaltungsakten bereits seit Jahren bewährt hat.

Der Dachgeschossausbau ist in Zukunft genehmigungs- und verfahrensfrei. Das heißt, er soll es sein. Dies hört sich vielleicht nur nach einer kleinen Schraube an, aber hier findet sich ein ungeheures Potenzial sowohl in der Stadt wie auch auf dem Lande.

Bei dieser Frage sind auch die Kommunen in der Pflicht, denn es sind die Bebauungspläne, die das gestatten müssen. Wer kennt nicht aus Gemeinderatssitzungen das Argument: Das haben wir noch nie so gemacht, also machen wir es jetzt auch nicht. Ich denke, hier brauchen die Kommunen einfach mehr Mut.

Die Entrümpelung der in der Bayerischen Bauordnung formulierten Standards, die damit einhergehende Reduktion der Baukosten sowie die sogenannte Typengenehmigung spielen hier eine Rolle.

Ein weiteres Thema, das sich positiv auswirken wird, ist die Neuformulierung der Abstandsflächen. Das kann jeder selbst nachlesen.

Ich komme zu weiteren wichtigen Punkten bei der Neuformulierung der Bayerischen Bauordnung: Nun haben es die Kommunen in der Hand, wie, wo und welche Kinderspielplätze in der Gemeinde zu errichten sind. Hier stehen individuelle Lösungen im Raum, mit denen Freiräume geschaffen werden können.

Auch das Thema Stellplatzpflicht kann flexibler angegangen werden. Nun können moderne Verkehrskonzepte des Sharings berücksichtigt werden, und man muss nicht mehr eine theoretisch benötigte Zahl von Stellplätzen bauen.

In Zukunft wird dadurch Fläche gespart und gerade in den Ballungsräumen auch sinnvoller verwendet. Denn gerade da soll ja der Mietestopp eingesetzt werden. – Ich danke fürs Zuhören und möchte meine Ausführungen damit beenden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die AfD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Dr. Ralph Müller das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Ralph Müller (AfD): Geschätzte Besucher, wertes Präsidium, sehr verehrte Damen und Herren! Die überspitzte Situation und das Desaster am Immobilien- und Wohnungsmarkt sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen Versäumnis- und Versagenspolitik der Altparteien, des Versagens der CSU und der Bayerischen Staatsregierung.

Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Söder zu Beginn unserer Legislaturperiode zeigt hingegen keinerlei konkrete Wege aus der Krise am Wohnungsmarkt. Wir von der AfD haben die Alternativen und wirksame Konzepte für die bayerische Politik, damit bezahlbarer Wohnraum für die Bürger Bayerns entsteht. Das sind primär freiheitlich-marktwirtschaftliche Maßnahmen ohne eine sozialistisch verhängnisvolle Planwirtschaft.

(Zurufe von der CSU)

Sozialismus hat im 20. und 21. Jahrhundert immer Unrecht, Bevormundung und oftmals Verelendung über die Menschen gebracht.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der CSU: Genau wie Sie jetzt!)

Der Satz "Freiheit statt Sozialismus" gilt für uns mehr denn je. Deswegen lehnen wir alle Folterinstrumente aus der marxistischen Mottenkiste entschieden ab.

(Unruhe)

Wir setzen dem entgegen: Mehr bauen, weniger regulieren. Schon sind laute Stimmen zu hören, Immobilien- und Mietpreise bedürften einer staatlichen Regulierung, um die Bürger vor angeblichem Wucher zu schützen. Als einzige Partei streitet die AfD für eine ganzheitliche Sicht auf die Ursachen des Immobilienpreisbooms, während die Altparteien aus ideologischen Gründen wichtige Faktoren auszublenden versuchen,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

wahrscheinlich weil damit sehr viele politische Lebenslügen verbunden sind. Ein multifaktorielles Politikversagen führt zur beschriebenen Marktzerstörung. Das ideologische Festhalten an der nicht überlebensfähigen Kunstwährung Euro hat Maßnahmen wie Nullzinspolitik und Minuszinspolitik der Europäischen Zentralbank begründet.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Unter solchen volkswirtschaftlichen Bedingungen ist eine Flucht in Sachwerte ebenso logisch und rational nachzuvollziehen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Schön abgelesen!)

Extremer preistreibender Druck auf den Wohnungsmarkt und somit auf die Immobilienpreise kommt verschärfend durch den illegalen Zuzug von zwei Millionen überwiegend Asylbetrügern und Sozialplünderern aus außereuropäischen Ländern seit 2015 hinzu.

(Lebhafter Beifall bei der AfD – Anhaltende Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nicht zu vernachlässigen sind auch die hohen Zuzüge aus dem EU-Ausland. Mehr bauen, weniger regulieren heißt das Gebot der Stunde.

Ein geändertes, gelockertes Abstandsflächenrecht beispielsweise erlaubt eine bessere Flächennutzung. Die Öffnung von Gewerbegebieten für die Wohnbebauung würde das zur Verfügung stehende Flächenangebot vergrößern. Großzügige Sonderabschreibungen würden die Finanzierung der Wohnbebauung erleichtern.

Zu nennen ist weiterhin zum Beispiel die Abschaffung der Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie.

(Beifall bei der AfD)

Die Einführung einer angepassten Eigenheimzulage in der beträchtlichen Höhe von 10.000 Euro über acht Jahre würde für bauwillige Menschen, die sich ein Eigenheim anschaffen wollen, zusätzliche Effekte schaffen.

Teilweise unsinnige, aber preistreibende Vorschriften wie die Energieeinsparverordnung bzw. das Gebäudeenergiegesetz müssten angepasst werden.

Eine sinnvolle Entschlackung der Bauvorschriften im Sinne der Bayerischen Bauordnung tut not. Verfahrensbeschleunigung auch mittels Digitalisierung und die De-

regulierung von Brandschutzauflagen und Ähnlichem führen zu weiteren wichtigen Kostensenkungseffekten bei den Gesteungskosten.

Mit der Einführung einer Fiktionsfrist bei Landratsamt und Baubehörden würden die Verfahren automatisch dadurch beschleunigt, dass der Antragsteller nach Ablauf der Frist ins Recht gesetzt würde.

Schließlich würde zum Beispiel der Bau von Mitarbeiterwohnungen durch die Möglichkeit von Sonderabschreibungen gefördert.

Ziel unseres AfD-Konzepts ist es, zur Aktivierung und Sicherstellung des Wohnimmobilienbaus

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege!

Dr. Ralph Müller (AfD): mit dem Wahlspruch "Mehr Bauen, weniger regulieren" von möglichst vielen Richtungen aus

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen!

Dr. Ralph Müller (AfD): sowohl auf die Preisentwicklung dämpfenden Einfluss zu nehmen, als auch die Chance zu bieten, möglichst schnell den notwendigen Wohnraum schaffen zu können.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist erschöpft.

Dr. Ralph Müller (AfD): Vielen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Natascha Kohnen für die SPD-Fraktion.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! 50 % der Menschen in Bayern wohnen zur Miete. Täglich wird uns vor Augen geführt: Die Mieten steigen, steigen und steigen. Bei 162 Kommunen sprechen wir von angespannten Wohnungsmärkten. Herr Schmid, ich könnte noch deutlicher werden: Das sind Notstandsgemeinden; denn in diesen Kommunen haben die Menschen Angst um ihre Existenz. Sie haben Angst davor, dass sie ihr Dach über dem Kopf verlieren. Sie haben Angst davor, dass sie aus ihrer Heimat weg müssen. Und sie haben Angst davor, dass ihnen all das, was ihr Leben ausgemacht hat, genommen wird, weil sie nicht mehr dort leben können, wo sie herkommen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, durch diesen Mietenwahnsinn zerreißt es schlichtweg unsere Gesellschaft. Wenn sich Pflegekräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Polizisten und Mitarbeiter der Müllabfuhr unsere Städte nicht mehr leisten können, dann werden die Kranken von den Krankenhäusern abgewiesen, Kitagruppen geschlossen – wie das zum Teil bereits der Fall ist – und die Sicherheit auf unseren Straßen ist nicht mehr in dem Maße gewährleistet, wie wir uns das eigentlich wünschen. Das heißt, unser Sozialgefüge kommt ins Wanken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kurz und knapp: In Bayern ist am Mietmarkt Feuer auf dem Dach. Im Artikel 106 unserer Verfassung steht: "Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung." Herr Körber, damit hat der Staat die Verpflichtung, diesen Mietmarkt so zu regeln, dass unser Sozialstaat funktio-

niert. Dass die FDP dies mit ihrem neoliberalen Weltbild nicht versteht, wundert niemanden,

(Sebastian Körber (FDP): Hätten Sie mal zugehört!)

aber der Markt regelt nun einmal nicht das Grundrecht auf bezahlbares Wohnen; denn er will ausschließlich Rendite erzielen. Aber das werden Sie niemals begreifen.

(Beifall bei der SPD)

Was beinhaltet der Gesetzentwurf des Volksbegehrens "Mietenstopp", das 52.000 Menschen bereits unterschrieben haben? – Sechs Jahre Mietenstopp mit einem jährlichen Mietmonitoring. Herr Schmid, Neubauten werden ausgenommen. Ein Privater wird also nicht sagen: Oh, ich habe den Verdacht, dass die SPD und die GRÜNEN dies fortsetzen werden, deswegen baue ich nicht. – Sorry, das ist zu dünn.

(Sebastian Körber (FDP): Nein, das ist richtig!)

Dieses Argument zieht nicht. Das Spannende ist: Der bayerische Justizminister hat gesagt, dieses Volksbegehren sei verfassungswidrig, bevor wir den Gesetzentwurf überhaupt formuliert hatten. Woher wusste er denn das? Kann er in die Glaskugel schauen? Sorry, ich habe den Gesetzentwurf dabei. Schauen Sie sich ihn an. Er ist verfassungskonform.

(Beifall bei der SPD)

Wie bei der Mietpreisbremse können Sie die Verordnung dazu auf Länderebene umsetzen. Deshalb ist es möglich, diese Mietenstopp-Regelung zu treffen. Herr Schmid, faire Vermieter können ihre Miete auf bis zu 80 % der Vergleichsmiete erhöhen. Nur alle fairen Vermieter wie Genossenschaften und Private liegen darunter. Also, einmal tief durchatmen! Der Mietenstopp ist absolut gut und sinnvoll formuliert.

Was ist in diesen sechs Jahren zu tun?

Erstens. Der bezahlbare Wohnungsbau ist voranzutreiben, und zwar über kommunalen Wohnungsbau, über staatlichen Wohnungsbau und über genossenschaftlichen Wohnungsbau, jeweils mit entsprechender Förderung durch Land und Bund.

Zweitens. Die Bauvorschriften sind über eine Wiedereinführung einer Gemeinnützigkeit für Wohnungsbauunternehmen zu vereinfachen. Darüber müssen wir endlich wieder reden. Die Abschaffung dieser Gemeinnützigkeit war der größte Fehler der letzten Jahrzehnte.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Wir brauchen ein Vorkaufsrecht für die Kommunen und eine erleichterte Anwendung des Baugebots.

Viertens. In diesen sechs Jahren muss vor allem der Bodenspekulation ein Ende bereitet werden; denn die Bodenpreise sind das Grundübel, das zu den Preissteigerungen am Wohnungsmarkt führt. Der Bodenpreis steigt und steigt und steigt. Das bedeutet, wir brauchen eine Bodenspekulationssteuer, eine Bodenwertzuwachssteuer.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Das Einzige, was Ihnen einfällt, sind neue Steuern! Jede Woche eine neue Steuer!)

Wir brauchen einen Planwertausgleich.

(Alexander König (CSU): Und Bürokratie! Steuern, Bürokratie und Verbote!)

– Sorry, das fällt uns nicht ein, sondern unser Vorhaben ist dringend notwendig, um den Spekulanten den Garaus zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen außerdem ein Immobilienregister, damit wir wissen, wem was in unserem Land gehört. Wir brauchen auch ein Verbot von Bargeldimmobilienkäufen.

Sorry, ein Grundrecht kann nur der Staat regeln. In diesen sechs Jahren ist auch der Mietmarkt durch einen realen Mietspiegel zu regeln, der alle Bestandsmieten einbezieht, also auch die günstigen Mieten.

Wir brauchen die Verlängerung des Betrachtungszeitraums beim Mietspiegel von bisher sechs auf acht Jahre. Wir brauchen auf dem Mietmarkt außerdem eine Verlängerung der Sozialbindungszeiträume. Herr Mistol, jetzt gibt es zwar vierzig Jahre, aber das ist freiwillig. Das funktioniert nicht. Wir brauchen diese Zeiträume lebenslang und verpflichtend.

Wir brauchen die Wiederherstellung der Anwendbarkeit des § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes. Wir brauchen auch eine Verschärfung bei der Zweckentfremdung.

(Beifall bei der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wie oft haben Sie jetzt das Wort "brauchen" gesagt?)

Lieber Herr König, ich habe Ihnen einfach einmal gesagt, was wir alles zu tun haben, damit wir diesen Mietmarkt wieder in den Griff bekommen. Zum Abschluss möchte ich der FDP und den Konservativen sagen: Wir können beides vorantreiben, den Mietstopp und das bezahlbare Wohnen. Herr Körber, das müssen wir miteinander tun und nicht alternativ. Das geht aber nur, wenn wir dazu den Willen haben.

(Sebastian Körber (FDP): Sie wollen eine Planwirtschaft!)

Wir haben ihn, und die Straße hat ihn auch. Das kann ich Ihnen garantieren.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Steuern, Bürokratie und Verbote ist gleich SPD!)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich Herrn Jochen Kohler für die CSU-Fraktion das Wort.

Jochen Kohler (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können mit Fug und Recht auf unsere staatlichen Wohnungsbaugesellschaften stolz sein. Ich nenne das Siedlungswerk Nürnberg, die Stadibau und die im Jahr 2018 gegründete BayernHeim. Diese drei Wohnungsbaugesellschaften verstärken enorm das Feld der Akteure im sozialen Mietwohnungsbau. Gleichzeitig erfüllen sie mit beispielhaften Projekten im bezahlbaren Geschosswohnungsbau eine Vorbildfunktion. Aktuell werden von den staatlichen Wohnungsbauunternehmen fast 16.000 Wohnungen bewirtschaftet. Mittelfristig wird sich der Wohnungsbestand der drei staatlichen Wohnungsbauunternehmen auf bis zu 28.500 Wohnungen erhöhen. Dafür sind Investitionen von über 3,4 Milliarden Euro geplant.

Beispiel eins, das Siedlungswerk Nürnberg. Das Siedlungswerk Nürnberg bewirtschaftet derzeit über 8.000 Wohneinheiten und entwickelt darüber hinaus noch 1.000 Wohnungen.

Beispiel zwei, die Stadibau. Die Stadibau GmbH befasst sich ausschließlich mit Wohnungen für Staatsbedienstete mit dem Schwerpunkt München. Der aktuelle Bestand beläuft sich auf rund 7.900 Wohnungen. Die Stadibau GmbH entwickelt aktuell rund 1.900 Wohnungen mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 715 Millionen Euro.

Beispiel drei, die BayernHeim GmbH. Wie schon erwähnt, wurde sie im Jahr 2018 gegründet. Die BayernHeim GmbH wird bis 2025 rund 10.000 Wohnungen mit einem Investitionsvolumen von rund 2,5 Milliarden Euro auf den Weg bringen. Aktuell entwickelt sie 15 Projekte an 11 Standorten mit rund 2.700 Wohnungen. Das sind, wenn wir das Unternehmensziel von 10.000 Wohnungen betrachten, bereits über 25 %.

Ein Wort zum kommunalen Wohnungsbau. Unter der Leitung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder wurde am 11. September 2019 der Bayerische Wohnungsgipfel abgehalten. Auf diesem Wohnungsgipfel wurde eine weiterhin enge Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat und den Kommunen zur Mobilisierung von Bauland vereinbart. Weiterhin wurde vereinbart, dass diese Bereitstellung von Bauland sowohl mit einer flächen- als auch mit einer ressourcenschonenden Entwicklung einhergehen soll. Im Rahmen des Wohnungspakts Bayern wurde auch das Kommunale Wohnraumförderungsprogramm geschaffen. Es wird bis 2025 fortgeführt. Herr Kollege Friedl hat es vorhin schon erwähnt.

Der Freistaat fördert mit über 1 Milliarde Euro die Städte und Gemeinden, die Mietwohnungen für einkommensschwächere Haushalte schaffen wollen. Der Freistaat unterstützt die Kommunen auf einem Rekordniveau – das kann man wirklich mit Fug und Recht behaupten. Jährlich werden rund 150 Millionen Euro im Rahmen des Kommunalen Wohnraumförderungsprogramms bereitgestellt. Wir unterstützen damit unsere Kommunen im Freistaat Bayern im bundesweiten Vergleich in einmaliger Art und Weise.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zahlen sprechen für sich: Das Thema Wohnen stellt für uns eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung dar. Die größte und herausforderndste Aufgabe der Politik, also für uns, besteht darin, ausreichend Wohnraum zu bezahlbaren Preisen zu schaffen. Dank unserer CSU-Politik sind wir auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Abgeordneten Jochen Kohler. – Ich darf als nächste Rednerin Frau Abgeordnete Ursula Sowa von den GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Frau Sowa.

Ursula Sowa (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann Sie nur alle dazu einladen, sich einmal den Film "PUSH" anzusehen. Das ist ein Film, dessen Inhalt wahrlich unter die Haut geht. Weltweit haben die Menschen Sorge und Angst, ihre Wohnung zu verlieren, weil sie ihre Miete nicht mehr bezahlen können. Dieser Film dokumentiert in einmaliger Weise dieses weltweite Problem und zeigt, wer dahintersteckt und wie es so weit kommen kann. Auch in Bayern droht ein Push, dass Menschen ihre Wohnungen verlassen müssen, wenn sie sich die Miete nicht mehr leisten können. Auch in Bayern werden Wohnungen als Geldanlagen missbraucht und die Mietpreise damit exorbitant in die Höhe getrieben.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Das befeuern doch Sie mit Ihrer falschen Politik!)

Sie kennen die Zahlen: Um den derzeitigen Wohnungsmangel zu bekämpfen, werden jährlich 70.000 Wohnungen benötigt. Ansonsten – ich betone – werden in Zu-

kunft noch mehr Menschen davon bedroht sein, ihre Unterkunft zu verlieren. Wir benötigen 70.000 Wohnungen. Diese Zahl ist sehr markant. Ich komme aus einer Stadt mit 70.000 Einwohnern. Ich weiß also, welche Größenordnung 70.000 Wohnungen bedeuten. Diese zu errichten ist wahrlich eine große Herausforderung. Herr Körber, die Lösung ist nicht automatisch Neubau, sondern auch den Leerstand beseitigen, Baugebote aussprechen, Umnutzung, Aufstockung, Dachausbau sowie An- und Umbau. Es existieren also bereits jede Menge Instrumente, die nur angewendet werden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was unternimmt unsere Staatsregierung? – Unser Ex-Bauminister Hans Reichhart – er hatte ja nicht allzu viel Zeit – hat zumindest versucht, eine Novelle der Bayerischen Bauordnung anzustoßen. In seiner Amtszeit hat er diese leider nicht mehr geschafft. Liebe Frau Schreyer, das wird eine neue Aufgabe für Sie werden. Mithilfe einer neuen Bauordnung will man das Bauen schneller und effizienter gestalten. Das ist ein hehres Ziel, welches wir unterstützen. Allein der Weg dahin ist noch sehr steinig. Groß angekündigte Lösungen sind noch lange nicht eingetreten.

Den Vorschlag zur Genehmigungsfiktion halte ich für geradezu gefährlich. Herr Körber hat diesen Vorschlag noch gelobt, ich glaube, Herr Friedl auch, aber von den GRÜNEN wird ein großes Veto kommen, wenn es diese Genehmigungsfiktion geben wird. Narrischer und waghalsiger kann es gar nicht gehen. Den Kommunen kann nicht aufgehalst werden, binnen drei Monaten die Baugenehmigung auszusprechen. Das birgt ein riesengroßes Risiko. Ich kann den Entrüstungsturm der Kommunen bereits jetzt ankündigen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Ralph Müller (AfD): Benennen Sie doch einmal das Risiko!)

Wenn Bauanträge tatsächlich schneller genehmigt werden sollen, dann müssen wir gucken, wer die Bauanträge genehmigt. Das sind natürlich in der Regel die Kommunen. Dort müssen wir das Personal verstärken, noch besser ausbilden oder qualifizieren. Das wäre der richtige Weg.

Für schnellere Baugenehmigungen hätten wir noch eine andere Idee, nämlich die Festschreibung der Digitalisierung. Diese ist keineswegs in der neuen Bauordnung enthalten. Das hat jemand fälschlicherweise behauptet. Das wäre aber der richtige Weg. Wir werden einen großen Akzent setzen und dahinter sein, dass das realisiert wird.

Nun komme ich zum Stellplatzrecht. Es wurde behauptet, dass dieses gelockert werden würde. Nein, das ist mitnichten so. Das Stellplatzrecht bleibt, und es bleibt alles beim Alten. Wir würden in der Tat eine Erleichterung befürworten. Weniger Stellplätze – ein Stellplatz kann bis zu 40.000 Euro kosten – würden erheblich zur Kostensenkung im Wohnungsbau beitragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun komme ich zu einem weiteren Punkt der Bauordnung, nämlich den Abstandsflächen. Zur Eindämmung des Flächenfraßes ist die Verringerung der Abstandsflächen ein wichtiges Instrument mit allen Maßnahmen, die noch zu berücksichtigen sind. Bei diesem Thema steht eine Ausnahme im Raum, die völlig kontraproduktiv ist: Für Großstädte mit über 250.000 Einwohnern soll es eine Sonderregelung geben. Damit gehen wir wieder einen Schritt zurück. In den Großstädten wäre die Verdichtung enorm wichtig. Dort herrscht vorrangig der Wohnungsmangel.

Ich möchte meine Rede mit einem positiven Aspekt beenden. Das Thema Holzbau wird tatsächlich auch eine Neuerung in der Novellierung werden. Die Gebäudeklassen 4 und 5 sind auf einem sehr guten Weg. Man wird künftig höher und mächtiger bauen können. Das begrüßen wir außerordentlich.

Jenseits der Bauordnung kann der Freistaat natürlich noch viel mehr unternehmen. Das möchte ich grundsätzlich betonen. Städtebaufördermittel sind ein wunderbares Instrument. Wir wollen, dass die Programme wirklich angewendet werden. Kommunen, die sich damit nicht so gut auskennen, sollen begleitet werden. So können wir es gemeinsam schaffen, dass der Wohnungsbau in Bayern wieder angekurbelt wird. Die vorgeschlagenen Punkte bieten dem Laisser-faire der FDP-Fraktion Kontra. Mit den vorgeschlagenen Punkten sind wir auf dem richtigen Weg. Mit uns wird es kein Laisser-faire geben. Wir wollen eine begleitete Wohnungsbaupolitik. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit unserer neuen Ministerin. Ich denke, das Thema werden wir schaukeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Frau Abgeordnete Sowa. – Ich darf als nächste Rednerin Frau Julika Sandt von der FDP-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Frau Abgeordnete Sandt, Sie haben das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Mieten sind für viele Menschen zu hoch, und ja, wir müssen handeln. An die Initiatoren dieses Volksbegehrens: Hier ist gut gemeint wirklich nur das Gegenteil von gut gemacht.

Sie werfen einen Bumerang, der ausgerechnet den sozial Schwachen an den Kopf knallen wird. Das Problem, welches wir lösen müssen, ist doch, dass in 162 Gemeinden Bayerns der Wohnungsmarkt angespannt ist. Ein angespannter Wohnungsmarkt bedeutet, dass es gegenüber der Nachfrage zu wenig Angebot gibt. Die Einführung eines Mietendeckels würde diese Knappheit noch verschärfen. Wohnungsbauunternehmen würden sich nämlich vermehrt aus dem Wohnungsmarkt zurückziehen. Das würde letztlich den Wohnungsmarkt ruinieren. Sie argumentieren, dass die Wohnungsbauunternehmen noch bauen werden, es ja nur um Bestandswohnungen gehe und dies nicht so schlimm sei. Ich überlege mir, ob ich investiere, wenn ich nicht weiß, wann Rot-Grün wieder einmal enteignungstechnisch auf meine Immobilie zugreifen wird.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie wollen sogar vertraglich festgelegte Regeln zur Staffelmiete und zur Indexmiete, einen bereits vertraglich festgelegten Inflationsausgleich, abschaffen. Das ist doch wirklich ein Eingriff ins Eigentum, der jeden abschrecken muss, in Wohnraum zu investieren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Es geht um eine vernünftige Atempause bei den Mieten!)

Wenn noch weniger gebaut wird, dann ist das gerade für die sozial Schwachen eine Katastrophe. Wer dann noch keine Wohnung hat, der wird am Ende leer ausgehen. Verantwortlich für den Status quo ist zum Teil auch die politische Untätigkeit der Staatsregierung. Es wurde und wird immer noch zu wenig gebaut. Gleichzeitig nimmt der Zuzug in die bayerischen Ballungsräume zu. Um den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu decken, müssten alleine in Bayern – der Kollege hat es bereits gesagt – jährlich 70.000 neue Wohnungen errichtet werden. Dieses Ziel wird Jahr für Jahr verfehlt.

Wohnen ist eine zentrale soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Wir möchten aber das Individuum stärken. Wir möchten in das Individuum investieren und seine Selbstbestimmung stärken. Deswegen – das bestätigt auch der Sachverständigenrat der Bundesregierung – ist es sinnvoll, auf eine Subjektförderung mit einem regionalen Faktor hinsichtlich des Wohngeldes zu setzen. Natürlich sind für bestimmte Personenkreise Sozialwohnungen erforderlich. Aber einfach nach mehr Sozialwohnungen zu rufen, ist zu kurz gesprungen. Wir haben nämlich eine hohe Fehlbelegungsquote von über 50 %. Wenn wir hier ansetzen würden und der Staat nicht so viele Fehlanreize setzen würde, dann hätten wir doppelt so viele Sozialwohnungen. Der Staat setzt ganz klare Fehlanreize auf Kosten der wirklich bedürftigen Menschen in diesem Land.

Ich fasse zusammen: Die starken Preis- und Mietanstiege beruhen im Wesentlichen auf dem Wohnungsmangel. Deshalb müssen wir dringend dafür sorgen, dass wir günstiger, schneller und mehr bauen. Der Kollege Körber hat sehr viele Weichenstellungen vorgeschlagen. Privatleute könnten durch die Abschaffung der Grunderwerbsteuer auf die erste selbstgenutzte Immobilie stärker in Immobilien investieren. Er hat auch schon erwähnt, dass wir die Kommunen nicht im Stich lassen dürfen und dass sie Unterstützung bei der Finanzierung zusätzlicher Stellen in den Bauämtern und bei der Mobilisierung von mehr Bauland brauchen. Dazu gilt es auch bürokratische Hürden abzubauen, beispielsweise die Stellplatzsatzung zu modifizieren. Gerade in den Groß- und Universitätsstädten muss stärker nachverdichtet werden. In München ist hier über viele Jahre viel schiefgelaufen und viel versäumt worden. Aber das Problem ist auch jetzt von Rot-Schwarz überhaupt nicht angegangen worden. Hier muss wirklich nachgesteuert werden.

Es gibt also viele Handlungsansätze. Das hat der Kollege Körber schon erwähnt. Der falsche Weg wäre allerdings ganz klar

(Florian von Brunn (SPD): Der FDP-Weg ist falsch!)

die Unterstützung des Volksbegehrens und der zentralen Maßnahmen für diesen Mietendeckel. Wir unterstützen und fordern dagegen alle Maßnahmen, die dazu führen, dass zusätzlicher Wohnraum entsteht. Das ist im Sinne der Mieter und auch der Vermieter, aber vor allen Dingen im Sinne derer, die noch keine Wohnung haben und dringend eine brauchen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei der Frau Abgeordneten Sandt und darf als nächsten Redner Herrn Abgeordneten Thomas Huber von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Huber.

Thomas Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ja, das Thema Wohnen ist in vielen Teilen Bayerns in der Tat die zentrale soziale Frage, auf die wir Antworten finden müssen. Natürlich sind hier in erster Linie die Kommunen gefordert. Wir als CSU haben in den vergangenen Jahren bereits dafür gesorgt, dass der Freistaat die Kommunen hier mehr als tatkräftig unterstützt – wir haben es heute schon von verschiedenen Rednern gehört. Ich bin deswegen unserem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er die eng verknüpften Themen Wohnen und Mobilität als Top-Themen auf die politische Agenda der Staatsregierung gesetzt hat und dafür ein eigenes Fachressort für Wohnen, Bau und Verkehr geschaffen hat. Zusammen mit der BayernHeim ist das ein klares politisches Signal, meine Damen und Herren, dass wir die langjährigen Bemühungen des Freistaats noch verstärken und auf pragmatische Lösungen setzen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das ist auch notwendig. Denn Bayern ist ein schönes, wirtschaftsstarkes und attraktives Land, das jedes Jahr Menschen von

außerhalb Bayerns, aus anderen Bundesländern, anzieht und auch deshalb wächst. Das sind doch die wahren Gründe für die Situation, nicht diese alte AfD-Leier von den bösen Ausländern, die unsere Ballungsräume angeblich überfüllen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Für mich ist die Schaffung von Wohnraum nicht nur ein Herzensanliegen, sondern vor allen Dingen auch eine gesamtgesellschaftspolitische Frage. Wollen wir Zustände wie in anderen Ländern dieser Welt, in denen manche Städte nur wenigen vorbehalten sind? – Ich glaube, nicht. Wir in Bayern gehen traditionell einen anderen Weg, und wir sollen und wollen da auch weitergehen. Wir wollen nämlich den Zusammenhalt der Gesellschaft bewahren,

(Florian von Brunn (SPD): Das tut ihr ja nicht!)

nicht spalten wie die AfD. Dazu gehört für mich, dass auch Menschen, die nicht zu den Topverdienern gehören, aber oft sehr viel für unsere Gesellschaft leisten, in den Städten wohnen können, dort, wo sie auch arbeiten: Es ist die Krankenschwester, es sind die Erzieherin und der Erzieher oder der Straßenbahnfahrer.

Lieber Herr Mistol, Sie haben gesagt, sozialer Wohnungsbau stagniert. Vielleicht schauen Sie sich mal die Zahlen an: 2019 wurden insgesamt 10.708 Wohnungen im Rahmen des Wohnraumförderungsprogramms gefördert. Das Rekordniveau von 2018 wurde damit nochmals übertroffen. Hinzukamen 1.170 Wohnplätze für Studierende und 583 Wohnplätze für Menschen mit Behinderungen.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Ja, Sie haben recht: Die Länder sind für die soziale Wohnraumförderung zuständig, aber der Bund ist für die Kompensationsmittel zuständig. Liebe Kollegin Kohnen, ausgerechnet unser SPD-Bundesfinanzminister hat die Mittel für den sozialen Wohnungsbau gekürzt.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

2020 stehen deswegen in Bayern 43 Millionen Euro weniger Bundesmittel zur Verfügung als letztes Jahr. Frau Kohnen, sorgen Sie bitte dafür, dass Ihr Finanzminister, der auch unserer ist, diese Mittel wieder aufstockt.

(Horst Arnold (SPD): Wie heißt denn der Bauminister? Wie ist es mit dem Bauminister?)

Damit können wir uns Ihre Vorschläge, die nur zu mehr Bürokratie, zu Steuererhöhungen und zu Verboten führen, sparen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, zum Thema Wohnen gehört im weiteren Sinne auch das Thema Obdachlosigkeit. Obdachlosigkeit hat viele, nicht einfach behebbare Gründe: Sucht, Gewalt, Trennung, psychische Probleme. Da gibt es keine einfachen Lösungen, wenn die auch heute vielfach gefordert wurden.

Wir in Bayern haben uns des Themas früh angenommen, zum Beispiel mit zentralen Stellen in Nord- und Südbayern, die die Unterstützungsangebote koordinieren. Ich bin dem Ministerpräsidenten und der jetzigen Bauministerin sehr dankbar, dass sie dieses Thema in den Fokus der breiten Öffentlichkeit gerückt und dafür gesorgt haben, dass sich der Freistaat für die betroffenen Menschen engagiert. Mit der jetzt gegründeten "Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern" können wir in Zukunft viel ansto-

ßen, erstens, um den Betroffenen zu helfen, und zweitens, um die Kommunen dabei zu unterstützen, ihrer Pflichtaufgabe nachzukommen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Wohnen ist nicht die einzige soziale Frage, aber eine für unsere Gesellschaft entscheidende. Daher müssen wir alle gemeinsam an Lösungen arbeiten, auch wie es der Regionalbischof Christian Kopp, der am Sonntag in der Lukaskirche in sein Amt eingeführt wurde, zu diesem Thema gesagt hat: Bund, Land, Kommunen, Privatbesitzer und Kirchen müssen hier zusammen an einem Strang ziehen. Das sollten wir tun. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Huber. – Ich darf als nächste Rednerin Frau Abgeordnete Ulrike Scharf von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Frau Kollegin Scharf, Sie haben das Wort.

Ulrike Scharf (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Ziel, bezahlbares Wohnen in Bayern nachhaltig sicherzustellen, sind wir uns alle einig. Davon gehe ich aus, auch nachdem ich jetzt Ihren Ausführungen gut zugehört habe. Der riesige Unterschied liegt in der Art und Weise, wie wir zu diesem Ziel gelangen können. Bei den Herangehensweisen zeigen sich fundamentale Unterschiede. Denn der Schlüssel zu mehr Wohnungen, zu bezahlbarem Wohnen, ist schlichtweg, ein Angebot zu schaffen, damit wir dem hinterherkommen, was der Zuzug für uns bedeutet. Ich glaube, eine Kollegin hat es erwähnt: Bayern hat mittlerweile 13 Millionen Einwohner. Prognostiziert wird ein Wachstum um weitere 600.000 Einwohner in Bayern. Das heißt, wir brauchen definitiv noch mehr Wohnungen zusätzlich zu dem, was jetzt schon an Bedarf da ist.

Das Bündnis Mietenstopp macht es sich sehr leicht. Einfach zu sagen, wir beruhigen die Lage jetzt, indem wir Mieten einfrieren, ist gegen jede sozial-marktwirtschaftliche Grundordnung und gegen jedes wirtschaftliche Handeln.

(Horst Arnold (SPD): Das steht doch bei Ihnen im Koalitionsvertrag!)

Die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft haben uns in den letzten über siebenzig Jahren Wachstum und Wohlstand gesichert. Das ist auch unser Kompass für die Zukunft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, so einfach, wie es sich das Bündnis Mietenstopp macht, ist es nicht, auf diese Herausforderung zu antworten. Die Antwort kann nicht sein, Mieten einzufrieren, Modernisierung zu blockieren, Neubauten zu verhindern und vor allen Dingen die Wohnungswirtschaft zu verunsichern. Das wird es mit uns, mit der CSU-Fraktion, nicht geben. Ich bin überzeugt davon: Es braucht ein Bündel von Maßnahmen und ein Zusammenspiel von vielen Instrumenten, um uns zu diesem gemeinsamen Ziel, nämlich mehr bezahlbaren Wohnungen in Bayern, zu führen.

Das beginnt bei der Weichenstellung im Bund. Verehrte Damen und Herren, die Novelle des Baugesetzbuches ist auf dem Weg. Wir haben die Einführung eines Baukindergeldes. Wir haben eine Sonder-AfA für den frei finanzierten Wohnungsbau. Es gibt die Genossenschaftsförderung. Es gibt neu die Dynamisierung des Wohngeldes. Und es gibt eine Veränderung im Mietrecht.

Herr Kollege Körber, Sie fordern, die Grunderwerbsteuer abzuschaffen. Da hätten Sie zum richtigen Zeitpunkt bei der Regierungsbildung mit Ihrer Partei besser nicht gekniffen. Dann könnten Sie solche Wünsche umsetzen.

Ich darf Ihnen auch sagen: 2019 ist die Bauwirtschaft in Deutschland um 4 % gewachsen. Ich widerspreche allen, die hier am Rednerpult stehen und sagen, dass am Wohnungsmarkt und in der Bauwirtschaft nichts passiert: Da haben wir 4 % Wachstum im Vergleich zum Gesamtwachstum der Wirtschaft von 0,6 %.

Die Bayerische Staatsregierung hat starke Maßnahmen ergriffen. Viele Kolleginnen und Kollegen sind schon darauf eingegangen. Ich glaube, um schneller, kostengünstiger und vor allen Dingen nachhaltiger bauen zu können, brauchen wir eine Novelle der Bayerischen Bauordnung. In diesem Prozess sind wir mittendrin.

Einige Anregungen habe ich heute gehört, über die wir gesprochen haben, vor allen Dingen bei der Expertenanhörung, beispielsweise zum Thema Digitalisierung. Gerade die Prozesse im Baubereich lassen sich durch die Digitalisierung wirklich vereinfachen und beschleunigen. Sie wissen, dass 15 Pilotlandkreise jetzt ein digitales Rathaus umsetzen werden. Veränderungen sind bei allen angesprochenen Themen, etwa den Abstandsflächen, der Genehmigungsfiktion, dem seriellen Bauen, dem genehmigungsfreien Dachgeschossausbau usw., angestoßen worden und vorgesehen. Wir werden die Novellierung im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens hoffentlich in Kürze beschlossen haben.

Ich möchte zum Schluss noch ein Instrument, nämlich unsere Städtebauförderung, ansprechen; denn sie hat in den letzten fünf Jahrzehnten wirklich einen starken Beitrag zur Entwicklung unserer Städte und Gemeinden in Bayern geleistet. Der Freistaat unterstützt die Kommunen bei der Schaffung von aktiven Zentren und somit auch beim Wohnungsbau. Allein für dieses Jahr 2020 sind 455 Millionen Euro für die Städtebauförderung vorgesehen. 40 % der bayerischen Gemeinden profitieren davon. Die Städtebaufördermittel sind in 2019 zu 83 % auch in den ländlichen Raum geflossen. Diese Maßnahmen und Instrumente müssen ineinandergreifen, um in Bayern mehr bezahlbare Wohnungen zu schaffen. Verbesserungen gibt es nicht auf die Weise, wie es von der SPD in ihrer Ratlosigkeit immer gebetsmühlenartig kommt: Da geht es um Verbote. Da geht es um Steuererhöhungen, Frau Kohlen. Da geht es um ein Wirtschaftsstrafgesetz, und da geht es um mehr Bürokratie. Das ist nicht die Lösung für Investitionen und für das Schaffen eines neuen Wohnungsangebots.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): So ist es, genau!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei der Frau Abgeordneten Scharf und darf den fraktionslosen Abgeordneten Herrn Raimund Swoboda mit dem bewährten Hinweis aufrufen: maximale Redezeit: zwei Minuten.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Das Ziel, bezahlbares Wohnen nachhaltig zu gewährleisten, ist nicht in Sicht. Wir haben es gehört. In diesem Zusammenhang fällt mir der wohl wichtigste Wahlspruch in der Politik ein: Nach vorne schauen – für Stabilität und Zukunft sorgen. Gerade von unseren Kollegen der CSU hören wir das immer wieder in vielen Politikbereichen, insbesondere natürlich von unserem hochgeschätzten Herrn Ministerpräsidenten Söder und auch von Herrn Innenminister Herrmann.

Klar ist aber: Eine Rückschau wäre angebracht. Doch das tut man nicht; denn mit einer Aufdeckung der Vergangenheit könnten eigene Fehler zutage treten. Deshalb ist bei der Ursachenforschung Fehlanzeige. Ich erlaube mir deshalb, Ihnen ein paar der Ursachen dieser Wohnungsmisere zu nennen, etwa die asoziale Marktwirtschaft, weil man soziales Wohnen, sozialen Wohnungsbau gekappt hat. Das ist heute schon gesagt worden. Auch hat man die staatliche Wohnungswirtschaft von Sozialwohnungen entblößt, indem man den vorhandenen Bestand erheblich ver-

kleinert und versilbert hat, um etwas anderes zu finanzieren. Das kommt jetzt auf uns alle zurück.

Und: Wir haben einen gesellschaftlichen Umbau erlebt, nämlich zur Kleinstfamilie hin. Singledasein sowie hohe Flexibilität und Mobilität der Arbeitskräfte für die Wirtschaft sind angesagt, damit die Arbeitskräfte überall einsetzbar sind. Die brauchen in ihrer Heimat keine Wohnungen, sondern dort, wo es Arbeit gibt.

Der wohl wichtigste Fehler, der vom Bürger wohl immer am ehesten gesehen wird, ist die Förderung einer ungezügelter Zuwanderung im Rahmen einer UN-Doktrin, die sich "Replacement and Resettlement" nennt. Damit ist ein Niedergang im Rechtsstaat einhergegangen. Diese Flüchtlingswelle hat uns – auch in Bezug auf Wohnraum – hohe Kosten gebracht. Dies hat uns Herr Schäuble gesagt.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Redezeitanzeige steht auf Rot.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Wir brauchen für 2,5 Millionen Flüchtlinge oder Migrantinnen Wohnungen.

(Zuruf von der CSU: Redezeit!)

– Jawohl, Sie haben recht.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Redezeit, ja.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Die Redezeit ist vorbei. Deshalb werde ich das Nichtgesagte zu einem anderen Zeitpunkt vortragen. – Ich danke Ihnen, Herr Präsident.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich danke Ihnen, Herr Kollege. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf jetzt Frau Kerstin Schreyer, wahrscheinlich heute zum ersten Mal in ihrer Funktion als neue Wohnungsbauministerin in Bayern, aufrufen. Frau Kerstin Schreyer, bitte schön, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Wohnen ist natürlich die Zukunftsfrage, vor allem die soziale Zukunftsfrage. Insofern ist es mir wichtig, dass in ganz Bayern die Menschen überall leben können, egal, welches Einkommen sie haben und in welcher Alters- und Lebensphase sie sind. Deswegen ist es eine zutiefst sozialpolitische Frage, die ich jetzt in diesem Ministerium Gott sei Dank umsetzen kann. Klar muss aber auch sein: Wir werden um die Schaffung von Wohnraum nicht herumkommen. Natürlich müssen wir bauen, sonst wird es auf diesem Gebiet nicht funktionieren, und natürlich müssen wir die Schaffung von Wohnraum bei all den Fragen intelligenter organisieren; denn gerade der Großraum München platzt aus allen Nähten. Wichtig ist es hier auch, die entsprechende Balance zu bekommen. Wir brauchen gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Genau deswegen hat auch mein Vorgänger sehr viele Projekte und Programme aufs Gleis gesetzt, damit es funktioniert. Wer sich die verschiedenen Wohnraumförderungen anschaut, stellt fest: In Bayern wurden allein in Bezug auf den Neu- und Umbau und die Modernisierung 11.000 Miet- und Eigentumswohnungen gefördert. Rechnet man den ganzen Bereich für Studierende, für Menschen mit Behinderung und für ältere Menschen dazu, kommen wir auf 12.500 Wohnungen. Man kann daher über vieles diskutieren, aber der Freistaat hat angepackt.

Genauso ist es bei der Wohnraumoffensive. Das gesamte Maßnahmenpaket wurde vorhin bereits angesprochen. Die Mittel für die Wohnraumförderung sind deutlich erhöht worden. Der Kinderzuschuss ist auf 5.000 Euro je Kind verdoppelt worden. Ferner sind die Eigenheimzulage eingeführt und das Baukindergeld aufge-

stockt worden. Das Förderprogramm für die Kommunen, das eigentlich 2019 geendet hätte, wurde bis 2025 verlängert. Insofern kann man deutlich formulieren, dass die Staatsregierung auf diesem Gebiet alles getan hat, damit das Ganze weiterhin entsprechend angeschoben wird. Ich darf bereits übermorgen wieder für die Stadibau GmbH in Freiham den Grundstein für eine neue Wohnanlage legen. Hier entstehen 200 Wohnungen für Staatsbedienstete. Als ehemalige Sozialministerin freut es mich natürlich, dass dort auch eine Kita entsteht. Das heißt, wir werden unserer Aufgabe gerecht.

Zusammen mit der staatlichen Wohnungsbaugesellschaft Stadibau, dem Siedlungswerk Nürnberg und der BayernHeim werden wir in den nächsten Jahren rund 13.000 neue Wohnungen auf den Weg bringen. Ich möchte also deutlich sagen: Wir machen unsere Hausaufgabe; wir schieben an. Jeder, der in diesem Hohen Haus mit anschieben möchte, ist herzlich eingeladen, in den Haushaltsberatungen zuzustimmen, damit wir das Geld zur Verfügung haben; denn das ist das Zeichen dafür, dass wir anschieben können.

An der Stelle ist mir aber auch Folgendes wichtig: Frau Kollegin Kohlen hat dies angesprochen und zu Recht gesagt: Wenn wir den Großraum München nicht ertüchtigen, haben wir das Problem, dass die Erzieherinnen hier nicht leben können und es Kita-Schließungen geben wird. Ich hätte mir gewünscht, dass die Stadt München diese Herausforderung angegangen wäre. Die Ziele, bis 2014 entsprechenden Wohnraum zu schaffen, wurden von Rot-Grün nicht erreicht. Nach 2014 hat die Stadt die Ziele bewusst höhergeschraubt, damit wir wirklich vorwärtskommen. Also bitte schön: Immer dann, wenn Sie alles das anführen, was der Freistaat hätte tun sollen, würde ich mir sehr wünschen, dass Sie auch dort, wo Sie Verantwortung tragen, die Hausaufgaben machen.

Wenn Ihnen zu der Fragestellung nichts anderes als Besteuerung und Spekulanten einfällt, muss ich Ihnen ehrlich sagen: Steuern führen erst mal nicht zwingend zu neuem Wohnraum, sondern das Bauen von Wohnraum führt zu neuem Wohnraum.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Wir haben noch eine zweite Wortmeldung aus dem Bereich der Staatsregierung vorliegen; denn Herr Justizminister Eisenreich hat sich ums Wort bemüht. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist heute schon mehrfach betont worden: Der Wohnungsmangel und der Mietpreisanstieg sind ein großes Problem und eine große Herausforderung. Ich möchte für die Bayerische Staatsregierung nochmals ausdrücklich feststellen: Es ist auch unser Ziel, dass der Mietpreisanstieg gedämpft wird. Wir wollen, dass sich Familien, Senioren und

Menschen mit normalem Einkommen das Wohnen in den Ballungsräumen auch künftig noch leisten können. Das ist erklärtes Ziel der Bayerischen Staatsregierung.

Einfache Lösungen gibt es nicht. Vor allem ist das Mietrecht nicht die alleinige Lösung. Für diesen Bereich bin ich zuständig und möchte sagen, dass die Hauptantwort das Schaffen von zusätzlichen und bezahlbaren Wohnungen ist. Das hat Frau Kollegin Schreyer in ihren Ausführungen bereits betont. Das Mietrecht ist nicht die alleinige Lösung, kann aber einen Beitrag dazu leisten.

Das Volksbegehren leistet jedoch keinen Beitrag. Auch das will ich klar darstellen; denn ein Landesgesetz, das die Mieten im freifinanzierten Wohnungsmarkt für sechs Jahre deckelt, ist verfassungswidrig; denn – das ist ganz einfach – das Land hat dafür nicht die Gesetzgebungskompetenz. Für das Mietpreisrecht liegt die Kompetenz beim Bund. Dieser hat das Mietpreisrecht abschließend geregelt, ob es sich um die Kappungsgrenze, die Mietpreisbremse oder die Verlängerung handelt. Das heißt: Weder Bayern noch Berlin noch ein anderes Bundesland hat hier die Kompetenz. Unabhängig davon, und darauf hat Herr Kollege Josef Schmid zu Recht hingewiesen, ist es fraglich, ob ein solcher Eingriff noch verhältnismäßig wäre. Wir haben da große Zweifel. Das Ergebnis ist: Ein solches Landesgesetz wäre verfassungswidrig und wird vor dem Verfassungsgericht scheitern. Daher ist es unseriös, den Menschen etwas anderes vorzumachen. Ich finde es schade, dass man ein so wichtiges Instrument wie das Volksbegehren – und ich bin ein großer Fan von Volksbegehren – für so etwas benutzt.

Dennoch muss man auch im Mietrecht etwas tun. Es wird auch einiges getan. Unser Ziel ist ein fairer Ausgleich der Interessen der Mieter und der Vermieter. Deswegen haben wir die Einführung der Mietpreisbremse in Bayern ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Wir haben auch die Verlängerung der Mietpreisbremse ausdrücklich unterstützt. – Dazu können Sie sich meine Wortmeldungen aus dem letzten Jahr anschauen. – Wir haben die Mieterschutzverordnung erlassen. Ich habe letztes Jahr auch in die Diskussion gebracht, dass wir die Rückforderungsmöglichkeiten bei zu viel bezahlter Miete verbessern; auch das ist gekommen. Außerdem gibt es eine andere bayerische Initiative: Wir waren nicht die Ersten, aber wir waren diejenigen, die zumindest im Bundesrat erfolgreich durchgesetzt haben, dass Mietwucher besser bekämpft werden muss.

Ich will klar sagen, dass die große Mehrheit der Vermieter sehr, sehr verantwortungsvoll handelt. Aber es gibt auch schwarze Schafe, und schwarze Schafe verdienen keinen Schutz. Deswegen hat Bayern letztes Jahr eine Bundesratsinitiative gestartet, mit der wir beim Thema Mietwucher – hier gibt es eine Vorschrift im Wirtschaftsstrafgesetz – die Hürden senken und den Bußgeldrahmen von 50.000 auf 100.000 Euro erhöhen wollen. Dazu gibt es eine Mehrheit im Bundesrat, was wir sehr gut finden. In der Zwischenzeit haben sowohl der Bundesinnenminister als auch die Bundesjustizministerin erklärt, dass sie dies unterstützen möchten.

Wir unterstützen noch einen weiteren Punkt. Hier geht es um die Regelung des Mietspiegels. Dort sind Verbesserungen notwendig. Die Ministerpräsidenten haben sich bereits geeinigt, den Betrachtungszeitraum von vier auf sechs Jahre zu erhöhen. Das ist ein wichtiger Schritt. Wir brauchen noch klarere und transparentere Regelungen, damit sowohl Mieter als auch Vermieter genauer feststellen können, wie hoch die ortsübliche Vergleichsmiete ist.

Sie sehen: Hier handelt insbesondere die Bundesregierung. Eine ganze Reihe an Maßnahmen sind schon erfolgt. Das Mietrecht kann einen Beitrag leisten, aber die alleinige Lösung ist es nicht. Wir brauchen vor allem mehr bezahlbaren Wohnraum, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister Eisenreich. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, für diesen Tagesordnungspunkt liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist er beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes
(Drs. 18/6095)
- Erste Lesung -**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Ich erteile das Wort an Frau Staatsministerin Carolina Trautner. Es ist ihre erste Rede in ihrer Funktion als Staatsministerin.

(Zurufe: Die zweite!)

– Die zweite schon? – Dann habe ich offensichtlich die erste verpasst. Das tut mir leid. Umso besser. – Bitte schön, das Rednerpult ist ihres.

Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen unser Bayerisches Behindertengleichstellungsgesetz weiterentwickeln und unbedingt weitere wesentliche Verbesserungen für die Menschen mit Behinderung in Bayern erreichen, ganz im Sinne eines inklusiven Bayern. Über allem steht das Ziel, echte Teilhabe zu ermöglichen.

Grundlage für unseren Gesetzentwurf ist die UN-Behindertenrechtskonvention. An ihre Vorgaben passen wir unsere bayerischen Regelungen an und stellen einen weitgehenden Gleichklang zum Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes her, ganz im Sinne von noch mehr Rechtssicherheit und Rechtsklarheit.

Kernstück unserer Novellierung ist die Barrierefreiheit. Hier möchte ich ganz besonders die Verbesserungen im Bereich der baulichen Barrierefreiheit und der Kommunikation in verständlicher Sprache hervorheben.

Zukünftig wird die Verpflichtung zum barrierefreien Bauen nicht mehr auf große Um- und Erweiterungsbauten beschränkt, sondern auf alle Um- und Erweiterungsbauten ausgeweitet. Neu ist außerdem, dass die Barrierefreiheit auch bei der Anmietung von staatlichen Gebäuden Berücksichtigung findet. Bei Gebäudeteilen, die nicht von der eigentlichen Baumaßnahme betroffen sind, sollen Zugangsbarrieren festgestellt und abgebaut werden.

Mit der Neuregelung zur Kommunikation in verständlicher Sprache wird die barrierefreie Kommunikation wesentlich verbessert und vorangetrieben. Das kommt vor allem Menschen mit geistiger Behinderung und Lernschwierigkeiten zugute. Mit diesen und vielen weiteren Verbesserungen treiben wir die Inklusion in Bayern voran. Wir leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag für ein noch inklusiveres Bayern. So wird eine inklusive Gesellschaft Schritt für Schritt Wirklichkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herzlichen Dank, Frau Staatsministerin. – Als nächste Rednerin darf ich Frau Abgeordnete Kerstin Celina von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Ministerin! Endlich, endlich, endlich – sieben Jahre nach der Regierungserklärung des ehemaligen Ministerpräsidenten Seehofer, in der er goldene Zeiten für Menschen mit Behinderungen in einem barrierefreien Bayern 2023 versprach, legen Sie von der Söder-Regierung einen Gesetzesentwurf zur Novellierung des Bayerischen Gesetzes zur Gleichstellung, Integration und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen vor. Sieben Jahren haben Sie nach dieser

Regierungserklärung gebraucht, um einen enttäuschenden und halbseidenen Gesetzentwurf vorzulegen.

Was kam denn nach dieser Regierungserklärung bislang an konkreten Maßnahmen? – Rechenschiebereien, um Geld vom Bund als Geld für "Bayern barrierefrei" darzustellen, hübsche Plaketten an den Wänden öffentlicher Gebäude und viele Grußworte, als die Plaketten aufgehängt wurden. Wir haben jetzt die dritte Sozialministerin und den zweiten Ministerpräsidenten seit der Ankündigung, das bayerische Paradies werde im Jahr 2023 auch für Menschen mit Behinderungen im gesamten öffentlichen Raum barrierefrei sein.

Ihre Ankündigung, die Sie als CSU-Staatsregierung und als CSU-Fraktion verpflichtet, werden Sie nicht halten können. Die jetzige Gesetzesvorlage ist extrem dünn, enttäuschend dünn. Elf Jahre nach der UN-Behindertenrechtskonvention haben Menschen mit Behinderung in Bayern das Recht darauf, dass Sie nicht nur verbale Maßnahmen umsetzen, sondern auch die Rahmenbedingungen, in denen Barrierefreiheit gelebt werden kann, deutlich verbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Gesetz soll laut Artikel 1 die Gleichberechtigung sowie die volle und wirksame Teilhabe in allen Lebensbereichen für Menschen mit Behinderung gewährleisten. Die Novellierung soll eine Verbesserung in den Bereichen Barrierefreiheit in der öffentlichen Verwaltung, Barrierefreiheit in der Kommunikation und bauliche Barrierefreiheit bringen.

Wir GRÜNE begrüßen diese Zielsetzungen ausdrücklich, aber ich muss nicht einmal auf den Gesetzestext eingehen, um aufzuzeigen, wie wenig ernst Sie die Sache nehmen. Nicht einmal der Gesetzentwurf, den Sie im Herbst 2019 als PDF in die Verbandsanhörung gegeben haben, war barrierefrei. Der Deutsche Verein der Blinden und Sehbehinderten durfte sich erst einmal damit befassen, den Text in geltende Barrierefreiheitskriterien für PDF-Dateien zu überführen. Die Stellungnahmen der Verbände von Menschen mit Behinderung sind in Ihren Text, wie er hier und heute in der Ersten Lesung vorliegt, nicht eingeflossen. Im Grunde handelt es sich um den unveränderten Entwurf vom September 2019. – Das ist für mich absolut nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht ohne uns über uns – das ist das kleine Einmaleins gleichberechtigter Teilhabe. Geballte Kompetenz der Praxis macht ein Gesetz besser. Das sollten Sie wissen. Was uns heute hier vorliegt, ist nichts anderes als ein Feigenblatt einer Bürger- und Betroffenenbeteiligung. Das sage ich Ihnen hier deutlich. Vielleicht haben Sie aber auch gehofft, dass uns das gar nicht auffällt. Immerhin war nur von Donnerstagabend bis zum Plenum am heutigen Tag Zeit, das Gesetz zu lesen. Oder haben wir tatsächlich die bahnbrechenden Änderungen gegenüber dem Vorjahresentwurf übersehen? Dann fordere ich Sie auf: Erklären Sie mir bitte, was sich an diesem Gesetzentwurf in den letzten Monaten substantiell getan hat. Das würde mich hier wirklich interessieren.

So viel zur Einleitung, und nun zum Gesetzentwurf: Dieser lässt sich eigentlich nur als Novellierung light bezeichnen. Die Formulierungen sind möglichst unverbindlich, Fristen möglichst lang oder am besten gar nicht gesetzt. Beispiele: Barrierefreiheit ist, wenn nötig, schrittweise zu verbessern. Der neue Artikel 13 zur Verständlichkeit der Informationen von Trägern öffentlicher Gewalt soll in substantieller Form erst 2023 in Kraft treten. Die Einrichtung einer Schlichtungsstelle auf Landesebene fehlt; auf Bundesebene wurde diese festgehalten und die Aufgabe der Stelle definiert, nämlich Konflikte zwischen Menschen mit Behinderun-

gen und den öffentlichen Stellen des Bundes zu lösen. Das braucht es auch in Bayern. Genau das hilft bei der Umsetzung des Gesetzes und steuert die Wirksamkeit des Gesetzes.

Nächstes Beispiel: die Verortung des Beauftragten für Menschen mit Behinderung bei der Staatsregierung bzw. beim Staatsministerium. Das haben wir schon immer kritisiert. Anders als Sie in der CSU-Fraktion wollen wir die politische Unabhängigkeit des Landesbehindertenbeauftragten stärken, indem wir dieses Amt beim Bayerischen Landtag ansiedeln.

Weiterer Punkt: IT-Barrierefreiheit. Hier brauchen wir dringend stärkere und verbindlichere Regelungen für elektronische Akten und Vorgänge, und zwar nicht nur für Menschen mit Behinderung, die mit der Verwaltung interagieren, die zum Beispiel einen Wohnsitz anmelden oder einen Antrag stellen, sondern auch für Menschen mit Behinderung, die im öffentlichen Dienst arbeiten oder arbeiten möchten und mit diesen Dingen umgehen. Hier ist in Bayern und vor allem an Ihrem Gesetzentwurf noch viel zu tun.

Kein Wunder, dass der Anteil schwerbehinderter Beschäftigter beim Freistaat bei 5,57 % stagniert, also nur unwesentlich über der gesetzlich vorgeschriebenen Quote liegt. Das ist inakzeptabel; denn der Freistaat sollte als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion einnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich könnte noch etliche weitere Punkte aufzählen. Insgesamt wird der Gesetzentwurf dem Ziel, für Barrierefreiheit in der öffentlichen Verwaltung und Kommunikation und beim Bau zu sorgen, nicht gerecht; er muss dringend nachgebessert werden.

Eines möchte ich noch anmerken: Frau Ministerin Trautner, über Ihre Vorgängerin Frau Schreyer hieß es letzte Woche in den Medien, sie habe gleich zu Beginn ihrer Amtszeit den Entwurf eines Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes einkassiert und verändert. Über Sie hieß es in den Medien, im "Münchner Merkur", für Sie sei vor allem das Thema Barrierefreiheit ein Herzensthema. Wenn dem so ist, dann kassieren Sie diesen Gesetzentwurf und bessern Sie ihn nach!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vor dem nächsten Redner gebe ich bekannt, dass nach dem nächsten Tagesordnungspunkt – das ist der Punkt 3 – die Abstimmung über die noch offenen Dringlichkeitsanträge aus der letzten Sitzung erfolgt. Zum gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN betreffend "Mehr Wertschätzung für die Beschäftigten in Bayerns Kliniken, verstärkte Pflege der Pflegenden", Drucksache 18/6217, wurde namentliche Abstimmung beantragt.

Das Wort hat nun der Kollege Andreas Jäckel von der CSU-Fraktion.

Andreas Jäckel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Nein, ich glaube, es wäre keine gute Idee, diesen Gesetzentwurf einzukassieren, Frau Kollegin Celina. Ich glaube vielmehr, wir müssen den weiten und harten Weg gehen und konsequent am Thema Inklusion und allem, was damit zusammenhängt, dranbleiben.

Wenn Sie sich erinnern: Als wir im Herbst die Umsetzung des Teilhabegesetzes für Bayern beschlossen haben, habe ich am Schluss meiner Rede darauf hingewiesen, dass wir dieses Thema nicht nur hier in der Politik diskutieren sollten, sondern

es permanent in die Gesellschaft hineinragen müssen. Es ist nicht selbstverständlich, dass zu diesem Thema jeder den gleichen Zugang hat wie wir, die wir uns ausführlicher damit beschäftigen.

Ich möchte die Zahlen in Erinnerung rufen: Fast jeder Zehnte hier in Bayern gehört der Gruppe der Menschen mit Behinderung an; bei den über 65-Jährigen ist es sogar jeder Vierte. Ich glaube, das ist für die Gesellschaft wichtig. Wir reden hier über eine Million Männer und Frauen in Bayern. Diese Zahl sollte die Bedeutung dieses Themas auf jeden Fall unterstreichen.

Sie haben es angesprochen: Es geht um Konkrete, es geht um Wertschätzung für das Thema überhaupt, es geht um konkrete Verbesserung. Aus meiner Sicht geht es auch um Generationenfairness, weil gerade die ältere Generation von diesem Thema ganz besonders betroffen ist. Frau Celina, wir können uns aber nicht davor verschließen: Es geht auch ums Geld. Dies in Einklang zu bringen, wird die Hauptaufgabe sein. Wir sind mit diesem Gesetzentwurf hier noch nicht am Ende, wir gehen damit in den Ausschuss; federführend ist der Sozialausschuss.

Ich möchte die Verbesserungen im Gesetzentwurf herausstellen: Wir haben die Klarstellung des Behinderungsbegriffs. Menschen mit Behinderung im Sinne dieses Gesetzes sind Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben. Als langfristig gilt ein Zeitraum, der mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate dauert. – Ich glaube, das ist schon eine klare Frist.

Es geht weiter mit der klarstellenden Definition der Barrierefreiheit:

Barrierefrei ist, was für Menschen mit Behinderung in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar ist. An der Barrierefreiheit fehlt es, wenn Menschen mit Behinderung die Mitnahme oder der Einsatz benötigter Hilfsmittel unmöglich ist, verweigert oder erschwert wird.

Ich glaube, auch das ist ein klares Deutsch.

Meine Damen und Herren, es wird auch das Thema der besonders verständlichen Sprache aufgegriffen. In der ersten Stufe sollen Informationen zunehmend in besonders leicht verständlicher Sprache bereitgestellt werden. In der zweiten Stufe sollen auch Bescheide in einfacher und verständlicher Sprache oder bei Bedarf in besonders leicht verständlicher Sprache, die sich an etablierten Standards orientiert, erläutert werden.

Wir haben als weiteren Punkt die Stärkung des Benachteiligungsverbots im Gesetz. Es wird klargestellt, dass die Versagung angemessener Vorkehrungen als Benachteiligung gilt. Damit wird das Konzept der angemessenen Vorkehrungen der UN-Behindertenrechtskonvention im Gesetz verankert.

Meine Damen und Herren, wir haben Verbesserungen im Recht der baulichen Barrierefreiheit – das betrifft Artikel 10 – durch weitgehende Übernahme der Neuregelungen im Gesetzentwurf. Danach entfällt die Beschränkung der Verpflichtung zur Barrierefreiheit auf große Um- und Erweiterungsbauten; gerade die kleinen investiven Um- und Erweiterungsbauten sollen erfasst werden. Bauliche Barrierefreiheit soll künftig grundsätzlich auch in den nicht von Baumaßnahmen erfassten Teilen, die dem Publikumsverkehr dienen, umgesetzt sowie bei Anmietungen von Gebäuden berücksichtigt werden.

Das ist ein dickes Brett, was da gebohrt werden muss; aber es ist wichtig, dass wir damit beginnen. Deshalb würde ich mich ungern darauf zurückziehen, dass der Gesetzentwurf einkassiert werden soll. Nein, das können wir nicht machen.

Meine Damen und Herren, es geht weiter mit der Anpassung an die Neuregelungen zu den Kommunikationshilfen. Insbesondere wird im Gesetzentwurf das Kriterium der Erforderlichkeit zur Wahrnehmung eigener Rechte im Verwaltungsverfahren gestrichen und damit ein unbürokratischer Zugang zu Kommunikationshilfen ermöglicht, ohne dass auf die Prüfung der Verhältnismäßigkeit verzichtet wird.

Weiter kann gemäß § 2 Absatz 3 der Bayerischen Kommunikationshilfenverordnung auch die ausgewählte Kommunikationshilfe zurückgewiesen werden, wenn sie mit unangemessenen Mehrkosten verbunden ist. Das sind Themen, bei denen wir im Alltag sehr genau werden hinschauen müssen, wie diese Regelungen funktionieren, wie sie finanziert werden und was den Betroffenen hilft. Ich glaube, wir müssen beides bedenken: diejenigen, die davon profitieren sollen, aber natürlich auch, was insgesamt privat und auch behördlich leistbar ist.

Zur Verdeutlichung der Rechte und des Aufgabenbereichs der Behindertenbeauftragten auf kommunaler Ebene werden entsprechende Ergänzungen vorgenommen. Nicht zuletzt wird auch die Amtsperiode des Landesbehindertenrates von drei auf fünf Jahre verlängert.

Neben denjenigen, die hauptamtlich mit diesen Dingen betraut sind, haben wir auch im Bereich Inklusion sehr viele ehrenamtlich Tätige, viele Behindertenbeiräte in den Kommunen in den entsprechenden Organisationseinheiten. Ich sage an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön.

Wir gehen mit diesem Gesetzentwurf in den Ausschuss und werden uns zur Zweiten Lesung wiedersehen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Jäckel. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Kerstin Celina von der Fraktion der GRÜNEN gemeldet.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, ich freue mich darüber, dass Sie im Ausschuss noch diskutieren wollen. Ich fände es spannend zu wissen, in welche Richtung die Änderungsvorschläge Ihrer Fraktion gehen werden. Sie haben klar dargelegt, dass im Ausschuss noch diskutiert werden wird. Sie haben außerdem klar dargelegt, dass diese Vorschläge Geld kosten werden. Worin besteht bei den angekündigten Änderungsvorschlägen denn also die Zielsetzung Ihrer Fraktion?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Andreas Jäckel (CSU): Hinsichtlich konkreter Änderungen werden wir den Spannungsbogen heute sicherlich aufrechterhalten. Sie wissen aber, dass wir uns guten Vorschlägen, wenn sie bezahlbar sind, niemals verschließen. Ich habe deutlich gemacht, dass man dieses Thema nicht mit einem Federstrich erledigen kann. Ich glaube, es ist wichtig, das Thema gesamtgesellschaftlich so zu verankern, dass die Bereitschaft für größere finanzielle Aufwendungen erhalten bleibt. Das betrifft aber nicht nur den Staat, sondern auch viele Privatleute.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Ralph Müller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Ralph Müller (AfD): Geschätzte Besucher, wertee Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Der Gesetzentwurf, den Sie uns hier vorlegen, ist grundsätzlich zu begrüßen. In der Gesamtbetrachtung handelt es sich hier aber eher um eine Absichtserklärung denn um eine ernsthafte, gesetzlich festgeschriebene Verbesserung für Menschen mit Behinderung. Echte Barrierefreiheit liegt Ihnen wohl offensichtlich nicht so sehr am Herzen; denn das, was hier vorgelegt wird, ist leider nicht einmal halb ausgegoren.

Die Barrierefreiheit wird in der Privatwirtschaft nur unzureichend geregelt. Auch im Bereich der öffentlichen Träger geht es hauptsächlich darum, niemandem weh zu tun. Oder was meinen Sie denn mit Formulierungen wie "angemessene Vorkehrungen" oder künftig "möglichst nur barrierefreie Bauten" anzumieten? Oder wann ist, wenn es um Barrierefreiheit geht, eine Baumaßnahme eigentlich als "unverhältnismäßiger Mehraufwand" zu bewerten? Wer entscheidet letztlich über all diese unklaren Formulierungen, die dieser Gesetzentwurf enthält? – Man versucht hier höchst angestrengt, niemanden zu vergessen oder falsch zu benennen. Dabei vergisst man jedoch die Sicherung der Teilhabe, beispielsweise in Artikel 7, auch für körperbehinderte Menschen.

Die leicht verständliche Sprache von Bescheiden, Formularen usw. durch Träger öffentlicher Gewalt soll schrittweise eingeführt werden. Als wir das gelesen hatten, fragten wir zu Recht danach, in welchem Zeitalter wir denn eigentlich leben.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das ist eine sehr gute Frage, in welchem Zeitalter Sie leben! – Florian von Brunn (SPD): In welchem Sie leben, das kann ich Ihnen sagen! – Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Die Anwendung mobiler Endgeräte oder PCs ist nicht mehr Zukunft, sondern Gegenwart. Sie wissen, worauf ich hinauswill. Stellen Sie endlich sicher, dass es in Bayern zumindest die öffentlichen Träger schaffen, ihre Informationen im Internet barrierefrei zur Verfügung zu stellen.

Lassen Sie uns auch noch über die Übersetzungskosten sprechen. Sie gehen davon aus, dass fünf Broschüren von je 20 Seiten pro Jahr zu einem Seitenpreis von – sage und schreibe – 86 Euro in leicht verständliche Sprache übersetzt werden müssten. Somit ergäben sich hochgerechnet horrende Kosten für die Übersetzung, nämlich jährlich nahezu 112.000 Euro für den Freistaat und exorbitante Kosten von etwa 106 Millionen Euro für alle Behörden in Bayern. Das wäre nicht vertretbar und bei richtiger Würdigung unverständlich. Nehmen Sie dieses Geld und investieren Sie es wirksam in die Barrierefreiheit, beispielsweise im Internet.

Uns ist noch Artikel 18 aufgefallen, der den Beauftragten für Belange von Menschen mit Behinderung betrifft. Um Kontinuität zu gewährleisten, ist es klar von Vorteil, wenn dieser für fünf anstatt für drei Jahre bestellt würde. Neu ist aber die Tatsache, dass der Beauftragte nun als Amtsträger zur Verschwiegenheit verpflichtet werden soll, wohingegen die Zusätze "unabhängig" und "weisungsungebunden" fehlen.

Alles in allem handelt es sich hier vor allem um viele Worte mit relativ wenig Substanz. Da gibt es noch viel zu tun. Da wir aber grundsätzlich für jede Verbesserung für Menschen mit Behinderung sind,

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Ralph Müller (AfD): stimmen wir dennoch zu. – Ich danke Ihnen für die geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Wir haben Ihnen gar nicht zugehört!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Susann Enders von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die UN-Behindertenrechtskonvention ist seit dem Jahr 2009 verbindliches Bundesrecht. Im Juli 2016 hat der Bund für seinen Zuständigkeitsbereich Änderungen des Behindertengleichstellungsgesetzes beschlossen, die insbesondere dazu dienen, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen und die Barrierefreiheit in der Bundesverwaltung zu verbessern.

Aus Gründen der Rechtssicherheit und der Rechtsklarheit ist das Bayerische Behindertengleichstellungsgesetz sowohl an die Begriffe und Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention als auch an das Behindertengleichstellungsgesetz anzupassen. Die Neuerungen sind ein unverzichtbarer Beitrag, um das Programm "Bayern barrierefrei" voranzutreiben.

Die Barrierefreiheit bildet einen besonderen Schwerpunkt der Politik der Bayerischen Staatsregierung, was durch den Koalitionsvertrag "Für ein bürgernahes Bayern – menschlich, nachhaltig und modern" zwischen CSU und FREIEN WÄHLERN untermauert wurde. Es entspricht dem hohen Stellenwert der Barrierefreiheit, wenn die Verbesserungen bei der Barrierefreiheit durch das Behindertengleichstellungsgesetz auf Bundesebene jetzt auch auf Bayern übertragen werden.

Welche wesentlichen Änderungen erfolgen aktuell? – Das Bayerische Behindertengleichstellungsgesetz konkretisiert das Benachteiligungsverbot des Artikels 118a der Bayerischen Verfassung und enthält spezielle Regelungen gegen Benachteiligungen von Menschen mit Behinderung für den Bereich des öffentlichen Rechts und der Träger öffentlicher Gewalt in Bayern.

Das Kernstück des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes besteht darin, die Barrierefreiheit – unter anderem in den Bereichen Bau und Verkehr und der Kommunikation mit der Verwaltung einschließlich der Nutzung von modernen Medien wie dem Internet – zu verbessern. Barrierefreiheit ist eine Grundvoraussetzung für gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

Die Novellierung des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes umfasst folgende wesentlichen Änderungen: klarstellende Anpassung des Behinderungsbegriffs an die Neuregelung im Behindertengleichstellungsgesetz bzw. eine Anpassung des Behinderungsbegriffs an den Wortlaut der UN-Behindertenrechtskonvention; eine klarstellende Erweiterung der Definition der Barrierefreiheit um die Mitnahme von Hilfsmitteln, zum Beispiel Blindenführhunde; eine Stärkung des Benachteiligungsverbots durch die Klarstellung, dass die Versagung angemessener Vorkehrungen als Benachteiligung gilt; außerdem die Verbesserungen im Recht bezüglich der baulichen Barrierefreiheit. Unabhängig davon bleiben die Anforderungen der Bayerischen Bauordnung zum barrierefreien Bauen – Artikel 48 – und die sie konkretisierenden Regelungen der als Technische Baubestimmung eingeführten Normen DIN 18040.1 für öffentlich zugängliche Gebäude und DIN 18040.2 für Wohngebäude bauordnungsrechtlich verbindlich zu beachten.

Meine Damen und Herren, Barrierefreiheit ist kein Wunschkonzert. Die DIN 18040, die Artikel 48 der Bayerischen Bauordnung angegliedert ist, hat Gesetzescharakter. Ebenso erfolgt die Anpassung an die Neuregelung zu den Kommunikationshil-

fen im Behindertengleichstellungsgesetz. Analog zur Neuregelung im Behindertengleichstellungsgesetz wird ein neuer Artikel zur Verwendung einer besonders leicht verständlichen Sprache durch die Träger öffentlicher Gewalt eingefügt.

Im Bereich der barrierefreien Medien wird als Klarstellung aufgenommen, dass Fernsehprogramme als Alternative zur Untertitelung in Gebärdensprache begleitet werden sollen.

Zur Verdeutlichung der Stellung, der Rechte und des Aufgabenbereichs der Beauftragten auf kommunaler Ebene werden entsprechende Ergänzungen vorgenommen. Es erfolgt, wie vorhin schon richtig bemerkt, eine Verlängerung der Amtsperiode des Landesbehindertenrates von drei auf fünf Jahre, um die Kontinuität der Arbeit des Landesbehindertenrates sicherzustellen.

Das waren die wesentlichen Veränderungen, die es hier in Bayern anzupacken gilt.

Abschließend möchte ich betonen: Barrierefreiheit ist kein Wunschkonzert. Die heutige Anpassung des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes ist ein weiterer Schritt auf dem langen Weg zu einem "Bayern barrierefrei für alle".

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Frau Enders. Sie können das Pult verlassen. – Die Kollegin, die als Nächste dran ist, steht schon bereit.

(Susann Enders (FREIE WÄHLER) bleibt am Rednerpult stehen)

Sie dürfen das Pult verlassen. – Schon bereitgestellt hat sich die nächste Rednerin, Frau Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, Hohes Haus! Wir müssen schon schauen, dass wir uns hier nicht einer Themaverfehlung schuldig machen. Klar ist, dass ein Behindertengleichstellungsgesetz nicht das Gleiche ist wie ein Aktionsplan "Barrierefreiheit". Das Problem ist nur, dass im bayerischen Aktionsplan "Barrierefreiheit", anders als in den Kommunen und in anderen Ländern, leider auch nichts Konkretes drinsteht.

Die im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Regelungen sind hauptsächlich Anpassungen, deren Notwendigkeit aus dem Bundesgleichstellungsgesetz und der UN-Behindertenrechtskonvention folgt. Das ist auch in Ordnung so. Trotz der Bemühungen um Klarstellung bleiben Fragen offen. Vielleicht können sie im weiteren Beratungsverlauf geklärt werden; wir hoffen es.

Ich nenne ein Beispiel aus dem Bereich der benötigten Hilfsmittel: Blindenführhunde werden nun offiziell aufgenommen. Aber es sollte doch bitte "Assistenzhunde" heißen; denn es gibt Assistenzhunde, die nicht Blindenführhunde sind und trotzdem dringend notwendig sind. Trotz dieser Klarstellung bleibt für die Betroffenen immer noch offen, ob sie den Hund in das Schwimmbad oder das Krankenhaus mitnehmen dürfen oder nicht. Daraus wird der Leser des Gesetzentwurfs nicht schlau.

Unklar bleibt auch, was folgt, wenn es weiterhin untersagt wird, den Blindenführ- oder Assistenzhund mitzunehmen. Das bleibt völlig unklar.

Interessant wird es in Artikel 7. Darin heißt es:

Die zuständigen Staatsministerien entwickeln Fachprogramme zur Sicherstellung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Leben in der Gesellschaft.

Sehr gut! Heißt das, dass es alle Ministerien betrifft? Laut UN-Behindertenrechtskonvention ist klar, dass alle Lebensbereiche umfasst sind. Bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschen- und Teilhaberechte sind gemeint. Das heißt, es muss alle Ministerien betreffen.

In der Begründung ist formuliert, dass Menschen mit Behinderung "von dem jeweiligen Ressort über die sie zu vertretenden Selbsthilfe-Organisationen bei Planungen und Entscheidungsprozessen [...] in angemessenem Umfang konsultiert und aktiv einbezogen" werden sollen. Wir sind sehr gespannt; das klingt interessant. Das gilt dann nicht nur für diesen Gesetzentwurf, sondern für die gesamte weitere Entwicklung. Es bedeutet natürlich auch, dass sie eine entsprechende Ausstattung brauchen, um sie in diese Lage zu versetzen.

Erfreulich ist, dass bei notwendigen Kontakten Barrieren im Umgang mit Behörden verringert werden. Sie sollten aber darauf achten, dass auch Möglichkeiten zur aktiven Teilhabe und Partizipation am öffentlichen – auch am politischen – Leben geschaffen werden.

Auch die Frage, wie es mit Sanktionen aussieht, bleibt völlig unklar. Zu den Baufragen heißt es, um die finanzielle Belastung möglichst zu strecken, solle die Barrierefreiheit "nicht sofort und vollumfänglich hergestellt werden", sondern "schrittweise anlässlich der Durchführung von ohnehin geplanten investiven Baumaßnahmen und auch nur insoweit, als die Feststellung und der Abbau der Barrierefreiheit nicht einen unverhältnismäßigen Aufwand darstellen." Das ist wirklich sehr schwammig formuliert. Damit bin ich wieder bei einem der Grundprobleme: Es bleibt völlig offen, welche Sanktionsmöglichkeiten in Zukunft bestehen. Auf der Bundesebene ist das anders; denn dort ist eine Beschwerde- und Schiedsstelle eingerichtet worden. Im Freistaat Bayern haben wir sie nicht. Letztlich steht den Betroffenen nur der persönliche Klageweg offen. Das ist sehr mühsam, sehr teuer und sehr anstrengend. Diese Regelung im Gesetzentwurf wird sicherlich nicht ausreichen. Darüber werden wir in der weiteren Gesetzesberatung noch zu reden haben.

Ein wesentlicher Punkt ist hier noch nicht genauer ausgeführt worden: Die Digitalisierung und die neuen Medien bieten eine unglaublich große Chance für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am öffentlichen Leben. Diese Chance darf nicht verpasst werden. Eine Möglichkeit bestünde darin, in dem Gesetzentwurf eine verbindliche Regelung zu treffen. Zur Verbindlichkeit ist ja einiges schon gesagt worden.

Wir sind auf den weiteren Beratungsverlauf gespannt. Das, was wir von Kollegen Jäckel gehört haben, lässt darauf hoffen, dass es eine offene Diskussion geben wird. Sie haben auch gesagt, Sie wären an unseren Ergänzungs- und Änderungsvorschlägen interessiert. Diese werden Sie mit Sicherheit bekommen, wie immer kompetent und durchgerechnet. Das wird sicherlich eine interessante Gesetzesberatung.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Als konstruktive Opposition

(Lachen bei der SPD)

befürworten wir einige Neuerungen. Das gilt zum Beispiel für die Verlängerung der Amtszeit des Landesbehindertenrates und die Klarstellung, dass zu barrierefreien

Fernsehprogrammen die Begleitung durch einen Gebärdendolmetscher gehört. Im Großen und Ganzen aber klammert sich der Gesetzentwurf an den meisten Stellen ganz einfach an die Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes des Bundes. Ich wundere mich schon, warum uns dieser Entwurf so kurzfristig vorgelegt wurde, obwohl er doch so wenig mutig und ambitioniert ist.

Bestes Beispiel ist die Barrierefreiheit von Gebäuden. Sie gehen jetzt einen Schritt weiter als bisher, indem Sie normieren, dass auch bei kleineren Umbauten von öffentlichen Gebäuden Barrierefreiheit gewährleistet werden muss. Sie revidieren das aber gleich wieder, indem Sie hinzufügen, es dürften kein unverhältnismäßiger Aufwand und keine unangemessene wirtschaftliche Belastung entstehen. Das verstehe ich zwar; aber Sie müssten definieren, was damit gemeint ist. Sie verzichten auf eine solche Definition. Sie legen nicht fest, welche Stelle diese Frage überprüfen soll. Diese Unklarheit bedeutet längere Planungsverfahren, womöglich auch Klagewellen. Damit ist weder den Behörden noch den Menschen mit Behinderung gedient.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Große Schwächen hat der Gesetzentwurf, wenn es um die Herstellung der digitalen Barrierefreiheit geht. Das ist für mich eine Herzensangelegenheit. Wir wissen doch, wie viel wir durch den Einsatz moderner Technologien erreichen und wie sehr wir das Leben von Menschen mit Behinderung durch die Herstellung digitaler Barrierefreiheit vereinfachen können. Während Sie bei der baulichen Barrierefreiheit die DIN-Normen explizit nennen, ist in diesem Bereich noch nicht einmal klagestellt – durch zig Verweise kann man es vielleicht erraten; aber es ist nicht wirklich klaggestellt –, ob die DIN-Normen zur Gestaltung von PDFs und zur Benutzerfreundlichkeit erfüllt werden müssen.

Sie haben vergessen, beim Losfahren die Handbremse zu lösen; denn Sie sprechen immer wieder davon, dass Sie "schrittweise" vorgehen wollen. Ich denke, bei der Gleichstellung von Menschen mit Behinderung ist Schrittempo zu langsam. Treten Sie auf das Gaspedal! Definieren Sie ein Ziel! Sie nennen in Ihrem Gesetzentwurf keinerlei Fristen. Damit lassen Sie völlig offen, ob und, wenn ja, wann Barrierefreiheit überhaupt komplett erreicht wird.

Jetzt komme ich zu dem Punkt, der bei mir am meisten Kopfschütteln verursacht hat. Sie stellen zwar fest, dass die Behördentexte sprachlich schwere Kost seien. Das stimmt; sie sind oft geschwurbelt und unverständlich formuliert. Wahrscheinlich hat jeder von uns schon einmal diese Erfahrung gemacht. Das geht eben nicht nur Menschen mit Behinderung so, sondern allen Menschen.

Die Lösung, die auf der Hand liegt, bestünde darin, einfachere Texte zu schreiben. Aber nein! In dem Gesetzentwurf steht, in einem ersten Schritt solle es ein Recht auf Übersetzung für Menschen mit Behinderung geben. Zunächst also werden unverständliche Texte geschrieben, und diese werden dann übersetzt. In einem weiteren Schritt folgt noch ein Recht auf Erläuterung. Demnach soll jedem Bescheid eine Erläuterung in einfacher Sprache angehängt werden. Wie wäre es denn, wenn einfach klare, verständliche Texte geschrieben würden? Davon hätten wir alle etwas, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationshintergrund und jeder Leser dieser sehr schwierigen Texte. Das wäre tatsächlich im Sinne der Inklusion.

Das gilt auch für Ihre Gesetzentwürfe: Erstellen Sie sie in verständlicher Sprache und barrierefrei!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Verehrte Kollegin, Sie sind am Ende Ihrer Redezeit.

Julika Sandt (FDP): Okay. – Spannend war zu erfahren, dass selbst die Behindertenverbände den Referentenentwurf nicht barrierefrei erhalten haben. Angesichts dessen würde ich an Ihrer Stelle schauen, was Sie in Ihrem Haus tun können, um barrierefrei zu schreiben.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin!

Julika Sandt (FDP): Dann sollten Sie das auch im Gesetz umsetzen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie als federführendem Ausschuss zu überweisen. – Ich sehe Einverständnis. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht
einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 25 der Liste. Es ist dies der Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner und anderer (SPD) betreffend "Dramatischer Notstand der medizinischen Versorgung: Die Kinderstationen an Bayerns Krankenhäusern müssen gerettet werden! II" auf Drucksache 18/4993, der auf Wunsch der SPD-Fraktion gesondert beraten werden soll. Der Aufruf erfolgt zum Ende der heutigen Tagesordnung.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Das sind die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Damit übernimmt der Landtag die Voten.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die noch offenen Dringlichkeitsanträge, die in der letzten Sitzung, am Donnerstag, nicht mehr durchgeführt werden konnten.

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. und Fraktion (SPD)
Arbeitssituation des Klinikpersonals verbessern! (Drs. 18/6161)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klinikpersonal wirkungsvoll schützen und stärken (Drs. 18/6216)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a.
und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Johann Häusler u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mehr Wertschätzung für die Beschäftigten in Bayerns Kliniken,
verstärkte Pflege der Pflegenden (Drs. 18/6217)**

Über diesen gemeinsamen Antrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER soll namentlich abgestimmt werden. Ich lasse zuerst in einfacher Form über die Anträge der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/6161 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen? – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/6216 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die CSU, FREIE WÄHLER und AfD. Stimmenthaltungen? – Das sind die FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN, Drucksache 18/6217, ab, und zwar in namentlicher Form. Sie kennen das Prozedere. Die Urnen stehen bereit. Die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 16:03 bis 16:08 Uhr)

Die Abstimmung ist beendet. Die Urnen werden geschlossen. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird später bekannt gegeben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. (SPD)
Klimaschutz statt klimaschädlichem Mega-Wachstum: Alternativen
zu Flugverkehr ausbauen, Flüge reduzieren, klimafreundliche
Treibstoffe fördern (Drs. 18/4573)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir ist schon beim letzten Tagesordnungspunkt aufgefallen, dass der Lärmpegel ziemlich hoch ist. Es ist sehr viel Gemurmel zu hören, viele kleine Gespräche. Ich bitte, dies zu unterlassen und dem Redner Aufmerksamkeit zu schenken. – Ich eröffne die Debatte mit dem ersten Redner. Es ist der Kollege Florian von Brunn von der SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Am Donnerstag stellt der Umweltminister das Klimaschutzgesetz der

Staatsregierung vor, allerdings bei der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und nicht hier im Landtag. Wenn man ein neues Gesetz zuerst bei einem Lobbyverband vorstellt, dann sagt dies sehr viel über den Wert aus, den der Umweltminister und die Staatsregierung dem bayerischen Parlament beimessen. Aber das nur am Rande. Bei den Maßnahmen, die bei der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft vorgestellt werden, fehlt ein wesentlicher Punkt. Man findet dort kein Wort zum Thema Flugverkehr. Dabei ist der Luftverkehr der mit Abstand klimaschädlichste Verkehr. Er trägt nach Berechnungen des Umweltbundesamtes durch den Ausstoß von CO₂, Methan, Lachgas und anderen Schadstoffen sowie durch die Veränderung der Wolken bis zu 8 % zur weltweiten Klimaerwärmung bei. Außerdem wächst der weltweite Flugverkehr in rasantem Tempo weiter an. Der Ausstoß an Treibhausgasen durch Flugzeuge wird so immer weiter ansteigen und die Klimaerwärmung weiter verschärfen.

Fliegen ist in, zumindest in den reichen Konsumgesellschaften des Westens, denn Fliegen ist ein exklusives Vergnügen. Lediglich 3 % der Weltbevölkerung sind im Jahre 2017 geflogen, vor allem Menschen aus reichen Ländern dieser Welt. Dort fliegen am häufigsten die, die über etwas mehr Geld in der Tasche verfügen.

Geschätzte 80 bis 90 % der Weltbevölkerung haben noch nie ein Flugzeug betreten. Der Flugverkehr hat also auch eine soziale Schlagseite. Eine große Mehrheit der Weltbevölkerung, die selbst nicht fliegt, bezahlt einen hohen Preis dafür, dass andere jetten können. Sie leiden besonders unter steigenden Meeresspiegeln, Dürren sowie Wasserknappheit, die die Klimaerwärmung mit sich bringt.

Auch in Bayern hat der Ausstoß an Treibhausgasen aus dem Flugverkehr seit 1990 massiv zugenommen. Unternommen hat die Staatsregierung bisher nichts dagegen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen deshalb: Diese Entwicklung ist aus klimapolitischen und sozialen Gründen nicht mehr hinnehmbar.

(Beifall bei der SPD)

Europa, Deutschland, aber gerade auch der Freistaat Bayern haben eine Verpflichtung zum Handeln. Es müssen jetzt klimafreundliche Alternativen geschaffen werden. Mit dem Klimapakete der Bundesregierung ist ein Anfang gelungen; aber das reicht noch nicht aus. Der Flugverkehr muss durch klare politische Vorgaben schnellstmöglich klimafreundlich werden. Deswegen wollen wir als Erstes in Europa endlich die Steuerbefreiung bei Kerosin beenden.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Eine europäische Flugbenzinsteuern könnte nach einer Studie der Europäischen Kommission den Kohlendioxid-Ausstoß der Luftfahrt um rund 11 % verringern.

Aber es geht noch um etwas anderes. Jeden Tag wird zum Beispiel auf der kurzen Strecke zwischen München und Nürnberg mindestens sechs Mal geflogen. Was für eine Umweltsauerei! Solche Verbindungen müssen endlich auf die Schiene verlagert werden.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen müssen wir die Einnahmen aus der Flugbenzinsteuern zusätzlich zu den Mitteln des Klimapakets in den Ausbau des Bahnverkehrs investieren.

(Anhaltende Unruhe und Zurufe von der CSU)

Das muss mit dem Ziel geschehen, möglichst alle Inlandsflüge in Deutschland Stück für Stück auf die Schiene zu verlagern.

Wir brauchen außerdem so schnell wie möglich synthetische Kraftstoffe für Flugzeuge aus klimaneutraler Herstellung. Wir verlangen zudem, dass ein Ausbau von Flughäfen nur nach einem koordinierten Verkehrskonzept erfolgen soll.

Außerdem muss die öffentliche Anbindung der Flughäfen in Bayern so verbessert werden, dass Flüge wie die von München nach Nürnberg endlich wegfallen.

Das sind ganz wesentliche Maßnahmen für den Klimaschutz. Wer das in der Klimaschutzpolitik vergisst oder gar unterschlägt, bleibt weit hinter den Notwendigkeiten zurück.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke sehr, Herr von Brunn. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Prof. Hahn, AfD, gemeldet. Bitte sehr.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr von Brunn, wie wir das gerade hören, ist das Thema bei Ihnen eine moralische Geschichte. Sie sagen, fliegen sei in; es wäre etwas für die reiche Konsumgesellschaft. Ich weiß nicht, ob Sie sich vielleicht dazu zählen. Ich kenne bisher noch keine Alternative zum Fliegen, wenn man über den Ozean kommen will. Ich selber kann für meinen Part sagen, dass ich es nicht unmoralisch finde, wenn man fliegt. Gleichzeitig muss ich aber auch sagen: Ich schaue auf meine eigene Flugbilanz. Ich bin zum Beispiel in den letzten zwei Jahren nicht ein einziges Mal geflogen, weder dienstlich noch privat.

Meine Frage an Sie: Wie häufig sind Sie in den letzten zwei Jahren geflogen?

Florian von Brunn (SPD): Ich kann Ihnen versichern, dass die SPD mit allem Nachdruck daran arbeitet, dass die AfD aus dem Landtag fliegt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Es ging um den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König und anderer und Fraktion (CSU) sowie der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Johann Häusler und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Mehr Wertschätzung für die Beschäftigten in Bayerns Kliniken, verstärkte Pflege der Pflegenden" auf Drucksache 18/6217. Mit Ja haben 111 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 70 gestimmt. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Wir kommen nun zum nächsten Redner. – Der nächste Redner ist der Kollege Eric Beißwenger von der CSU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Kollege.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr von Brunn fordert im vorliegenden Antrag die Staatsregierung erstens dazu auf – du hast es ja ausgeführt, Florian, deswegen sage ich es so –, zeitnah eine Klimaschutzstrategie für den Luftverkehr vorzulegen, in deren Rahmen beispielsweise eine Besteuerung von Kerosin eingeführt wird und jegliche steuerliche Bevorzugung des Flugverkehrs gegenüber anderen Transportmitteln abgeschafft wird.

Zweitens. Die dadurch erzielten Steuermehreinnahmen sollen in den Ausbau des ÖPNV investiert werden.

Drittens soll ein verbindlicher Zeitplan zur stetigen Steigerung des Einsatzes synthetischer Kraftstoffe mit der Zielmarke 100 % und einem Startanteil von 10 % aufgelegt werden.

Viertens soll ein Neu- und Ausbau von Flughäfen nach einem koordinierten Verkehrskonzept des Bundes in Abstimmung mit den Ländern erfolgen.

Fünftens soll eine bessere Anbindung der bayerischen Flughäfen an den Schienenverkehr generell realisiert werden.

Der Anteil des Flugverkehrs an den weltweiten CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe im Jahr 2015 beträgt 2,69 %.

(Zurufe von der SPD: Stimmt leider!)

Bereits im Jahr 2012 wurde der Flugverkehr als einziger Verkehrsträger neben der Industrie und der Energiewirtschaft in den europäischen Emissionshandel einbezogen und unterliegt damit bereits einem CO₂-Reduktionspfad und einer CO₂-Bepreisung.

Seitdem benötigen Luftfahrzeugbetreiber Berechtigungen für den Ausstoß von Treibhausgasemissionen. Die Staatsregierung hat eine Bayerische Klimaschutzoffensive vorbereitet, die die Klimaschutzanstrengungen des Bundes unterstützt. Neben einem Landesklimaschutzgesetz sind konkrete Maßnahmen vorgesehen, die auch den Sektor Verkehr betreffen. Ich nenne beispielsweise weniger Flugreisen von Staatsregierung und Staatsbediensteten, den Ausbau des ÖPNV und die Modellregion "Zukunft der Mobilität". Des Weiteren sind in der Hightech-Agenda Bayern das Forschungszentrum für synthetische Kraftstoffe in Straubing und auch das Wasserstoffzentrum in Nürnberg enthalten.

Jetzt komme ich speziell zu den einzelnen Forderungen im SPD-Antrag.

Zu Erstens. Die Zuständigkeit hierfür liegt eindeutig beim Bund. Nachdem auch über die Einführung einer Kerosinsteuer diskutiert worden war, hat sich die Große Koalition von CDU/CSU und SPD – das betone ich hier – im Rahmen des Klimaschutzpaktes stattdessen auf die Erhöhung der bestehenden Luftverkehrsteuer geeinigt.

Gegen eine nationale Besteuerung von Kerosin spricht, dass sie keinerlei klimaschützende Auswirkungen hätte und nur zur Wettbewerbsverzerrung zulasten der deutschen Luftverkehrswirtschaft führen würde. Die Folge einer Besteuerung des Kerosins wäre lediglich, dass Airlines vermehrt dort tanken würden, wo keine entsprechende Steuer erhoben wird. Für das Klima wäre durch eine nationale Kerosinsteuer somit nichts, aber auch gar nichts gewonnen.

Von einer Bevorzugung des Luftverkehrs kann nicht gesprochen werden. Nationale, unionsrechtliche und völkerrechtliche Gesetze und Abkommen sehen vielmehr aus nachvollziehbaren Gründen eine Steuerbefreiung für Treibstoff in der Luftfahrt vor. Denn die internationale Staatengemeinschaft hat sich schon vor Jahrzehnten darauf verständigt, dass der weltweite Luftverkehr seine Infrastrukturkosten nicht über Steuern finanzieren soll, sondern über eine Nutzerfinanzierung bei Flughäfen und Flugsicherung.

Zu Zweitens. Eine weitere, über die im Klimapaket der Bundesregierung hinausgehende Quersubventionierung anderer Verkehrsträger durch Steuermehreinnahmen

aus einer etwaigen Kerosinsteuer ist meiner Ansicht nach abzulehnen. Dies allein dürfte zur Verkehrsverlagerung ins Ausland und damit gleichzeitig zu einer Schwächung der deutschen Luftverkehrswirtschaft führen, die vor allem von einer Kerosinsteuer betroffen wäre. Es gilt vielmehr, die Verkehrsträger intelligent, kundenfreundlich und auch nachhaltig zu vernetzen und sie nicht gegeneinander auszuspielen.

Zu Drittens. Im Interesse des Klimaschutzes wäre es durchaus sinnvoll, verstärkt Treibstoffe aus regenerativer Erzeugung einzusetzen. Neben den im Vergleich zu herkömmlichem Kerosin vielfach höheren Preisen besteht die Schwierigkeit darin, dass diese Treibstoffe noch entwickelt und in großen Mengen hergestellt werden müssen. Eine Anlage zur Herstellung synthetischer Treibstoffe im Umfang von 10 % bis 2021 steht nach meiner Kenntnis überhaupt nicht zur Verfügung.

Die Einführung eines verbindlichen Zeitplans ist jetzt noch verfrüht. Erst muss eine entsprechende Produktion aufgebaut werden. Im Übrigen müsste ein solcher Zeitplan nicht nur regional, sondern mindestens auf der Ebene der EU festgelegt werden, um keine wettbewerbsverzerrenden Wirkungen zu erzeugen und dem Klimaschutz zu dienen.

Zu Viertens. Hier wurde auf das Flughafenkonzept der Bundesregierung sowie auf das Luftverkehrskonzept des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur von 2017 hingewiesen, dessen Umsetzung sich die aktuelle Bundesregierung im Koalitionsvertrag ausdrücklich zum Ziel gesetzt hat. Darin wird der bedarfsgerechte Ausbau wie etwa der Ausbau des Flughafens München als notwendig beschrieben.

Zu Fünftens. Die Verbesserung der Schienenanbindung, insbesondere des Flughafens München, ist bereits jetzt ein zentrales Thema bayerischer Verkehrspolitik. Der Freistaat hat mit dem Programm "Bahnausbau Region München" ein umfangreiches Konzept für den Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs in der stark wachsenden Metropolregion aufgestellt. Es bildet die Grundlage für eine zukunftsweisende Entwicklung der Schieneninfrastruktur und sieht Maßnahmen zur besseren Schienenanbindung, beispielsweise zum Flughafen München, vor.

Mit der Inbetriebnahme der Neufahrner Kurve im September 2018 wurde ein wichtiger Baustein der von der Staatsregierung beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung der Schienenanbindung des Flughafens München umgesetzt. Mit der Inbetriebnahme der zweiten S-Bahn-Stammstrecke sieht der Freistaat zudem eine Express-S-Bahn auf der zweiten Stammstrecke zum Flughafen vor. Der Flughafen wird dann in einer im Vergleich zur heutigen Situation um zehn Minuten kürzeren Reisezeit erreichbar sein.

Ein weiteres Beispiel: Der Flughafen Nürnberg ist vom Nürnberger Hauptbahnhof mit dem öffentlichen Verkehr bereits heute gut erreichbar. Vom Hauptbahnhof kommt man in circa 13 Minuten Fahrzeit direkt zum Flughafen Nürnberg.

Aus all diesen Gründen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner ist Herr Kollege Johannes Becher für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD fordert mit ihrem Antrag die Vorlage einer Klimaschutzstrategie für den Luftverkehr. Ich habe große Sympathie für diese Forderung; denn

würde die Staatsregierung endlich eine Klimaschutzstrategie entwickeln, die über bloße Ankündigungen hinaus ginge und die wirksam und stringent wäre, wäre dies sehr zu begrüßen. Das ist weder beim Thema Luftverkehr noch in vielen anderen Bereichen zu erkennen. Meine Damen und Herren, einmal medienwirksam einen Baum umarmen, ist noch keine Strategie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus meiner Sicht bräuchten wir stattdessen eine Mobilitätswende für ganz Bayern. Das bedeutet nicht nur mehr Busse im ländlichen Raum, um dort endlich öffentlichen Personennahverkehr anzubieten, sondern auch einen umweltfreundlichen Verkehr. Alles, was fliegt, und alle anderen Transporte, die möglich sind, sollten auf die Schiene verlagert werden. Das Motto der bayerischen Verkehrspolitik sollte lauten: Zug statt Flug. Das wäre der richtige Ansatz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir die Klimaschutzziele, auf die wir uns in Paris und anderswo verpflichtet haben, erreichen wollen, wird es notwendig sein, den Flugverkehr zu reduzieren. Wir glauben, der Flugverkehr kann auch leicht reduziert werden, wenn die künstlichen Bedarfe, die mit Subventionen geschaffen werden, endlich beseitigt werden. Ich möchte Ihnen ein ganz konkretes Beispiel nennen, was wir in Bayern tun könnten. Vorher kam der Zwischenruf, das ginge nur in Europa. Der Flughafen München bezahlte im letzten Jahr 25 Millionen Euro für Subventionen an Airlines, damit diese von München weg- oder hier herfliegen. Im Jahr zuvor zahlte der Flughafen München an Airlines 24 Millionen Euro, im Jahr davor 18 Millionen Euro und in allen anderen Jahren davor zweistellige Millionenbeträge. Der Flughafen München gehört zu 100 % der öffentlichen Hand. 51 % entfallen auf den Freistaat Bayern. Ich sage ganz klar: Kein öffentliches Geld für Subventionen an Airlines! Stoppen Sie das! Hören Sie auf damit! Das könnten wir hier in Bayern sofort tun!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie lange reden wir schon über das Thema Kerosinsteuer? Das ist völlig unverständlich. Jeder, der an der Tankstelle tankt, kann sich ausrechnen, was er für Benzin und Diesel an Steuern bezahlen muss. Aber ausgerechnet Flugbenzin, Kerosin, ist komplett steuerfrei, und das nur auf der Grundlage des Chicagoer Abkommens. Dort ist geregelt, dass eine Kerosinsteuer im Rahmen von bilateralen Verträgen eingeführt werden kann. Herr Kollege Beißwenger, Sie haben natürlich recht: Das muss europaweit geschehen. Dazu gehört aber ein politischer Wille. Diesen Willen brauchen wir in Bayern und im Bund, wo Sie und die SPD mitregieren. Wir brauchen ihn aber auch in Europa, wo die Kommissionspräsidentin von der CDU stammt.

Hätten Sie den Willen, eine europaweite Kerosinsteuer einzuführen, könnten Sie das tun. Das müssten Sie auch tun, wenn Sie es mit dem Klimaschutz ernst meinen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Thema synthetische Kraftstoffe wurde schon angesprochen. Teilweise werden diese Kraftstoffe als Allheilmittel dargestellt. Einige sagen: Mensch, wenn das Kerosin aus klimaneutraler Herstellung stammt, dann könnte doch alles so bleiben, wie es ist. – Meine Damen und Herren, das Ziel von 100 % finde ich gar nicht so schlecht; denn wenn wir kein Ziel haben, können wir auch nichts erreichen. Gleichzeitig müssen wir aber sagen: Ohne massiven Energieeinsatz werden wir es nicht schaffen. Wo soll diese Energie herkommen? Würden wir Power-to-Liquid mit Braunkohlestrom herstellen, hätten wir im Endeffekt gar nichts gewonnen.

Wir brauchen also einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien. Das ist auch in Bayern eine Aufgabe. Die Photovoltaik allein wird es nicht leisten können. Wir brauchen in Bayern mehr Windkraft. Deshalb muss endlich dieses 10-H-Gesetz weg, ansonsten geht das nicht. Das wäre Ihre Aufgabe. Bitte, bitte überdenken Sie dieses 10-H-Gesetz, und schaffen Sie es ab!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Werte Kolleginnen und Kollegen, in dem Antrag sind auch noch die Themen Neu- und Ausbau der Flughäfen sowie Infrastruktur enthalten. In der heutigen Zeit des Klimawandels muss ganz klar sein, dass es einen Neu- und Ausbau von Flughäfen in Deutschland und Bayern nicht geben kann. Als Betroffener aus dem Landkreis Freising sage ich Ihnen: Beerdigen Sie endgültig die dritte Start- und Landebahn!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich wundere mich, dass bei diesem Thema niemand von der Staatsregierung interveniert. Der frühere Chef des Flughafens München, Herr Kerkloh, der zum Ende des letzten Jahres in den Ruhestand gegangen ist, hat groß und breit erzählt, eine dritte Startbahn wäre eine Klimaschutzmaßnahme. Warum bremst ihn niemand ein? Der Aufsichtsratsvorsitzende ist doch von der Staatsregierung. Ich würde mir hier ein Dementi erwarten. Es ist doch Humbug, zu behaupten, eine dritte Startbahn wäre eine Klimaschutzmaßnahme. Auf diese Startbahn zu verzichten und das Erdinger Moos wieder zu vernässen, wäre eine Klimaschutzmaßnahme! Das fordere ich ein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, unsere Fraktion ist der Auffassung, der Antrag der SPD geht in die richtige Richtung. Unsere Fraktion ist der Auffassung, dass wir endlich Verantwortung für den Klimaschutz mit einer sinnvollen Klimastrategie für Bayern übernehmen müssen. Deswegen stimmen wir diesem Antrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Becher, es liegt eine Intervention vor. Hierzu erteile ich dem Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Becher, Wasser fordern und selbst Wein trinken, ist ein bekanntes Phänomen. Bei den GRÜNEN trifft dies zu, wie eine Studie der Forschungsgruppe Wahlen aus dem Jahr 2019 gezeigt hat. Diese Studie hat ergeben, dass die Parlamentarier der GRÜNEN in Deutschland im Schnitt am meisten fliegen. Oho, wen wundert's?

Sie fordern nicht nur eine Wende im Flugverkehr, wobei Sie moralisch argumentieren, sondern gleichzeitig eine Wende der gesamten Mobilität in Bayern. Deshalb meine Frage an Sie: Haben Sie schon Ihre ganz persönliche Mobilitätswende erlebt? Könnten Sie uns das einmal schildern? Ich habe eben gesagt: Ich habe in den letzten zwei Jahren nicht ein Molekül CO₂ über Flüge ausgestoßen. Wie viele Flüge hatten Sie denn in den letzten zwei Jahren?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Becher, Sie haben das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Ich bin sehr dazu geneigt, genauso zu antworten wie der Kollege von Brunn. Ich sage es Ihnen ganz offen: Die Menschen in unserer Region, im Landkreis Freising sind massiv durch Lärm, Dreck und Emissionen belastet. Selbstverständlich bin ich in den letzten Jahren nicht vom Flughafen München geflogen. Die letzten zwei Jahre bin ich sicher nicht von dort geflogen. Ich besitze

auch kein Auto. Ich weiß nicht, ob Sie eins haben. Aber das ist auch egal. Ich möchte Ihnen nur sagen, dass es nicht darum geht, ob sich der Einzelne richtig ernährt oder in den Flieger steigt oder nicht. Das soll jeder Einzelne machen, wie er es für richtig hält. Entscheidend für das Gemeinwohl ist, dass wir die Rahmenbedingungen so verändern, dass wir unsere Lebensgrundlagen, die sogar Sie brauchen, erhalten. Darum geht es. Deswegen fordern wir die Mobilitätswende.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Darf ich auch leben?)

Deswegen fordern wir die Veränderung der Rahmenbedingungen. Deswegen fordern wir Sie auf, Ihre Einstellungen hinsichtlich Klimawandel und Klimaschutz zu überdenken. Das würde uns allen guttun, bei dem Stil, den Sie sonst im Hohen Haus an den Tag legen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Becher. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Benno Zierer von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Überschrift dieses Antrags liest sich zunächst einmal sehr gut. Wir sind uns darüber einig, dass der Luftverkehr seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten muss. Immerhin verursacht der Luftverkehr in Deutschland 30 Millionen Tonnen CO₂. Das Ziel muss sein, die Anzahl der Flüge zu reduzieren. Vor allem die Anzahl der Kurzstreckenflüge muss reduziert werden. Dazu braucht es Alternativen, die besser, preisgünstiger und schneller sind. Das gilt vor allen Dingen für die Bahn. Wenn die Flugverbindungen zwischen Nürnberg und Berlin eingestellt werden, weil die schnellere ICE-Verbindung gut angenommen wird, dann ist das ein erfreuliches Zeichen und ein Anreiz, die Schienenverbindungen noch attraktiver zu machen.

In Punkt 5 des Antrags wird eine bessere Anbindung der bayerischen Flughäfen an den Schienen-Fernverkehr gefordert. Das trifft allerdings nur für München zu. In Nürnberg ist das nicht das große Problem. Dort geht es dreimal so schnell wie in München. In München sind wir mit der Neufahrner Spange und dem Erdinger Ringchluss auf dem Weg, den Flughafen besser anzubinden. Bekanntlich wird eine Machbarkeitsstudie für die ICE-Anbindung des Flughafens erstellt. Damit wäre ein großer Geburtsfehler des Flughafens behoben. Ich hoffe, dass wir nach dreißig Jahren auf dem Weg dahin gut vorankommen. Die ICE-Anbindung wäre eine echte Alternative und würde die Zubringerflüge ersetzen.

Meine Damen und Herren, jetzt wird es interessant: In München finden pro Jahr 40.000 Flugbewegungen statt, die weniger als 500 km weit reichen. Das darf es in Zukunft nicht mehr geben. Darüber sind wir uns einig. Hier müssen wir ansetzen. 40.000 Flugbewegungen im Entfernungsbereich von unter 500 km: Hier anzusetzen, muss unser Beitrag zum Klimaschutz sein. Es kann nicht sein, dass man nach Stuttgart, Nürnberg und Frankfurt fliegt. An diesem Punkt wird bereits gearbeitet. Wenn wir es schaffen, die Genehmigungsverfahren zu entbürokratisieren und zu entschlacken, die Bahnlinien so auszubauen, wie wir uns das vorstellen, dann gelingt es vielleicht auch. Die Quote ist nur dann sehr weit von der Realität entfernt, wenn wir das alles nicht schaffen.

Herr von Brunn, Ihr Antrag enthält Augenwischerei, wenn Sie den Umstieg auf synthetisches Kerosin aus klimaneutraler Herstellung mit 10 % Startanteil im Jahr 2012 fordern.

(Florian von Brunn (SPD): Das steht doch gar nicht drin!)

– Das steht drin.

(Johannes Becher (GRÜNE): Nein, 2021!)

Wir wollen auch, dass der Umstieg vorangetrieben wird.

(Johannes Becher (GRÜNE): Ihr müsst halt in die Zukunft investieren!)

Wir wollen, dass es so schnell wie möglich Alternativen zu den fossilen Treibstoffen gibt. Deswegen investiert Bayern hier in Forschung und Lehre. Im Forschungszentrum für synthetische Kraftstoffe in Straubing wird an dieser Entwicklung intensiv gearbeitet, auch an einem Ersatz für Kerosin. Allerdings werden wir für diese Kraftstoffe sehr viel Energie brauchen – das ist bereits ausgeführt worden. Solange wird diese Energie nicht aus regenerativen Energien erzeugen können, können wir uns keine Alternativen schnitzen. Alles andere wäre Augenwischerei und verlogen, nichts anderes.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Satz zum Mega-Wachstum, wie es im Antrag heißt, im Flugverkehr sagen: Ein Mega-Wachstum gibt es Gott sei Dank im europäischen und deutschen Flugverkehr nicht mehr. Dieses Wachstum findet hauptsächlich in Asien statt. An den deutschen Flughäfen ist die Anzahl der Starts und Landungen im Jahr 2019 um 0,4 % gesunken. Am Flughafen München gab es eine minimale Zunahme von 0,9 % auf 414.000 Flüge. Das bestärkt uns FREIE WÄHLER in unserer Position, dass eine dritte Startbahn am Flughafen München absolut unnötig ist und ein völlig falscher Schritt wäre, wenn wir den Klimaschutz wirklich ernst nehmen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Verzicht auf dieses Ausbauprojekt ist auch ein wichtiger Beitrag zur Ehrlichkeit in der Diskussion um den Klimaschutz. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Prof. Ingo Hahn für die AfD-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Vizepräsident, sehr verehrte Damen und Herren! Meine lieben Kollegen von der SPD, Sie sind gefangen in einer Abwärtsspirale, die Sie wegen immer neuer hanebüchener Forderungen unausweichlich weiter hinabzieht.

(Florian von Brunn (SPD): Hanebüchen, Ihr Name sagt es schon!)

Aus der einstigen Volkspartei, die sich für bürgerliche Freiheit und Rechte der Leistungsträger einsetzte, ist eine Splitterpartei geworden, die nach immer mehr Staat, immer mehr Reglementierung, immer mehr Steuern und immer mehr Planwirtschaft schreit. Ihre Wähler wenden sich scharenweise von Ihnen ab. Ihre Mitgliederzahlen verbuchen täglich neue Negativrekorde. Auch dieser Antrag belegt erneut Ihre konsequente Lernresistenz. Die SPD von heute würzt grünen Stumpfsinn nur noch etwas mit sozialistischer Marktwirtschaft, garniert das Ganze noch mit einer Prise Inkompetenz und voilà: hochprozentiger Irrsinn.

Gehen wir doch auf die Forderungen im vorliegenden Antrag ein. Zuallererst darf natürlich der obligatorische Schrei nach mehr Steuern nicht fehlen. Wie sonst könnte Ihre Utopie von immer mehr Staat und immer mehr Kontrolle in Erfüllung

gehen? Amüsant sind in diesem Zusammenhang, wie sollte es anders sein, Ihre inhärente realitätsverkennde Komponente und Ihre Doppelmoral: Wer sind denn die Vielflieger hier? – Die GRÜNEN, gefolgt von der FDP, der Union und der SPD.

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Im Landtag? Haben Sie Zahlen dazu? Können Sie das beweisen? Ich möchte etwas wissen!)

– Ich habe Ihnen die Studie eben genannt. Wer fliegt am wenigsten? – Wir von der AfD. Ist Ihnen eigentlich einmal der Gedanke gekommen, dass sich durch Steuererhebungen noch weniger Menschen im Land das Fliegen leisten werden können? – Erklären Sie doch bitte einmal einer klassischen Familie mit zwei Kindern, warum der hart erarbeitete Urlaub nun ausfallen muss. Eines ist klar: Sie Parlamentarier von der SPD wird es ganz sicher nicht treffen. Für Ihren überzogenen Moralismus und Ihr reines Gewissen verzichten und bezahlen lediglich die anderen.

(Zuruf von der SPD: Schmerzensgeld!)

Das schlechte Gewissen und die Flugscham, die Sie in diesem Zusammenhang immer mehr zu entwickeln scheinen, sind allenfalls Symptome einer versponnenen Selbstreflexion.

Was würde denn passieren, wenn in Deutschland und der EU das Kerosin teurer werden würde? – Auch wenn es die SPD noch nicht mitbekommen hat: Flugzeuge haben die bemerkenswerte Eigenschaft, dass sie hochmobil sind und große Mengen an Kerosin mit sich herumtragen können. Jetzt sollte es Ihnen langsam dämmern. Ihre Kerosinsteuer würde nämlich bewirken, dass Flugzeuge in Drittstaaten tanken und viel mehr Kerosin mit sich herumtragen als nötig. Das führt zu mehr Verbrauch, weniger Effizienz und unnötigen Mehrkosten für unsere Verbraucher.

Meine Damen und Herren, das sind die Früchte der Planwirtschaft, die Sie dann ernten würden: Steuern, Bürokratiewahn, moralische Technologieverschlossenheit. Das sind allesamt große Bürden, die die deutsche Wirtschaft und der Standort Deutschland verkraften müssten. Unser produzierendes Gewerbe und unsere Automobilindustrie werden gerade jetzt, in diesem Moment zugrunde gerichtet. Pseudoumweltschutzparteien machen hier nicht halt, sondern Sie wollen auch noch den Flugbetrieb herunterwirtschaften.

(Florian von Brunn (SPD): Sie leugnen die Klimaerhitzung! Sie leugnen ganz systematisch den Klimawandel!)

Dagegen stellen wir uns und sagen entschieden Nein, meine Damen und Herren. – Wir lehnen diesen Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Sie lehnen ja jeden Klimaschutz ab!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, es liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Abgeordneten Johannes Becher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vor. Herr Abgeordneter, ich erteile Ihnen das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Prof. Hahn, zum einen leugnen Sie den Klimawandel. Das haben wir schon ein paarmal gehört. Aber Sie haben gerade auf uns als diejenigen hingedeutet, die am meisten fliegen. Das finde ich interessant. Liegen Ihnen denn Zahlen zur Landtagsfraktion der GRÜNEN oder zum Flugverhalten von allen hier im Bayerischen Landtag vor? Wenn Ihnen tatsächlich Zahlen vorliegen, wie Sie mit Ihren Handzeichen so anschaulich gezeigt haben, frage ich: Woher haben Sie denn die Daten, wo jeder Einzelne von uns

hinfliegt? Wie schaut es da mit dem Persönlichkeitsrecht der einzelnen Mitglieder des Bayerischen Landtags aus?

(Lachen bei der AfD)

Haben Sie das private Flugverhalten von uns auch schon eruiert, oder wie passt das in Ihrer AfD-Ideologie zusammen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Becher, die AfD ist nicht die Partei, die etwas überwachen möchte. Das kommt vielmehr von der links-grünen Seite.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Wenn Sie Interesse an der Antwort haben: Es ist so, dass wir als AfD niemals den Klimawandel leugnen würden. Warum sollten wir auch? Den Klimawandel hat es immer und zu allen Zeiten schon gegeben, selbst schon vor dem Menschen.

(Florian von Brunn (SPD): Sie beweisen es ja gerade! – Weitere Zurufe)

Um jetzt auf Ihre Frage zu kommen, falls Sie die Antwort hören möchten:

(Johannes Becher (GRÜNE): Ja, ich möchte es hören!)

Es gibt eine Quelle, nämlich die Forschungsgruppe Wahlen,

(Florian von Brunn (SPD): Hat Ihnen das der Björn Höcke gesagt?)

die im Juni 2019 alle Parlamentarier, auch die des Bundestages, ausgewertet hat,

(Johannes Becher (GRÜNE): Für den Bayerischen Landtag!)

was die Dienstflüge angeht. Wenn Sie mir richtig zugehört haben, haben Sie gehört, dass mein Hinweis nicht auf die bayerische Landtagsfraktion bezogen war, sondern generell auf Ihre grüne Partei.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Da ist es leider so, dass die GRÜNEN die Vielflieger der Nation sind, eine Partei, die das heute hier abgelehnt hat.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wie passen diese zwei Dinge denn zusammen? Das ist wirklich unglaublich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Sie sind unglaublich, weil Sie Zahlen behaupten, die nicht stimmen! Sie haben keine Zahlen über den Bayerischen Landtag!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Christoph Skutella für die FDP-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag schießt, wie es so oft bei der SPD der Fall ist, über das Ziel hinaus. Wir stimmen Ihnen zu, dass die zukünftige Ausrichtung des Luftverkehrs auf ein CO₂-armes Wachstum eine große Bedeutung für den Kampf

gegen den Klimawandel hat. Wir dürfen aber keine Schwarzmalerei betreiben, wenn wir auf die Ausgangslage blicken.

(Florian von Brunn (SPD): Dafür ist die CSU zuständig!)

Es wurden bereits wichtige Grundsteine gelegt. Auf diese sollten wir uns fokussieren.

Den Auftakt macht beispielsweise im kommenden Jahr CORSIA. CORSIA ist ein globales Kompensationssystem für den Flugverkehr. Dieses System funktioniert rein marktwirtschaftlich. Bis jetzt haben sich daran 81 Staaten beteiligt, darunter China, die USA, Kanada, Australien, Japan sowie alle europäischen Staaten. Das gemeinsame Ziel ist, die CO₂-Emissionen im Flugverkehr auf einem stabilen Niveau zu halten, und das, obwohl es in der Zukunft immer mehr Passagiere geben wird. Viele von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, kritisieren einen gleichbleibenden CO₂-Ausstoß und nennen diesen sogar einen Rückschritt. Wir halten dies besonders im Luftverkehr für einen Fortschritt. Mit CORSIA schaffen wir es, einem dramatischen Trend entgegenzuwirken. Wir schaffen es im gleichen Atemzug sogar, unseren Wohlstand zu sichern.

Auch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt trägt dieser Auffassung Rechnung. Während im letzten Jahr weltweit noch 35,5 Millionen Flüge durchgeführt wurden, werden es in zwanzig Jahren über 50 Millionen Flüge sein. Dank CORSIA werden die Emissionen aus diesen Zuwächsen aber ab nächstem Jahr kompensiert.

Der zweite wichtige Ansatz für eine CO₂-arme Luftfahrt, den ich ansprechen möchte, sind Innovationen. Da stimme ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, grundsätzlich zu. Statt klassisch Kerosin in Zukunft auch synthetische Kraftstoffe zu verwenden, ist absolut notwendig. Aber auch hier zeigt sich: Schnell ist auch schnell mal am Ziel vorbei. Sie geben für die Einführung von neuen Kraftstoffen gerade mal noch zehn Monate Zeit. Wir halten das für unrealistisch. Gerade die Luftfahrt ist auf sichere Techniken angewiesen. Eine flächendeckende und systematische Erprobung von synthetischen Kraftstoffen steht allerdings noch aus, ganz zu schweigen vom notwendigen Energieeinsatz zur Herstellung dieser Kraftstoffe. Es braucht einen realistischen Erprobungszeitraum, damit Innovationen zu wirklichem Fortschritt werden können.

(Florian von Brunn (SPD): Dazu hätten Sie ja einen Änderungsantrag stellen können!)

Zusammenfassend befinden wir uns dank CORSIA schon auf der sicheren Seite, um das CO₂-Level zu stabilisieren. Um nun auch die CO₂-Senkung durch Innovationen an Bord zu holen, braucht es mehr Zeit. – Meine Damen und Herren, wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann ist die Aussprache hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht anwesend. Dann ist der Antrag hiermit abgelehnt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Anna Toman u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Potenziale an den Mittelschulen V:
Mehr Leitungszeit für Schulleitungen der Mittelschule (Drs. 18/3978)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erste Rednerin ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Anna Toman. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Anna Toman (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Lehrkräfte auf die Barrikaden gehen, dann ist ein kritischer Punkt erreicht. Der Herr Minister ist leider nicht da. Aber er überstrapaziert im Moment ziemlich unsere Lehrerinnen und Lehrer an den Grund- und Mittelschulen. Die jetzige Situation – die Frau Staatssekretärin ist da, wunderbar – ist nicht das Verschulden unseres jetzigen Kultusministers.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Die CSU-Vorgänger haben es hier versäumt, rechtzeitig Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung und zur Steigerung der Attraktivität des Berufs auf den Weg zu bringen. Genau deshalb wollen wir exemplarisch für eine Reihe von Vorschlägen den Antrag für mehr Leitungszeit für Schulleitungen hier im Plenum beraten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um dem Lehrkräftemangel gerade an Mittelschulen zu begegnen, müssen wir die Rahmenbedingungen an den Schulen für die Lehrkräfte verbessern. Erkennen wir doch endlich an, dass die Mittelschule einen Großteil der Inklusion und Integration leistet und dass die Anforderungen an die Lehrkräfte gestiegen sind! Bürden wir unseren Lehrerinnen und Lehrern nicht immer noch mehr auf, sondern zeigen wir ihnen, dass wir sie auch entlasten wollen! Es braucht eben neben den kurzfristigen Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel auch einen langfristigen Plan, wie man den Beruf wieder attraktiver gestalten kann. Nur dann bleiben unsere Lehrkräfte motiviert, und wir können neue gewinnen. Wir Landtags-GRÜNEN haben dazu eine Reihe von Vorschlägen aufs Tapet gebracht.

Viele Stellen für Schulleitungen sind lange ausgeschrieben. Unsere Schriftliche Anfrage aus dem Jahr 2018 hat ergeben, dass jährlich zwischen 150 und 200 Stellen in der Schulleitung neu besetzt werden müssen. Eine super Karrierechance, oder? Warum bewirbt sich dann oftmals nur eine Person auf eine Stelle? – Niemand möchte den Job übernehmen. Woran liegt das eigentlich? Wissen Sie, welche Aufgaben eine Schulleiterin oder ein Schulleiter an einer Mittelschule mittlerweile übernehmen muss?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ja!)

Lassen Sie mich einige Aufgabenfelder skizzieren: Führung, Beratung und Förderung des Personals, Unterrichtsbesuche, Personalgespräche, Elterngespräche, Gestaltung des Schullebens, Schulentwicklung, Zusammenarbeit mit externen Partnern, Umsetzung der Digitalisierung, eigenen Unterricht vor- und nachbereiten usw. Das alles ist nur ein Bruchteil von dem, was unsere Schulleitungen tagtäglich leisten.

Eigenverantwortlichen Unterricht müssen unsere Schulleiterinnen und Schulleiter auch noch abhalten, und das nicht zu knapp. Ein kleines Beispiel: Eine Mittelschule mit 250 Schülerinnen und Schülern und 30 Lehrkräften. Die Schulleitung dieser Schule muss immer noch 15 Stunden unterrichten. Das ist einfach zu viel, um der Führungsrolle und den Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden. Keine Frage, auch eine Schulleiterin oder ein Schulleiter soll weiterhin unterrichten. Allerdings stimmt an der Mittelschule das Maß nicht mehr. Im Laufe der Jahre sind vielfältige Aufgaben für die Schulleitungen hinzugekommen. Die Leitungszeit wurde aber nie wirklich angepasst.

Aus diesem Grund fordern wir GRÜNE mehr Leitungszeit für unsere Schulleitungen an Mittelschulen. Sie, liebe Fraktion der FREIEN WÄHLER, und das Ministerium haben das inzwischen wohl auch erkannt. Denn aus dem Schreiben vom 7. Januar 2020 aus dem Kultusministerium geht hervor:

So streben wir für die Zukunft an, Sie und die Schulleitungen weiter von Verwaltungsaufgaben zu entlasten über mehr Leitungszeit und eine Aufstockung der Mittel und Stellen für Verwaltungsangestellte an den Schulen.

Zitat Ende. Lassen Sie doch den Worten Taten folgen. Stimmen Sie entgegen Ihrem Abstimmungsverhalten in beiden Ausschüssen unserem Antrag zu. Streben Sie es nicht nur an, sondern machen Sie es endlich!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zeigen Sie, liebe CSU und FREIE WÄHLER, dass Ihr Ministerpräsident nicht nur hohle Phrasen klopft, wenn er von einem neuen Politikstil in Bayern spricht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Peter Tomaschko, CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Peter Tomaschko (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Hohes Haus! Es ist schon interessant: Die GRÜNEN setzen sich für eine Schulart ein, die sie selbst schon längst abgeschafft hätten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber Gott sei Dank sind die GRÜNEN in Bayern nicht an der Regierung. Wir werden alles unternehmen, dass das auch so bleibt.

Jetzt zur Sache. Es ist völlig klar, dass die Schulleitungen immense und wichtige Aufgaben übernehmen und dass ihre Aufgaben natürlich komplexer und schwieriger geworden sind. Die Schulleitungen setzen sich für die Weiterentwicklung und die Unterrichtsqualität an den Schulen, für Kooperationen, für die Schulfamilie und natürlich für die Entwicklung der Schulkultur an der Schule ein. Deswegen liegt uns, den Regierungsfractionen – ich schließe auch die FREIEN WÄHLER mit ein –, daran, die Arbeitsbedingungen an den Schulen wie auch aller anderen Gruppen immer wieder zu verbessern. Dafür setzen wir uns immer wieder ein.

Aber, liebe Frau Toman, guten Morgen. Was ist denn im letzten Schuljahr geschehen? – Ich finde es wirklich beschämend, dass Sie in Ihrem Populismus Kapital schlagen wollen, indem Sie Dinge, die vorangebracht worden sind, einfach negieren. Sie stellen hier bewusst Anträge, als hätte es all diese Initiativen überhaupt nicht gegeben.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Toman (GRÜNE))

Im letzten Schuljahr 2018/2019 haben wir mit dem Bildungspaket bereits deutliche Verbesserungen auf den Weg gebracht; ich nenne nur Stichpunkte: 150 zusätzliche Stellen für die Schulleitungen und 150 zusätzliche Stellen für Verwaltungskräfte zur Entlastung der Schulleitungen. Dafür sind im Bildungspaket insgesamt 300 Stellen vorgesehen. Haben Sie davon gesprochen? – Nein. Warum nicht? – Das ist bei Ihrem Populismus vielleicht nicht so schön. Wir haben es durch die entsprechenden Zuteilungskriterien hinbekommen, dass die Zuteilung auch der Verwaltungskräfte wesentlich einfacher und leichter geworden ist, dass man auch an kleinen Schulen leichter von einer Drittel- zu einer Halbkraft kommt.

Wir haben für das Schulprofil Inklusion und für Schulen mit einem hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund Zuschläge hinbekommen. Aber eines sage ich Ihnen auch, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN: Eine komplette Anpassung an die Leitungszeit an den Realschulen und Gymnasien wäre nicht korrekt. Das wissen Sie selber. Es gibt im Bereich der Grund- und Mittelschulen auch die Staatlichen Schulämter und Bezirksregierungen, die zahlreiche Planungs- und Leitungsaufgaben übernehmen. Realschulen und Gymnasien müssen diese Aufgaben selbst leisten. Hier werden die Schulleitungen an Grund- und Mittelschulen entlastet. Auch haben Sie leider nicht angeführt, dass die Bemessung natürlich immer anhand der Schülerzahlen erfolgt. Oftmals sind die Realschulen und Gymnasien größer als die Grund- und Mittelschulen.

Wir haben bereits in den letzten zehn Jahren immense Verbesserungen auf den Weg gebracht. Ich erinnere nur an die Koordination von Mittelschulen mit zwei zusätzlichen Anrechnungsstunden, ferner drei zusätzliche Anrechnungsstunden bei einem Verbund mit mehr als zwei Mittelschulen, Anrechnungsstunden für die Doppelführung bei Grund- und Mittelschulen, Anrechnungsstunden bei gebundenen Ganztagszügen: plus drei Stunden oder sogar plus fünf Stunden, für offene Ganztagsangebote: plus eine Stunde, Schulprofil Inklusion: plus eine Stunde, beim Anteil in Bezug auf Migrationshintergrund: plus eins bis sogar plus drei Stunden. Auch waren wir dran, mehr Verwaltungskräfte an die Schulen zu bringen.

Ich bitte, diese Bemühungen und Erfolge, die wir hier hatten, nicht zu negieren, sondern hier offen und sachlich zu argumentieren, ohne zu versuchen, zulasten – ich betone: zulasten – der Lehrer und der Schulleiter politischen Profit zu erzielen.

Ich danke insofern dem Kultusminister. Klar ist auch: Wir werden ihn unterstützen, wenn es um weitere Verbesserungen geht. Die CSU-Fraktion – dasselbe gilt wohl für die FREIEN WÄHLER – wird hinter Ihnen, Herr Minister, stehen, auch in Bezug auf die Verbesserungen, die Sie bereits weit vor dieser Diskussion angekündigt haben, damit wir durch Mittel im nächsten Doppelhaushalt gemeinsam weitere Verbesserungen auf den Weg bringen. Wir bleiben also dran. Das haben wir im Nachtragshaushalt bereits mit aufgeführt.

Abschließend möchte ich daran erinnern: Allein wir als CSU-Fraktion haben aufgrund einer Fraktionsinitiative zusätzlich eine Million Euro für Drittkräfte im Nachtragshaushalt bereitgestellt. Auch das entlastet natürlich vor Ort. Damit kann man wirklich sagen: Wir sind auf einem sehr guten Weg. Wir setzen uns für die Lehrer ein. Wir setzen uns natürlich auch für die Schulleitungen ein.

Liebe GRÜNE, noch eine Anmerkung. Ich glaube, es ist nicht verfehlt, da von "Populismus" zu sprechen. Einerseits kritisieren Sie jetzt das Paket des Kultusministers zur Arbeitsregelung der Lehrerinnen und Lehrer. Andererseits: Was würde Ihr Antrag bedeuten?

(Zuruf von den GRÜNEN)

Sie wissen es: Entweder würde bei den Kindern Unterricht eingespart, oder wir müssten an die Lehrer mehr Arbeitszeit delegieren, weil natürlich auch die Stunden der Leitung irgendwo herkommen müssen. Ich bitte, immer eine Gesamtbetrachtung durchzuführen, ohne einfach irgendwelche Anträge mal schnell aus dem Gewehr zu feuern und überhaupt nicht zu wissen, wo es hingeht: So die Äußerungen einer Partei, die das Schulsystem komplett ablehnt, die sich immer gegen die Mittelschulen ausgesprochen hat und nur von Gesamtschulen träumt. Das ist Populismus pur. Diesen Weg werden wir nicht mitgehen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Seit elf Jahren sagst du das Gleiche!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung der Abgeordneten Anna Toman, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vor. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Anna Toman (GRÜNE): Lieber Peter, danke für die Vorlage. Ich als Mittelschullehrerin muss mir hier nicht vorwerfen lassen, dass ich meine eigene Schulart abschaffen möchte. Das möchte auch die Fraktion hier nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe aber tatsächlich eine konkrete Frage. Wir haben den Antrag deswegen hochgezogen, weil es ein Schreiben aus dem Ministerium gibt. Ich habe aus dem Schreiben zitiert. Darin wird ganz klar gesagt, dass die Leitungszeit erhöht werden solle. Ihr sagt: Nein, das wollen wir nicht. Was ist denn jetzt richtig?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Peter Tomaschko (CSU): Liebe Frau Kollegin, wenn Sie mir zugehört hätten, hätten Sie gehört, dass ich gesagt habe: Selbstverständlich unterstützen wir unseren Minister bei weiteren Verbesserungen. Ich habe ausgeführt, welche Verbesserungen wir in den letzten Jahren bereits auf den Weg gebracht haben. Das größte Paket umfasst allein im letzten Schuljahr 300 zusätzliche Stellen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir haben immer gesagt: Wir bleiben da dran und werden weiterhin für Entlastungen und Verbesserungen sorgen.

Ihre Anträge zum Einheitsschulsystem bzw. Gesamtschulsystem kann ich Ihnen einzeln heraussuchen. Ich kann Ihnen die Drucksachen nennen. Das wissen Sie selbst. Mit dieser Ehrlichkeit und Wahrheit sollten bitte auch Sie selbst an das Thema herangehen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Dr. Ralph Müller. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Ralph Müller (AfD): Geschätzte Besucher, wertees Präsidium, sehr verehrte Damen und Herren! Ein trefflicher Spruch lautet: Gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht. In diesem Sinne ist auch der Antrag der GRÜNEN nicht zum Besten unseres Bildungssystems formuliert.

Zweifelsohne haben die GRÜNEN mit der Aussage, die Leitung einer Schule sei eine anspruchsvolle, komplexe und sehr zeitaufwendige Aufgabe, die Sachlage vordergründig richtig erkannt. Unsere Mittelschulleiter müssen entlastet werden. Doch sind die GRÜNEN keinesfalls der richtige Ansprechpartner, wenn es um gute Maßnahmen in der Bildungspolitik geht. Wohin ein Bildungssystem gelangt, wenn es durch grüne Hände verunstaltet wird, sieht man am besten im Nachbarlände Baden-Württemberg. Dank des verwerflichen Leitgedankens "Lieber Mittelmaß als Leistungsdenken" haben die GRÜNEN in Baden-Württemberg ein ehemals vorbildliches Bildungssystem in Grund und Boden gewirtschaftet.

Dies bestätigte beispielsweise auch der Tübinger Bildungsforscher Ulrich Trautwein sehr deutlich in einem Interview, nachlesbar in der "Stuttgarter Zeitung".

(Zuruf der Abgeordneten Anna Toman (GRÜNE))

Seine Einschätzung hinsichtlich der grünen Bildungspolitik ist sehr zutreffend: Es fehlte nicht an Reformen, aber oftmals waren es die falschen Reformen oder die Umsetzung war mangelhaft. Dass etwas falsch läuft, wurde lange Zeit nicht bemerkt. Ein entscheidendes Problem: Statt eine Kultur des systematischen Hinschauens zu den Problemen zu etablieren, wurde ein kritischer Blick zunehmend als Zumutung empfunden. – Dies zeigt schwarz auf weiß: Blinder Reformeifer, von Ideologie getrieben, ist der falsche Weg.

(Beifall bei der AfD)

Bei einer Kultur des systematischen Hinschauens erkennen wir auch sofort den falschen Ansatz Ihres Antrages. Bei der Überbelastung von Mittelschulleitern sind beispielsweise folgende wichtige Fragen zu stellen: Wodurch kommt die zeitliche Mehrbelastung? Wo kann man Zeit einsparen? Welche Folgen hätte die Zeiteinsparung für andere Kollegen? Die Antworten sind substanzvoll. Ein großer Posten bei der zeitlichen Mehrbelastung ist der Teil der Konferenzen, Arbeitsgruppen und Sonderaufgaben, der nicht zum direkten Schulerfolg beiträgt.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Dann lassen wir die Konferenzen halt weg!)

Hier gäbe es dringlich schon eine große Entlastung, wenn man konsequent im Umgang mit ausreisepflichtigen Asylbetrüggern und deren Angehörigen wäre,

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

die ohnehin nur unsere Sozialsysteme plündern und ins Wertesystem der freiheitlich-demokratischen Grundordnung niemals zu integrieren sind.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Des Weiteren entstehen zeitliche Mehrbelastungen selbstverständlich eben durch den Lehrermangel. Hier hat die CSU jahrzehntlang weggesehen, anstatt hinzuschauen und vorausschauend Abhilfe zu schaffen. Wir als AfD fordern daher eine 110-prozentige Ausstattung mit Lehrkräften an jeder bayerischen Schule. So vermeidet man es, dass beim Ausfall einer Lehrkraft wiederum Chaos, das übliche Flickwerk und Unterrichtsausfälle entstehen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Dr. Müller.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Jetzt erst recht, nach dem Applaus.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Dr. Ralph Müller (AfD): Ein letzter Satz:

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP: Nein!)

Wir lösen Probleme, anstatt sie zu beschreiben, zu bejammern und lediglich zu verwalten.

(Widerspruch bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Wir von der AfD lehnen daher den Antrag der GRÜNEN als sinnwidrig ab.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Eva Gottstein für die FREIEN WÄHLER.

Dr. Ralph Müller (AfD): Ich danke Ihnen für die geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Gottstein, Sie haben das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Antrag der GRÜNEN aus den entsprechenden Fachausschüssen wurde hochgezogen, der aus zwei Teilen besteht. Einmal geht es um die Aufforderung, den Schulleitungen der Mittelschulen mehr Leitungszeit oder Anrechnungsstunden zu geben. Zum anderen sollte die Leitungszeit an die der Schulleitungen an Gymnasien und Realschulen angepasst werden.

Da sieht man bereits den Systemfehler, den Rechenfehler, der hier drin ist. Die Rechnung, die Sie am Anfang gemacht haben, Frau Toman, stimmt nicht. Sie haben gesagt, ein Mittelschulrektor muss zum Beispiel noch 15 Stunden unterrichten, das heißt die Hälfte der regulären Unterrichtszeit. Ich kenne eine Reihe von Realschulen, an denen der Schulleiter die Hälfte der regulären Unterrichtszeit nach wie vor im Unterricht ist. Das ist ganz natürlich, dass er seine 12 oder 13 Stunden hat, wenn es eine kleine Realschule ist. Daran sieht man, dass Sie das System gar nicht erkannt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Anna Toman (GRÜNE))

Natürlich wissen wir – das gilt für den Koalitionspartner CSU genauso wie für die FREIEN WÄHLER –, wie wichtig die Schulleitungen sind. Wir brauchen das Engagement der Schulleitungen. Wir brauchen ihre Professionalität, und wir brauchen ihre Führungskompetenz. Danach werden sie ausgewählt. Danach werden sie bezahlt. Danach werden sie eingesetzt. Danach werden sie aber auch wertgeschätzt. Das ist uns bewusst, und so handeln wir.

Dann sagen Sie schon wieder: Ja, aber da haben wir keine Bewerbungen mehr. – Die haben wir im Übrigen auch im Realschul- und Gymnasialbereich nicht. Auch da ist es nicht entscheidend, wie viel – –

(Zuruf von den GRÜNEN: Doch!)

– Nein, die haben wir nicht. Sie können genauso schauen. Für viele Stellen in diesen Schularten gibt es oft nur eine Bewerbung. Da haben wir also über andere Dinge nachzudenken als darüber, dass es speziell dieser Schulart oder diesem Lehrerberuf schlecht ginge.

Warum ist Schulleitung so wichtig? – Es bestimmt praktisch die Qualität unserer Schulen, wer Schulleiterin oder Schulleiter ist. Man könnte es auf Bairisch ganz leicht sagen: Wie der Herr, so's Gscherr. Das gilt gerade für Schulen.

Frau Toman, Herr Tomaschko, Sie haben als Vorredner bereits gesagt, was ein Schulleiter oder eine Schulleiterin alles machen muss: Vertretung der Schule nach außen, nach innen, Führungskompetenz und so weiter. Das brauche ich nicht mehr aufzuzählen. Es gilt die Erkenntnis: Der Bildungserfolg eines Schülers hängt in erster Linie vom Lehrer ab und noch mal vom Lehrer und dann noch mal vom Lehrer, und dann kommen erst andere Faktoren.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Vom Lernwillen des Schülers!)

Genauso kann ich ganz klar sagen: Der Erfolg einer Schule, wie sie sich nach außen darstellt – modern würde man heute sagen: wie ihr Standing ist –, hängt vom Schulleiter ab und noch mal vom Schulleiter und noch mal vom Schulleiter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das wissen wir FREIE WÄHLER. Deshalb haben wir auch immer wieder in Anträgen die Unterstützung von Schulleitern gefordert. Dazu stehen wir natürlich. Weil mir am Schluss nachher die Redezeit ausgehen wird, sage ich gleich jetzt an dieser Stelle ein herzliches Danke an alle, die diese Verantwortung zu tragen bereit sind, die sich auch weiterhin für diese Verantwortung bewerben und die Tag für Tag in den Schulen ihre Frau oder ihren Mann stehen. Danke schön!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich verstehe nicht, warum die Opposition auch in diesem Bereich die Verhältnisse immer wieder schlechtreden will und nicht zur Kenntnis nimmt, was alles getan wird. Ich kann mich absolut dem Kollegen Tomaschko anschließen. Es gibt 150 weitere Stellen in dem Bereich. Die Doppelführung wird bereits honoriert. Der Verbundkoordinator wird bereits anerkannt. Wir haben die Zahl der Verwaltungskräfte deutlich erhöht. Wir machen hier weiter etwas. Genau das haben Sie ja richtig dem Schreiben des Kultusministers entnommen. In diesem Bereich wird weitergearbeitet. Dazu stehen wir.

(Anna Toman (GRÜNE): Dann können Sie zustimmen!)

– Nein, wir können nicht zustimmen, weil Ihr Antrag zu vage ist, der zum Beispiel nicht die Zeitschiene erkennt und eine Gleichstellung mit den anderen Schularten verlangt. Da muss man ganz klar sagen: Entweder wollen Sie das System nicht erkennen, oder Sie erkennen es wirklich nicht. Sie vergleichen Äpfel mit Birnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Oder wollen Sie die Schulämter abschaffen? – Dann sagen Sie es! Oder wollen Sie die Regierungen abschaffen, die in diesem Bereich viele Aufgaben noch übernehmen?

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wie gesagt, wir wissen, dass viel zu tun ist. Wir arbeiten nach wie vor daran, dass es mehr Entlastungen gibt. Aber in dieser Form können wir dem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Gottstein. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Margit Wild.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist fast auf den Tag genau zwei Jahre her: Nämlich genau am 13. Februar 2018 hat die "Süddeutsche Zeitung" getitelt: Niemand will mehr Schulleiter sein.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das gilt für alle Schularten! – Klaus Adelt (SPD): An den Gymnasien stimmt es nicht!)

Die Schulrektoren in Bayern fühlen sich zunehmend damit überfordert, dass sie für alles und für jeden verantwortlich sind. So in etwa war damals der Tenor.

Es wurde schon aufgeführt, welche vielfältigen Aufgaben Schulleitungen haben. Deshalb ist es verständlich, wenn sich viel zu wenige bewerben oder sich manchmal nur einer oder auch gar niemand auf eine Schulleitungsstelle bewirbt. Insbesondere an kleineren Mittelschulen hat man oft gar keinen Bewerber. Dann muss man sich auch einmal die Gründe dafür anschauen.

Zum einen sind es finanzielle Gründe. Wenn man sowieso schon Studienrat ist, ist der Abstand zur Besoldung eines Schulleiters schon sehr gering. Warum soll man sich das bei der Vielzahl der Aufgaben antun?

(Unruhe)

– So eine Unruhe! Gerhard, hör' halt mal zu! – An den Mittelschulen sind zwei Drittel der Arbeitszeit der Rektoren Unterrichtszeit. Ich glaube, dass es die meisten Schulleiter als sehr positiv empfinden, noch in den Klassen zu stehen und zu unterrichten. Das ist etwas sehr Wichtiges.

Was an Aufgaben dazugekommen ist, wurde in dem Zeitungsartikel sehr treffend beschrieben: Sie sind Installateure, sie sind Sanitäter, sie sind bei der Beurteilung der Lehrkräfte gefragt, sie sind Schulleiter usw. Für manche ist dieser Spagat einfach zu schwierig.

Ich habe den Worten des Kollegen Tomaschko und der Kollegin Gottstein schon entnommen, dass wir alle gewillt sind, die Schulleitungen an den Mittelschulen zu entlasten. Ich glaube, jeder von uns sieht, was sie alles leisten. Man darf es aber nicht bei Lippenbekenntnissen belassen und darf nicht nur kleine Schritte zur Unterstützung gehen. Das reicht offensichtlich nicht aus, viele dazu zu bewegen, sich zu bewerben. Wenn so viele Stellen unbesetzt bleiben, muss man feststellen: Da stimmt etwas nicht.

Jetzt haben wir es noch mit einem zusätzlichen Problem zu tun. Wir haben an den Mittelschulen zu wenige Lehrkräfte. Da beißt sich die Katze offensichtlich irgendwann in den Schwanz. Die älteren Kolleginnen und Kollegen sollen mehr arbeiten, damit die Schulleitung entlastet wird. Da stimmt das ganze System in sich nicht mehr.

Ich finde den Antrag der GRÜNEN sehr richtig und wichtig. Wir alle haben immer erklärt, wir wollen unsere Schulleitungen unterstützen, wir betrachten sie als wertvoll, und sie sind uns wichtig. Herr Kollege Tomaschko, ich halte es für eine langweilige und träge Nummer, dass Sie sich jedes Mal irgendwie gekränkt fühlen,

wenn SPD oder GRÜNE etwas zur Realschule oder zur Mittelschule beantragen, und meinen, zur Mittelschule oder zur Realschule dürften nur Sie Anträge stellen. Das ist nicht richtig.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das hat er aber anders formuliert!)

Ich finde, unser aller Aufgabe muss es sein, die Bedingungen so zu setzen, dass die Schulleitung, die so wichtig ist, wie Eva Gottstein es vorhin gesagt hat – ich kann ihr da nur zustimmen –, attraktiv und interessant ist, sodass wir ausreichend Bewerberinnen und Bewerber finden.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Wild. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Matthias Fischbach. Er freut sich über die Aufmerksamkeit, auch aus den eigenen Reihen. Bitte schön, Herr Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Und wie! – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn der Schulleiter wegfällt, kann sich an der Schule viel verändern. Unzählige Beispiele zeigen: Der Schulleiter, die Rolle des Schulleiters ist verdammt wichtig für jede Schule. Schulleiterinnen und Schulleiter repräsentieren die Schule nicht nur nach außen, sondern sie sind auch intern sehr zentral. Vom Schulleiter hängt ab, ob sich die Schule modern aufstellt; vom Schulleiter hängt auch ab, ob das Schuljahr gut und vorausschauend vorbereitet ist; vom Schulleiter hängt nicht zuletzt ab, ob die Lehrerinnen und Lehrer motiviert sind und Schülerinnen und Schüler für die Schule begeistern können.

Vergleichen wir das einmal mit der Wirtschaft; Schulleitung ist eine Führungsaufgabe: In der freien Wirtschaft wird viel investiert, um gute Führungskräfte zu gewinnen. Im Bildungssystem geht es um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Warum investieren wir nicht auch da in starke Führungskräfte? Warum investieren wir nicht mehr? Das gilt für die Gymnasien genauso wie für die Mittelschulen, lieber Herr Kollege Tomaschko. Gute Schulleiter sind heute leider rar gesäte Idealisten; für sie ist dieser Beruf zum Glück nicht nur ein Beruf, sondern eine Berufung, in die sie weit mehr als die normale Arbeitszeit investieren. Die wenigen Anrechnungsstunden an den Mittelschulen müssen sie dann auch noch mit ihren Stellvertretern teilen. Die Anpassung der Anrechnungsstunden für Mittelschulen an die Realität ist überfällig. Wenn die Leitung nicht läuft – das kann man festhalten –, läuft am Ende gar nichts mehr.

Den Ankündigungen, Herr Minister – ich finde das sehr gut und begrüßenswert –, müssen jetzt Taten folgen. Attraktivere Karrierewege sind ein ganz entscheidender Faktor zur Steigerung der Attraktivität des Lehramts allgemein. Daher bitte ich Sie alle, diesen Antrag zu unterstützen; denn er geht in die richtige Richtung.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Fischbach. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zuerst möchte ich mich dafür bedanken, dass wir wieder eine Debatte über Bildungspolitik führen können; es ist grundsätzlich gut, wenn wir uns mit diesem Thema beschäftigen. Was ich allerdings nicht ganz so gut finde: dass wieder so vieles schlechtgeredet wurde.

Herr Fischbach, wir investieren sehr viel in die Bildung. Ich glaube, es gibt kein anderes Bundesland, das im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl so viel Geld in die

Bildung investiert. Wir haben einen Haushalt von über 13 Milliarden Euro. Der große Teil davon – man kann also nicht so viel herumschieben – geht ins Personal. Wir investieren sehr viel Geld.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das ist auf der ganzen Welt so! Bildung bedeutet Lehrer!)

– So ist es. Ich weiß allerdings nicht, Herr Kollege Gehring, ob auf der ganzen Welt in jedem Land so viel investiert wird wie in Bayern. Ganz bestimmt nicht!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das sei einmal festgehalten.

Nächster Punkt. Ich finde es auch gut, dass wir über Mittelschulen reden. Wir haben erst neulich das Jubiläum "10 Jahre Mittelschule in Bayern" gefeiert. Diese Schulart ist würdig, gefeiert zu werden; dort wird hervorragende Arbeit geleistet; sie ist eine sehr starke Marke. Insbesondere die Lehrerinnen und Lehrer, die dort tätig sind, sind sehr engagiert. Ich danke allen Lehrerinnen und Lehrern, auch denen, die im Moment nicht tätig sind, aber es vielleicht einmal waren.

Zur Leitungszeit und zu dem, was die Schulleiter leisten, brauche ich nicht viel hinzuzufügen. Von vielen Rednern ist gesagt worden, dass es auf die Lehrerinnen und Lehrer und insbesondere auf die Schulleiterinnen und Schulleiter ankommt. Sie machen eine sehr gute Arbeit, sie haben auch viel zu organisieren.

Nicht richtig ist – auch das ist von den Kollegen Tomaschko und Frau Gottstein gesagt worden –, dass man alle Schularten miteinander vergleichen könnte. Es ist eben nicht alles gleich. – Auf die Schulämter ist schon verwiesen worden.

Der Antrag geht natürlich in eine richtige Richtung. Überall heißt es: Bitte, Herr Kultusminister, wir wollen mehr Geld. – Das finde ich natürlich gut. Wir müssen es uns aber auch leisten können.

Wir wollen und werden die Verwaltungskräfte stärken. Wir geben ihnen seit diesem Jahr in bestimmten schulischen Aufgabenfeldern die Chance, mehr zu verdienen, von E 6 in E 8 zu kommen. Entsprechende Fortbildungen werden schon in diesem Jahr angeboten. Wir wollen im nächsten Jahr auch insgesamt die Zahl der Verwaltungskräfte erhöhen.

Ich habe in einer Pressekonferenz in den letzten Tagen sehr deutlich gemacht, dass wir auch die Schulleitungen stärken wollen. Wir wollen die Leitungszeit übrigens nicht nur an den Mittelschulen, sondern auch an den Grundschulen verbessern. Das ist im Moment aber gar nicht so leicht – das sage ich ganz offen –, weil es nicht so viele Lehrkräfte in diesem Bereich gibt. Aber trotzdem sind es uns die Schulleitungen wert.

Dieser Antrag ist noch nicht unmittelbar erledigt, aber insoweit, als wir genau das tun, was gefordert wird. Wir stellen aber nicht einfach die Gymnasien und Realschulen mit Mittel- und Grundschulen gleich; denn sie haben unterschiedliche Aufgaben. Die Aufgabenfülle ist größer geworden, und zwar an allen Schularten. In den letzten Jahren sind Aufgaben für Inklusion, Ganztag, aber auch schulische Begleitung von Zugezogenen hinzugekommen. Das ist gerade von den Kollegen der Regierungsfractionen gesagt worden. Es ist nicht so, als wäre nichts geschehen. In den letzten Jahren – ich will die Zahlen nicht noch einmal nennen – ist sehr viel getan und sind sehr viele Stellen geschaffen worden.

Was man auch noch betonen kann: Wenn wir nicht im Doppelhaushalt 2.000 zusätzliche Stellen verankert hätten, von denen beinahe 1.000 auf die Grund-, Mittel-

und Förderschulen entfallen, dann müssten wir uns jetzt keine Gedanken über Sondermaßnahmen machen. Das ist gleichsam der Fluch der guten Tat. Wir haben in den letzten Jahren eine große Anzahl von Stellen geschaffen, von denen allein 6.000 auf die Grund- und Mittelschulen entfallen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Insofern ist es, wie auch in den vergangenen Jahren, unser gemeinsames Anliegen, die Schularten und unsere Lehrkräfte zu stärken. Der Fokus liegt im Moment besonders auf den Grund- und Mittelschulen. Deshalb werden und müssen wir mit dem Finanzminister natürlich über den nächsten Haushalt reden. Wir werden das hinkriegen; die Zeichen stehen gut, dass wir die Leitungszeit erhöhen und unsere Schulleitungen dadurch stärken können. Insofern zeichnet der Antrag nach, was wir jetzt tun. Der Antrag ist aber nicht konkret genug. Wir können dem Antrag daher auch nicht zustimmen. Wir gehen aber in eine ähnliche Richtung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU, AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Sonnenenergienutzung auf staatlichen Gebäuden
(Drs. 18/2866)**

Ich eröffne die Aussprache. – Der erste Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Wir wollen alle Möglichkeiten der CO₂-neutralen Energieerzeugung nutzen. [...] Insbesondere Dachflächen bieten im Sonnenland Bayern ein erhebliches Potenzial für Solarstrom ohne zusätzlichen Flächenbedarf." – So heißen die salbungsvollen Worte im Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN. Es ist ziemlich traurig, wenn man sich ansieht, was Sie dazu in Ihrem ureigenen Bereich getan haben. Sieht man sich die Solarstromerzeugung auf staatlichen Dächern an, stellt man fest, dass auf den rund 8.000 Dächern staatlicher Liegenschaften in Bayern gerade einmal 390 Anlagen installiert worden sind.

(Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Stümpfig, ich darf Sie kurz unterbrechen.

Martin Stümpfig (GRÜNE): – Ja.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielleicht könnte das Hohe Haus dem Kollegen die notwendige Aufmerksamkeit schenken. Wer bilaterale Unterre-

dungen führen möchte, soll dies bitte außerhalb des Plenarsaals machen. – Bitte, Herr Stümpfig, Sie haben das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Das heißt, dass sich lediglich auf jedem zwanzigsten Dach eine Photovoltaikanlage befindet. Zusammengekommen liefern diese gerade einmal 20 Megawatt Leistung. Das ist wirklich ein schwaches Zeugnis. Sieht so Ihr Sonnenland Bayern aus? – Das entspricht gerade einmal der Leistung von zwei Freiflächenanlagen. Das ist mehr als jämmerlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Ganze scheint noch jämmerlicher, wenn man weiß, dass es einen entsprechenden Beschluss schon seit acht Jahren gibt. Die CSU hat das Konzept "Energie innovativ" beschlossen. Gemäß Ministerratsbeschluss vom 06.12.2012 sollten alle Dächer auf den staatlichen Liegenschaften in Bayern dahin gehend untersucht werden, ob Photovoltaikanlagen installiert werden können. Im Endeffekt wurden nur 20 % der Dächer untersucht. Auch wurden nur die Regierungsbezirke Niederbayern und Oberfranken untersucht, in denen es relativ wenige staatliche Liegenschaften gibt. Man hat festgestellt, dass nur ein Bruchteil der Liegenschaften geeignet ist. Dadurch wurden noch einmal 85 % der Liegenschaften herausgekegelt. So blieben noch 250 Dächer übrig, an die wiederum irgendwelche Kriterien angelegt wurden. Auf diese Weise wurden am Schluss gerade einmal 13 Anlagen installiert. Man ist also von einem Potenzial von 7.600 freien Dächern ausgegangen und hat am Schluss 13 Anlagen installiert. Ist das Ihr Ansatz? – Was Sie erreicht haben, sind homöopathische Dosen und liegt im Promillebereich. Im Jahr 2012 haben Sie mal wieder ein typisches CSU-Strohfeuer entzündet. Am Schluss bleibt überhaupt nichts übrig. Das ist wirklich traurig. Hier muss sich jetzt schnell etwas ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es sind jetzt also schon acht Jahre verschenkt worden. Im letzten November ist uns von der CSU und den FREIEN WÄHLERN ein 10-Punkte-Programm vorgelegt worden, in dem es heißt, bei anstehenden Dachsanierungen solle eine Photovoltaiknutzung geprüft werden. Die Dächer auf den staatlichen Liegenschaften haben eine sehr lange Nutzungsdauer. Hier sind 30, 40 oder 50 Jahre keine Seltenheit. Wenn Sie also jedes Mal warten wollen, bis irgendeine Dachsanierung fällig wird, dann vergehen wieder viele, viele Jahre, vielleicht Jahrzehnte.

Dann gibt es auch noch den Zusatz: "nur für den Eigenstrombedarf". Wenn Sie also mal eine geeignete Dachfläche finden, dann basteln Sie – um nur diese eine Liegenschaft einigermaßen mit Solarstrom zu versorgen – vielleicht rechts oben im Eck eine Photovoltaikanlage drauf. Das ist der vollkommen falsche Weg. Das ist so lächerlich, wie es die Aktivitäten der letzten acht Jahre waren.

Unsere Forderungen sind ganz klar: Erstens müssen alle Dachflächen im Jahr 2020 untersucht werden.

Zweitens müssen die Kriterien angepasst werden. Es dürfen nicht wie bisher alle möglichen Dächer herausgekegelt werden. Stattdessen muss geprüft werden, ob moderne Anlagen auch auf ostwärts geneigten Dächern installiert werden können. Die modernen Anlagen können auch auf west- wie auf nordwärts geneigten Dächern installiert werden, wenn die Neigung nach Norden nicht zu steil ist. Ebenfalls können Photovoltaikanlagen auf Fassaden installiert werden. Das Labenwolf Gymnasium in Nürnberg zeigt, dass Photovoltaikanlagen auch auf denkmalgeschützten Gebäuden angebracht werden können. Vielleicht sollten Sie auch einmal das

Stichwort Solarthermie im Hinterkopf haben. Die Kriterien müssen entsprechend geändert werden.

Drittens muss der Staat selbst aktiv werden. Die damalige Ausrede lautete, es gäbe keine privaten Interessenten mehr. 2012 war Markus Söder Finanzminister. Hätte er damals etwas tun wollen, hätte er das Geld auch in die Hand nehmen können. Das ist aber nicht passiert. Jetzt, im Jahr 2020, läuft uns die Zeit davon. Das Geld wäre also gut angelegt; hier muss etwas vorangehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viertens müssen die Dachflächen voll ausgenutzt werden. Wir laufen in den nächsten fünf Jahren in eine Stromlücke von 50 % hinein, weil CSU und FREIE WÄHLER die erneuerbaren Energien komplett ausbremsen. Ihr Ansatz besteht aber darin, nur den Eigenbedarf zu decken. Sie wollen gleichsam nur den linken oberen Bereich der Dachfläche nutzen. Die Dachflächen müssen aber vollständig ausgenutzt werden.

Nur wenn Sie unsere vier klaren Forderungen beachten, wird ein Schuh daraus, ansonsten nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Stümpfig. – Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Jürgen Baumgärtner das Wort.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Stümpfig, ich habe im Ausschuss deutlich zum Ausdruck gebracht, dass wir den Antrag mit großer Sympathie sehen. Ich glaube auch, dass wir in dieser Frage besser werden müssen. Sie könnten das im Protokoll nachlesen, da Sie bei dieser Veranstaltung leider nicht anwesend waren.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Ich bin im Wirtschaftsausschuss!)

Ich hatte für die CSU klargemacht, dass wir uns auf den Weg machen. Wir wollen in den nächsten zwanzig Jahren auf allen technisch geeigneten Dächern staatlicher Liegenschaften Photovoltaikanlagen installieren. Wir haben dafür im Nachtragshaushalt weitere 2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Das heißt in der Summe: Wären Sie bei dieser Veranstaltung dabei gewesen, hätten Sie zugehört und würden Sie die Protokolle sorgfältig lesen und diese auch verstehen, dann wüssten Sie, dass wir bereits auf dem Weg sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Martin Stümpfig (GRÜNE):
Ich sage es noch einmal: Ich bin im Wirtschaftsausschuss!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Baumgärtner. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Müller das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Ralph Müller (AfD): Geschätzte Besucher, wertes Präsidium, sehr verehrte Damen und Herren! Die Sonne schicke keine Rechnung, meint man so oft. Ziel dieses GRÜNEN-Antrags ist es, öffentliche Gebäude mit Photovoltaik zu versehen. So wird die grüne Weltrettungsideologie verfolgt, die aber – mal wieder – die naturwissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Realitäten verkennt. Schon im Ausschuss wurde durch Herrn Ministerialrat Josef Spanner auf diese Realität hingewiesen. Es gibt so gut wie keine privaten Investoren für diese Vorhaben. Bisher

wurden auf den 8.000 möglichen Dächern öffentlicher Gebäude in Bayern nur 13 derartige Projekte realisiert.

Der Grund liegt zum einen darin, dass sich aufgrund der mittlerweile zu geringen Einspeisevergütung solche Projekte für Privatinvestoren nicht mehr rechnen, wie Ihnen der Herr Ministerialrat schon damals verdeutlicht hat.

Zum anderen ist es sinnvoll, dass, wie auch nach den Vorgaben des Klimaschutzpaketes, nur die Flächen für Photovoltaikanlagen vorgesehen werden, die den Eigenbedarf nicht überschreiten. Das ist gut, und zwar aus dem einfachen Grund, dass man mit unnütz produziertem und im Inland nicht konsumierbarem Strom die Netze belastet und dem Verbraucher die weiteren Kosten für dessen Verklappung in die Nachbarländer aufbürdet. Wir brauchen nicht noch teurere Installationen für die Stromerzeugung auf öffentlichen Gebäuden zur Unzeit. Dies würde nur bei genügend Speicherkapazität Sinn ergeben. Aber diese Speicher wird es auf längere Zeit sicherlich nicht in ausreichendem Umfang geben.

Um Ihnen noch einmal die generell zugrunde liegende Realität – den Grund der Widersinnigkeit Ihres Antrags – aufzuzeigen, erkläre ich Ihnen und anderen hier im Hohen Haus gern noch einmal: Es gibt keine Klimaerhitzung.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Klima ist eine Datensammlung – –

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

– Hören Sie zu! Dann lernen Sie etwas.

(Beifall bei der AfD)

Klima ist eine Datensammlung von meteorologischen Kennzahlen über mindestens dreißig Jahre oder noch längere Jahrzehntezeiträume. Eine Datensammlung, verehrte Damen und Herren, kann sich nicht erhitzen. Entschuldigung! Wenn Sie meinen, es werde wärmer, dann sehen Sie sich einmal die neuesten Auswertungen der NASA-Daten näher an.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Es wird seit einigen Jahren sowohl global als auch in den meisten ozeanischen oder kontinentalen Großregionen kälter. Wenn es regional, wie in Mitteleuropa, wärmer wird, dann ist der erste Hauptverdächtige für Wissenschaftler, die diesen Namen noch verdienen, die mittlerweile schon häufig als Ursache genannte Windkraft.

(Lachen des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD))

– Hören Sie zu! – Große, mit Windkraftanlagen zugestellte Gebiete werden nämlich immer öfter mit regionalen Wetterkapriolen wie Hitzewellen und Dürren wissenschaftlich in Verbindung gebracht.

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD – Klaus Adelt (SPD): Schmerzhaft, nur noch schmerzhaft!)

Da wundert es nicht, dass die veränderte Rückstrahlung von massenhaft verbauten Photovoltaikanlagen auch in den Verdacht gerät, negative Auswirkungen auf Umwelt und Wetter zu haben.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie bewegen hier auch ganz schön viel Luft!)

So wird in Wahrheit doch eine Rechnung geschickt, auch wenn sie nicht von der Sonne kommt.

(Klaus Adelt (SPD): Das ist nur noch schmerzhaft!)

Mit dem Irrweg der einseitigen Förderung der erneuerbaren Energien wird den rohstoffliefernden Ländern nämlich auch die Rechnung in Form von ausgebeuteten Kinderarbeitern – das hören Sie wohl nicht gern? –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Müller, Ihre Redezeit ist beendet.

Dr. Ralph Müller (AfD): und sozialem Elend sowie in Form von zerstörter oder verschmutzter Umwelt gestellt.

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Müller!

(Klaus Adelt (SPD): Strom sparen! Abschalten!)

Dr. Ralph Müller (AfD): Wir machen die Rechnung lieber realistisch – unter Einbeziehung aller Faktoren! – und lehnen den Antrag ab. – Vielen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die FREIEN WÄHLER spricht Herr Kollege Rainer Ludwig.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor Kurzem hat hier im Hohen Haus unser Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger sein Bayerisches Aktionsprogramm Energie vorgestellt. Es ist gleichzeitig ein wesentliches und nachhaltiges Element des Klimaschutzes. Mit mehr als sieben Einzelmaßnahmen kurbeln wir die Energiewende und somit auch den Ausbau der erneuerbaren Energien vehement an. Insbesondere der ambitionierte Zubau von Sonnenenergie – sprich: PV – hat hierbei zentrale Bedeutung. Ich denke, wir haben hier schon wesentliche Schritte eingeleitet, zum Beispiel durch die Erweiterung der Freiflächenkulisse von dreißig auf sieben Projekte pro Jahr.

Darüber hinaus gilt es – damit sind wir beim Thema –, ungenutztes Potenzial auf Dächern und Fassadenflächen zu erschließen und hierbei vor allem öffentliche Gebäude und Einrichtungen einzubeziehen. Darüber sind wir uns einig. Insoweit gehen wir im Ansatz mit dem vorliegenden Antrag noch mit, wenngleich diese Forderung keine neue ist, meine Damen und Herren; denn bereits seit 1995 gilt der Landtagsbeschluss, bei allen staatlichen Baumaßnahmen den Einsatz von Solarthermie oder weiteren regenerativen Energieformen konsequent zu prüfen.

Im Jahr 2011 hat die Staatsregierung im Rahmen des Energiekonzeptes "Energie Innovativ" erneut bekräftigt, den Bestand an staatlichen Immobilien für Zwecke der Errichtung von PV-Anlagen nutzbar zu machen. Hierzu wurde auch eine Potenzialanalyse mit dem Ziel der vollständigen Bestandserhebung in Auftrag gegeben. Summa summarum heißt das: Bei staatlichen Baumaßnahmen wird immer geprüft, ob eine Photovoltaikanlage errichtet werden kann. Bei Neubauten sind grundsätzlich PV-Anlagen vorzusehen.

Sie haben recht – das wissen auch wir –, dass der Ausbau ins Stocken geraten ist. Ich sage Ihnen auch, warum: Infolge der gesunkenen Einspeisevergütung ist es seit 2014 zu einer rückläufigen Nachfrage nach der Nutzung staatlicher Liegenschaften durch private oder gewerbliche Investoren gekommen. Der Eigenverbrauch ist ja auch für die Wirtschaftlichkeit vordergründig. Deshalb erfolgt seit 2014 aus verwaltungsökonomischen Gründen die Prüfung von Liegenschaften des Freistaates Bayern bzw. die Ausschreibung von eigenen Dachflächen zum Zweck der Errichtung von PV-Anlagen anlassbezogen. Falls also gezielte Nachfragen von Investoren vorliegen, haben diese weiterhin – wie bereits seit 2004, laut Landtagsbeschluss – die Möglichkeit, auf Dächern von staatlichen Liegenschaften PV-Anlagen zu errichten. Unabhängig davon werden auch künftig landeseigene Photovoltaikanlagen installiert.

Meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern will auch auf diesem Gebiet mit gutem Beispiel vorangehen. Genau aus diesem Grund finden sich diese Forderungen und diese Strategie im Maßnahmenpaket unserer Klimaschutzoffensive wieder. Ich zitiere wörtlich: "Ziel ist die Nachrüstung aller staatlichen Gebäude mit geeigneten Dachflächen mit Anlagen zur Nutzung solarer Strahlungsenergien", um "einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand bis 2050" zu ermöglichen. Weiter heißt es: "Die Dimensionierung der Anlagen sollte sich am jeweiligen Eigenverbrauch der Liegenschaft orientieren." – Das ist beschlossen!

Wenn wir uns nun den Istzustand anschauen, dann sehen wir, dass der Freistaat in diese Richtung schon sehr viel getan hat. Herr Stümpfig, Sie haben es erwähnt: Rund 390 PV-Anlagen mit einer Gesamtleistung von rund 20.000 kWPeak wurden auf eigenen Dächern realisiert. Wir wissen, es geht noch ein Schnaps mehr. Aber sehen Sie das Ganze doch bitte nicht immer nur pessimistisch. Behaupten Sie nicht immer nur, dass das Glas halb leer sei. Es ist halb voll! Vorbildliche Beispiele finden sich genügend: von Passau bis Schweinfurt, von Cham, Amberg und Parsberg über Bayreuth, Ansbach und Erlangen bis nach Aschaffenburg. Laut Stand November 2019 werden noch auf gut zwanzig Gebäuden, die in der Verantwortung des Freistaates liegen, Photovoltaikanlagen geplant oder gebaut. Ich denke, wir sind hier längst auf dem richtigen Weg.

Lieber Herr Dr. Müller, wir brauchen von Ihnen keinen Nachhilfeunterricht und keine Lehrstunden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Ralph Müller (AfD): Die brauchen Sie sehr wohl, weil Sie die Naturwissenschaften nicht verstehen und weil Sie nicht rechnen können! Blinde Ideologie!)

Ich darf abschließend darauf verweisen, dass im Nachtragshaushalt 2020 2 Millionen Euro an weiteren Geldern für den Bau von Photovoltaikanlagen auf staatlichen Gebäuden vorgesehen sind. Der Freistaat kommt hiermit in mehrfacher Hinsicht seiner Vorbildfunktion nach, ökologisch wie ökonomisch. Insofern betrachten wir den Antrag der GRÜNEN mit Verweis auf die Inhalte des Maßnahmenpakets der Klimaschutzoffensive in diesem laufenden Prozess als überholt bzw. erledigt. Wir lehnen ihn deshalb ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon, Herr Ludwig. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen, zunächst von Herrn Kollegen Stümpfig von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Ludwig, Sie sagen, das Glas sei halb voll und wir sollten nicht immer behaupten, dass es halb leer sei. Dieses Glas ist schon ziemlich leer, wenn von 8.000 möglichen Dachflächen gerade einmal 390 belegt

sind. Sie haben eine Untersuchung von acht Jahren durchgeführt, und es stellt sich heraus, dass gerade einmal 1,5 Promille dazugekommen sind. Es braucht schon ein bisschen mehr als einen zusätzlichen Schnaps, wenn Sie nur 1,5 Promille Dachflächen mehr vorweisen können. Wie wollen Sie denn mit Ihren Vorgaben – zum Beispiel Installation nur, wenn eine Dachsanierung ansteht – Ihr Ziel erreichen? Was passiert denn in der restlichen Legislaturperiode? Wie viele Dächer können Sie wirklich noch belegen, sodass Sie sagen: Jawohl, wir kommen einen Schritt vorwärts? – Das ist viel zu langsam und viel zu wenig engagiert.

Das sind unsere eigenen Dachflächen. Wir hätten als Freistaat Vorbildfunktion für viele Bürgerinnen und Bürger, wenn wir sagen könnten: Wenn der Freistaat seine Dächer wirklich vollmacht, dann ist das ein klares Zeichen, dass es jetzt in Richtung Klimaschutz geht. Was Sie tun, ist leider wirklich jämmerlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Stümpfig, es ist weder jämmerlich noch traurig noch sonst eine Eigenschaft, wie Sie es bezeichnet haben, auch nicht lächerlich, sondern ich verweise auf meine Ausführungen: Wir sind auf dem richtigen Weg. Zugegeben: Wir haben noch Potenzial – dazu gibt es auch eine Potenzialanalyse –, aber die Zielsetzungen in der Klimaschutzoffensive sprechen eine eigene Sprache. Wir arbeiten daran und werden diese Ziele bis zur Zielmarke 2050 erreichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Mang von der AfD-Fraktion.

Ferdinand Mang (AfD): Herr Kollege, Sie nannten jetzt wieder die Klimaoffensive. Was mich daran interessiert: Bei all Ihren Gesetzesvorhaben zum Klimaschutz haben Sie niemals irgendeine wissenschaftliche Grundlage dargelegt. Es wurde niemals irgendein wissenschaftlicher Nachweis dargelegt, warum diese Maßnahmen Ihrem sogenannten Klimaschutz dienen sollen. Oder können Sie mir zumindest eine einzige wissenschaftliche Studie nennen, die das belegt, was Sie mit den teuren Steuermillionen bewerkstelligen wollen?

(Beifall bei der AfD)

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege, ich denke, da haben Sie schlecht zugehört und nicht aufgepasst in den letzten Plenarsitzungen, als unser Umweltminister Thorsten Glauber und unser Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hier gesprochen haben. Wenn Sie gut zugehört hätten,

(Ferdinand Mang (AfD): Habe ich! – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Haben Sie zugehört? – Zurufe der Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD) und Dr. Ralph Müller (AfD))

wie Ihr Kollege Dr. Müller immer sagt, dann müssten Sie diese Frage nicht stellen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Mang, lassen Sie ihn doch die Frage beantworten. Sie haben doch die Frage gestellt.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Dann ist diese Frage schlichtweg überflüssig und erledigt sich von selbst.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Ludwig. – Als nächste Rednerin ist Frau Kollegin Annette Karl von der SPD-Fraktion an der Reihe. Frau Karl, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir werden dem Antrag, genau wie in den Ausschüssen, zustimmen. Im Artikel 3 des Entwurfs des Bayerischen Klimaschutzgesetzes wird die Vorbildfunktion des Staates beim Klimaschutz ausdrücklich betont. Dieser Artikel droht allerdings zum Papiertiger zu werden, bevor das Klimaschutzgesetz überhaupt in Kraft gesetzt ist. Die Staatsregierung geht die Probleme beim Klimaschutz nur schleppend an, dafür ist die PV auf staatlichen Gebäuden ein gutes Beispiel.

Wir haben bereits gehört: 2012 wurde der Beschluss gefasst, alle staatlichen Gebäude auf Tauglichkeit zu überprüfen. Ich habe Ende 2019 eine Anfrage gestellt, wie weit man mit der Prüfung sei. Darauf wurde mir geantwortet, es gebe nur eine überschlägige und sehr pauschale Schätzung, dass ungefähr ein Drittel der Dachflächen geeignet sei. – Was denn nun? Nach sieben Jahren nur eine überschlägige Schätzung? Das geht sicher besser. Wir haben beim Klimaschutz keine Zeit für so ein Schneckentempo. Oder ist es doch eher mangelnder Wille?

Die SPD-Fraktion setzt sich für einen starken PV-Ausbau ein. Auch im Wirtschaftsausschuss werden wir am Donnerstag einen Antrag behandeln, der sich im ersten Teil auf die PV auf staatlichen Dächern bezieht, und, liebes Landtagsamt, ich verstehe nicht, warum Anträge mit fast gleichen Inhalten mal federführend dem einen und mal dem anderen Ausschuss zugewiesen werden und nicht konsequent alle PV-Anträge in einem Ausschuss behandelt werden.

Der andere Punkt im Antrag dreht sich um ein anderes Problem bei der PV, zu dem – wie in der letzten Woche in Altstadt – von Umweltminister Glauber ebenfalls immer nur schön geredet, aber nicht gehandelt wird: Das ist das Thema der PV auf Altlastenflächen. Wir brauchen hier einen Sonderfonds Altlasten, um auch in diesem Bereich weiterzukommen.

Die Begründung der CSU, lieber Herr Baumgärtner, den Antrag der GRÜNEN im Ausschuss für Bau und Verkehr abzulehnen, ist nicht stichhaltig. Dieser Antrag ist mitnichten mit dem Klimaschutzgesetz erledigt, denn auch das Maßnahmenpaket der Bayerischen Klimaschutzoffensive – wir haben es gehört – spricht nur von einer Nachrüstung zum Eigenverbrauch. Das ist zu wenig. Das ist nicht ambitioniert und führt uns nicht schnell und nicht weit genug voran. Bayern ist ein Sonnenland, und wir sollten diese von der Natur geschenkte kostenlose Energie so weit wie nur irgend möglich nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Karl. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon, Frau Kollegin. Kommen Sie bitte noch einmal nach vorn. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Fraktionsvorsitzenden Prof. Hahn von der AfD. Bitte schön, Herr Prof. Hahn.

Annette Karl (SPD): Bitte schön.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Es ist ja so, dass die Windkraft – zum Glück – langsam ziemlich ins Stocken gekommen ist, weil die Menschen das nicht mehr mittragen, da viele Genehmigungsverfahren aufgrund der Bedrohung für die Flugtiere endlich einmal greifen.

Nun soll die nächste nicht ökonomisch und nicht ökologisch vertretbare Sau durchs Dorf getrieben werden: die Photovoltaik. Sie ist nachweislich eine Energieform, die

Flächen zusätzlich versiegelt, auf denen Wasserkäfer und Wasservogel stranden, das heißt, dass auch bedrohte Tierarten dadurch zusätzlich bedroht werden, und, was mich sehr wundert: Durch die dunklen Flächen der Photovoltaikanlagen wird ganz klar die Meteorologie bzw. die Wettersituation in dem Sinne verändert, dass hier tatsächlich die Temperatur erhöht wird. Die Albedo verringert sich, und es wird Strahlung in Energie umgewandelt. Das ist ein Punkt, der im Widerspruch

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist so ein Schmarrn! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte!

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): zu Ihren sogenannten Klimaschutzmaßnahmen steht. Wie erklären Sie das?

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Herr Prof. Hahn, PV auf Dächern und auf Altlastenflächen erhöht den Flächenverbrauch augenscheinlich überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ihre anderen Argumente sind von ähnlicher Qualität. Wenn wir nicht auf Dauer bei der Kern- und der Kohleenergie bleiben wollen, muss der Strom irgendwoher kommen. Deshalb sagen wir: Da, wo möglich und von den Menschen akzeptiert, Windenergie und PV-Energie.

(Beifall bei der SPD – Katharina Schulze (GRÜNE): Genau! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Sebastian Körber, FDP-Fraktion. Bitte schön.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kommen wir wieder zum berechtigten Interesse des Antrags. Unser Ziel muss es doch sein, den Anteil an erneuerbaren Energien am Strombedarf innerhalb der nächsten Jahre weiter zu steigern. Bayern gehört nun einmal zu den Bundesländern mit den meisten Sonnenstunden im Jahr. Daher möchten wir Freien Demokraten auch den günstigen Voraussetzungen für Photovoltaikanlagen Rechnung tragen. Das Ausbauziel in Bayern beträgt etwa noch vier Terawattstunden, und das Potenzial von Photovoltaik ist aus unserer Sicht noch ein Stück weit größer, als es die Staatsregierung aktuell in Aussicht stellt, und es muss auch noch ein Stück innovativer sein als das, was im Antrag der Kollegen von den GRÜNEN steht.

Wir werden diesem Antrag dennoch zustimmen. Es muss aber noch ein wenig über die Dächer hinausgehen. Ich würde mir für uns als FDP ein paar mehr Innovationen wünschen. Der Staat kann hierbei durchaus Vorbildfunktion haben, wenn es um Innovationen, um experimentelle Dinge geht, wie etwa schwimmende Photovoltaikanlagen oder auch Akku-Photovoltaik. Das wäre übrigens sehr flächensparend, ein sehr innovativer Ansatz. Deshalb werden wir dem Antrag der GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr empfiehlt die

Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und Teile der AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Teile der Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe die **Listennummer 25** der **Anlage zur Tagesordnung** auf:

Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u. a. (SPD)
Dramatischer Notstand der medizinischen Versorgung: Die Kinderstationen an Bayerns Krankenhäusern müssen gerettet werden! II (Drs. 18/4993)

Ich weise darauf hin, dass für diesen Antrag namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt gemäß der Geschäftsordnung 32 Minuten. – Als erste Rednerin rufe ich Frau Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion auf.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, Hohes Haus! Leider müssen wir schon zum dritten Mal über das Thema reden. Es ist leider immer noch Realität in unserem Land, dass kranke Kinder, auch schwerkranke Kinder, nicht stationär aufgenommen werden können. Sie werden abgewiesen und werden nicht oder später behandelt oder müssen weit herumgefahren werden.

Der Antrag, über den wir jetzt reden, hat die Diskussion über unseren Dringlichkeitsantrag zu diesem Thema im Oktober zur Grundlage. In der damaligen Debatte erklärten die Ministerin Huml und auch der Ausschussvorsitzende Seidenath, von einem dramatischen Notstand könne keine Rede sein; es handele sich um Panikmache. Ob die Kinderpsychosomatik schließen müsse, sei nicht gesagt; eine Woche später wurde sie dann geschlossen.

Aber es geht nicht nur um die Kinderpsychosomatik im Klinikum rechts der Isar oder im Haunerschen Kinderspital, sondern es geht um die Gesamtsituation. Ein erster Schritt zur Lösung des Problems ist doch, es überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Sie können nicht länger die Augen und Ohren vor der Problematik verschließen. In Bayern müssen immer wieder kranke Kinder, teils mit intensivmedizinischem Bedarf, abgewiesen werden. Es gab eine heftige Debatte, und da Sie damals abgewiegt haben, habe ich jetzt erneut einen Antrag gestellt, ein Fachgespräch mit den beteiligten Stellen und den Fachleuten zu führen, um zu klären, ob es hier ein Problem gibt oder nicht und was gegebenenfalls zu tun ist. Das alles haben Sie bisher abgelehnt, und das finde ich ungeheuerlich.

Im Ausschuss haben wir Anfang Dezember darüber gesprochen. Vonseiten des Ministeriums wurde angekündigt, dass es einen entsprechenden Bericht im Januar geben solle. Jetzt haben wir Mitte Februar; passiert ist bisher wieder nichts.

Die Meldungen kommen nicht von uns, sie kommen auch nicht nur von zwei Unikliniken, sondern sie kommen von vielen betroffenen Eltern aus dem ganzen Land. Was Sie vielleicht nicht wissen: Es gibt inzwischen – dazu habe ich auch geraten – eine sogenannte openPetition "Kinderstationen retten". Sie hat jetzt über 5.000 Unterstützerinnen und Unterstützer, davon 4.300 in Bayern. Es gibt etwa 1.700 Kommentare auf 57 Seiten, vor allem von Kinderärzten, Hebammen, von Pflegekräften für kranke Kinder, aber auch von Eltern und Großeltern, die alle beschreiben, was sie real erleben. Unterstützt wird diese Petition übrigens auch vom Kinderschutzbund Landesverband Bayern, von der Kinderkrebshilfe, vom Hebammenverband,

vom Haunerschen Kinderspital usw. Sie alle fordern das, was wir in unserem Haushaltsantrag fordern, der am Donnerstag beraten wird, nämlich Defizite aufzufangen, bis sich die Situation gebessert hat.

Aber da Sie die Problematik nicht wahrhaben wollen, bringe ich noch ein paar Zitate:

Ich arbeite selber als Kinderärztin in München und muss jeden Tag tatenlos zusehen, wie wir Kinder bis weit in die Peripherie verlegen müssen, weil wir keine Betten in unserem Haus belegen können.

Ich bin Leiter einer Kinderintensivstation in Bayern und erlebe die Not täglich.

Als Kinderarzt bekomme ich jeden Tag mit, dass die stationäre Versorgung schwerkranker Kinder nicht gewährleistet ist.

Ich bin Intensivkinderkrankenschwester, und wir müssen regelmäßig schwerstkranken Kinder abweisen.

Wir wurden schon mit einem Kind mit Atemnot nach Hause geschickt, weil kein Bett frei war.

– Es gab inzwischen auch viele Berichte in der "Tagesschau" oder auch in "Kontraste" und "quer". Das Problem gibt es tatsächlich nicht nur in Bayern. Aber es ist keine Antwort, wenn man den Eltern sagen würde, wenn sie in Berlin wohnen würden, hätten sie ein ähnliches Problem.

Wir müssen in Bayern alles tun, was wir nur können, um die Situation zumindest aufzufangen, bis wir den Pflegenotstand einigermaßen behoben haben. Das heißt, die Finanzierung muss auf vernünftige Beine gestellt werden.

Unter diesem Aspekt wäre der erste Schritt, dass wir ein entsprechendes Gespräch führen, um zu klären, ob Sie sich dazu bekennen, dass es einen dringenden Handlungsbedarf gibt: Ja oder Nein? Können wir jetzt darüber reden, was als erster Schritt und dann als nächster Schritt zu tun ist?

Bei der letzten Ausschusssitzung wurde von der Ministerin und auch vom Patientenbeauftragten gesagt, man solle die Eltern nicht in Unruhe versetzen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die Eltern wollen Sie endlich in Unruhe versetzen, weil sie ein dramatisches Problem haben. Darum müssen wir uns jetzt kümmern.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner darf ich den Abgeordneten Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte sehr.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Themen Gesundheit und Pflege bewegen die Menschen. Ich meine, dass Gesundheit privat wie politisch das wichtigste Gut ist. Das gilt von klein auf. Es gilt insbesondere für unsere Kinder, denn sie sind unsere Zukunft.

Ich habe an dieser Stelle schon einmal die Bayerische Verfassung zitiert. In Artikel 125 heißt es: "Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes". Somit haben wir einen Verfassungsauftrag, unsere Kinder und deren Gesundheit zu schützen.

Frau Waldmann, wir kennen durchaus die problematische Situation in unseren bayerischen Kinderkrankenhäusern, mit mannigfachen Ursachen, die wir im Grunde alle kennen. Sie fordern nun ein Fachgespräch. Ich denke aber nicht, dass wir

ein Erkenntnisproblem haben, zumal viele Dinge in dem Antrag enthalten sind, die wir in Bayern allein leider nicht lösen können.

Ich komme nun zu den Erkenntnissen, die wir haben. Wir haben Berichte durch Frau Staatsministerin Melanie Huml gehört, die am 10. Oktober hier im Plenum gesprochen hat. Im Herbst 2019 hatten wir im Ausschuss ein Fachgespräch zur Situation der Universitätsmedizin. Da spielte auch das Thema Hauersches Kinderspital eine Rolle.

Weitere Berichte sind offen; Sie haben es erwähnt. Das Gesundheitsministerium wird uns in nächster Zeit im Ausschuss über die Kapazitäten, über die Auslastung – auch das ist ein wichtiger Indikator – der pädiatrischen Versorgung und die Entwicklung der Pädiatrie insgesamt berichten, wie auch über die Situation der stationären Kinder- und Jugendmedizin einschließlich der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung.

Darüber hinaus erscheint mir eine weitere Erörterung des Themas mit Experten weder notwendig noch sinnvoll. Wir haben als Freistaat Bayern bezogen auf unsere Plankrankenhäuser lediglich Einflussmöglichkeiten durch die Krankenhausplanung und die Krankenhausförderung. Das bedeutet, dass ein Plankrankenhaus von der Krankenhausplanung bei Bedarf weitere Betten zugewiesen bekommen kann und von der Krankenhausförderung her die Investitionskosten finanziert erhalten kann. Das geschieht auch.

Die Probleme der Kinderkliniken liegen in der Regel aber nicht im baulichen und technischen Bereich. Das Problem ist ganz klar der Mangel an Fachkräften. Die Personalfindung und -bindung ist das Problem. Insoweit liegt auf der Hand, dass kurzfristige Handlungsmöglichkeiten der Länder nicht bestehen, sondern dass weiterhin von den verschiedensten Beteiligten auf die Attraktivität der betroffenen Berufsfelder hingewiesen werden muss. Das betrifft insbesondere die Kliniken selbst, die vor allem über nicht monetäre Anreize oder auch über moderne Führungsstrukturen vieles zum Positiven verändern können.

Ich möchte Ihnen gerne ein paar Beispiele aus dem Landkreis Dachau, meinem Stimmkreis, nennen, wo wir eine Genossenschaft gegründet haben, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Das geschah unter dem Motto "Habt ein Herz für soziale Berufe". Da werden nun Wohnungen angemietet, die an Pflegekräfte und Angehörige anderer sozialer Berufe, insbesondere Gesundheitsfachberufe, weitervermietet werden. Es gab hier überraschend gute Erfolge. Es wurden und werden viele Wohnungen angeboten. Wenn wir nun wissen, dass im Landkreis Dachau 1.800 Wohnungen aus den verschiedensten Gründen leer stehen, hoffen wir, dass wir wenigstens 10 % dieser Wohnungen anmieten können. Damit wäre viel gewonnen. Solche Modelle sind möglich, um den Personalmangel abzumildern.

Wenn nun eine zu geringe Vergütung beklagt wird, dann ist eine Befragung der Experten ebenso wenig nützlich. Denn hier liegt die Regelungskompetenz allein beim Bund und bei der dortigen Selbstverwaltung. Dennoch ist der Freistaat Bayern hier auch schon tätig und hat sich im Rahmen seiner Einflussmöglichkeiten für eine auskömmliche Vergütung eingesetzt.

Sie selbst sagen in Ihrem Antrag ja auch, dass Sie kein Erkenntnisproblem haben. Sie nennen eine Reihe von Punkten, die eine Rolle spielen, die Schlüssel für eine Verbesserung sein können. Aber die wenigsten Punkte, die Sie genannt haben – ich sage das noch einmal – können wir in Bayern selbst lösen, das ist eine Frage auf der Bundesebene. Da kann ich nur sagen: Sie haben doch Kontakte nach Berlin. Wir haben sie auch, deshalb brauchen wir hier kein weiteres Gespräch. Die Zeit des Redens ist vorbei.

Wir müssen auch handeln. Das betrifft die Betriebskostenfinanzierung durch die Krankenkassen. Tatsächlich haben die Kinderkliniken höhere Kosten, weil sie etwa medizinische Geräte in allen Größen, für das Neugeborene wie für den 14- oder 15-Jährigen, erwerben und bereitstellen müssen. Hier ist das InEK, das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus, gefragt, um die DRGs entsprechend anzupassen.

Zu den Finanzen des Freistaats Bayern und zur Investitionskostenförderung: Der Freistaat kommt seiner Verantwortung mit 3 Milliarden Euro innerhalb von fünf Jahren, das sind 643 Millionen Euro jährlich, nach. Natürlich besteht durch die Umsetzung der Digitalisierung zusätzlicher Mittelbedarf. Hier nehmen wir auch gerne Mittel des Bundes.

Mittels der Krankenhausplanung können die Auslastung und der Bedarf an Kapazitäten ermittelt werden. Mehr Betten sind aber nicht das, was wir brauchen. Unser Problem ist der immense Personalmangel. Um das zu erkennen, brauchen wir jedoch kein Fachgespräch.

Frau Waldmann, ich sage Ihnen ehrlich zu Ihrem Wording: Sie haben in Ihrem Antrag von einem "dramatischen Notstand der medizinischen Versorgung" gesprochen. Die Kinderstationen müssten "gerettet" werden. Diese Wortwahl ist mir zu drastisch. Wir stehen vor großen Herausforderungen. Der Mangel an Pflegefachkräften kann in der Tat als Notstand bezeichnet werden. Aber einen dramatischen Notstand in der medizinischen Versorgung insgesamt auszurufen, wie Sie das tun, geht aus meiner Sicht zu weit, wird der Situation nicht gerecht und führt dazu, dass Eltern verunsichert werden oder gar Panik empfinden.

Sie wissen, dass Sie nach der Geschäftsordnung des Landtags Expertenanhörungen auch dann durchsetzen können, wenn Sie dafür keine Mehrheit haben. Diese Karte der Minderheitenanhörungen haben Sie in der letzten Woche beim Thema Bayerisches Krebsregister gespielt, bei diesem Thema aber nicht, und das zu Recht. Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern wenn, dann ein Umsetzungsproblem. Die Überlastung des pflegerischen Personals führt zu Kündigungen und dazu, dass die Spirale nach unten weiter in Gang gesetzt wird.

Es gibt Ideen. Ich habe ein paar genannt. Wir müssen sie umsetzen, und wir können das auch. Darum geht es jetzt. Es geht nicht darum, öffentlich darzustellen, wie furchtbar und dramatisch die Situation angeblich ist. Aus diesen Gründen – ich habe sie im Ausschuss schon dargestellt – werden wir diesen Antrag auch heute im Plenum ablehnen. – Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Christina Haubrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Situation der stationären medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Bayern ist absolut unzureichend. Zum Beispiel droht der Ambulanz der Kinder- und Jugendpsychosomatik des Klinikums rechts der Isar in München im Juni 2020 die Schließung. Aber auch die temporären Schließungen von einzelnen Stationen machen den Kinderkrankenhäusern schwer zu schaffen. Immer wieder kommt es vor, dass Eltern mit ihren schwer kranken Kindern durch halb Bayern gefahren werden, weil Kliniken sie nicht aufnehmen können. Der einzige Weg aus diesem Dilemma: Wir müssen an die Strukturen ran. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel weg von der Bettenplanung hin zu einer leistungs- und qualitätsorientierten Bedarfsplanung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen mehr Transparenz. Die Problematik der finanziellen Situation bei der stationären medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen sowie der Fachkräftemangel müssen endlich angegangen werden. Es kann nicht sein, dass Stationen deswegen schließen müssen.

Kranke Kinder kosten Zeit, Personal und Geld. Sie bedeuten einen erhöhten Aufwand. Besonders der Faktor Zeit wird in unserem System nicht abgebildet. Das ist eine der Hauptursachen dafür, dass Kinderkliniken unterfinanziert sind. Um hier weiterzukommen, müssen wir alle Entscheidungsträger, zum Beispiel die Träger der Kinderkliniken und die Krankenkassen, mit ins Boot holen. Wir müssen auch zu einer vernünftigen Krankenhausplanung für Kinderkliniken kommen, einer Krankenhausplanung, die auch an die zusätzlichen Bedürfnisse von Kindern angepasst ist. Für besonders dramatisch halte ich es, dass psychosomatische Stationen von Schließungen bedroht sind. Hier lassen wir unsere Kinder und die betroffenen Eltern wirklich im Regen stehen, und das in einer Zeit, in der die Zahl der psychosomatischen Erkrankungen deutlich steigt.

Liebe SPD, auch wir wollen verhindern, dass Kinder mit medizinischem oder sogar intensivmedizinischem Versorgungsbedarf abgewiesen werden. Für den Notfall muss die Versorgung sichergestellt sein. Auch die Frage nach der personellen und finanziellen Situation der stationären medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Bayern ist uns wichtig, genauso wie die Fragen des Fachkräftemangels, der Betriebskostenfinanzierung, der Krankenhausplanung und der Investitionskostenförderung. Ganz besonders interessiert uns natürlich, welche Handlungsoptionen es gibt, um die bestehende Situation zu verbessern. Das alles wollen Sie mit Ihrem Antrag im Rahmen eines Fachgesprächs klären.

Die Staatsregierung hat uns im Januar einen Bericht versprochen. Dieser wurde aber bis heute nicht abgegeben. Wir GRÜNEN hatten beantragt, dass der Bericht der Staatsregierung und das von der SPD beantragte Fachgespräch Hand in Hand gehen sollten. So könnten wir wirklich fundiert nach Lösungen suchen und daran arbeiten. Leider haben Sie diesen Antrag damals abgelehnt. Da der versprochene Bericht bis heute leider nicht gegeben wurde, unterstützen wir jetzt das von der SPD beantragte Fachgespräch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Susann Enders für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Unseres Erachtens ist der Antrag der SPD abzulehnen. Zu dieser Problematik gab es bereits einen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU im Oktober vergangenen Jahres, mit dem die Staatsregierung aufgefordert wurde, sich auf Bundesebene für eine ausreichende Finanzierung der Kinderkrankenhäuser einzusetzen. Außerdem wurde mit diesem Antrag ein Bericht über das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und über die pädiatrische Versorgung in Bayern sowie zu den Erfordernissen, wie dem Fachkräftemangel in Bayern in der Kinder- und Jugendmedizin zu begegnen ist, gefordert.

Zum Inhalt des Berichtes, der uns seit dem 22. Januar vorliegt: Mit 43 Krankenhäusern mit der Fachrichtung Kinder- und Jugendmedizin bzw. Kinderchirurgie sowie mit 37 Krankenhäusern für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie verfügt Bayern über ein engmaschiges Netz einander ergänzender Kliniken für die Versorgung kranker Kinder. Daneben werden auch in Krankenhäusern ohne ausgewiesene Kinderstation Kinder auf hohem Niveau versorgt, soweit es, wie zum

Beispiel bei Blinddarmoperationen, nicht der speziellen Expertise und Vorhaltung einer Fachabteilung für Pädiatrie bedarf.

In den letzten zehn Jahren gab es in Bayern keine Schließung einer gesamten Fachrichtung für Kinder- und Jugendmedizin oder für Kinderchirurgie. Soweit es in Einzelfällen zu Bettenschließungen kam, geschah dies aus wirtschaftlichen Gründen und aufgrund fehlenden Fachpersonals in der Pflege. Soweit dagegen die Seite der Betriebskosten infrage steht, hat Bayern keine gesetzgeberische Möglichkeit. Hier ist der Bund gefordert. Fakt ist: Seit der Einführung der staatlichen Krankenhausfinanzierung im Jahr 1972 nimmt Bayern im Ländervergleich eine Spitzenposition ein. Bereits im Jahr 2018 wurde der Förderetat um 140 Millionen Euro auf 643 Millionen Euro jährlich angehoben, ein Plus von 28 %. Entsprechend der Festlegung im Doppelhaushalt 2019/2020 wird der Mittelsatz im Jahr 2020 weiter auf diesem Spitzenniveau fortgeführt.

Meine Damen und Herren, dass in den Kinderkliniken trotzdem eine Diskrepanz zwischen Angebot und Bedarf besteht, steht für uns außer Frage. Aber wo liegt denn der Hund begraben? – Ich sehe die Ursache für die Probleme in der stationären medizinischen Versorgung von Kindern in der Abrechnung der Behandlungskosten über das DRG-System. Mit Ihrem Antrag streifen Sie höchstens die Spitze des Eisbergs. Eine Problemlösung sieht aber anders aus und muss auf Bundesebene erfolgen.

Wir FREIEN WÄHLER haben die Überarbeitung des DRG-Systems im Koalitionsvertrag verankert. Die Gespräche laufen bereits. Wir wollen den Bund dazu bringen, eine aufwandsentsprechende Finanzierung eines jeden medizinischen Handgriffs zu sichern. Nur so kann eine Problemlösung aussehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Roland Magerl von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Kollegin Waldmann, ich schätze Ihre fachliche Kompetenz wirklich sehr und auch Ihren Willen, an dieser Situation etwas zu ändern. Auch wir von der AfD wollen das und haben daher im Oktober das Thema Kinderkliniken in einen Antrag verpackt. Sie wollen dieses Mal ein Fachgespräch. Eigentlich ist doch längst klar, dass wir eine sichere und bedarfsgerechte Versorgung aller Patientinnen und Patienten in Bayern, insbesondere unserer Kinder, brauchen. Was soll uns ein Fachgespräch denn an neuen Erkenntnissen bringen? – Praktisch gesehen eigentlich gar nichts. Wir würden in einem zweistündigen Fachgespräch nichts erfahren, was wir nicht schon längst wissen.

Damals hat die CSU-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag nachgezogen, in welchem die Staatsregierung aufgefordert wurde, sich auf Bundesebene weiterhin für eine ausreichende Finanzierung der Kinderkrankenhäuser einzusetzen. Zudem sollte berichtet werden, wie sich aus Sicht der Staatsregierung die Versorgung in Bayern nach Inkrafttreten des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes entwickeln würde und wie man dem Fachkräftemangel entgegenwirken könne. Gerade der Fachkräftemangel ist doch eigentlich die erhebliche Ursache für dieses Problem. Warten wir doch zunächst einmal ab. Schauen wir, was der Bericht der Staatsregierung bringt. Sollte sich dann weiterhin nichts tun, dann können wir immer noch nachhaken. Deswegen werden wir von der AfD-Fraktion uns bei diesem Antrag enthalten.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Im Oktober letzten Jahres waren wir bereits hier im Plenum zusammen und haben die schwierige Situation in den Kinderstationen besprochen. Um mehr über die Zusammenhänge und Hintergründe zu erfahren, sollte die Staatsregierung auf Antrag der FDP und der Regierungskoalition einen Bericht zur Versorgungslage abgeben. Inzwischen sind vier Monate vergangen, und es immer noch nichts passiert. Wie auch? – Im ersten Satz des Berichts steht Folgendes: Die stationäre Versorgung von Kindern ist in Bayern auf hohem Niveau gesichert. In Bayern besteht eine gewachsene und dichte Krankenhausstruktur für die Versorgung der Kinder und Jugendlichen vor Ort, und zwar flächendeckend. – Also ist in Bayern alles bestens. Genau so liest sich die Erklärung der Staatsregierung. Für uns klärt der Bericht gar nichts. Der Bericht wird der Komplexität der Problematik in keiner Weise gerecht und lässt viele Fragen offen. Die Verantwortlichen in der Kindermedizin würden uns im Ausschuss sehr gerne die Hintergründe näher erläutern. Herr Seidenath, Sie haben gesagt, es gebe kein Erkenntnisproblem. Sie von der CSU-Fraktion machen Ihr privates Fachgespräch heute mit Herrn Privatdozenten Dr. Hoffmann von der Haunerschen Kinderklinik lieber hinter verschlossenen Türen. Das ist heute so geschehen. Anscheinend besteht hier doch noch Klärungsbedarf. Aber dann lassen Sie uns doch bitte ein Fachgespräch im Ausschuss durchführen, um zu klären, welche Maßnahmen auf Landesebene sinnvoll wären.

Schauen wir einmal in die Haunersche Kinderklinik: Dort stehen 16 Intensivkinderbetten zur Verfügung. Aktuell können für die kleinsten Bürger in Bayern nur zehn davon genutzt werden. Versetzen Sie sich einmal in die Lage eines Vaters oder einer Mutter in Bayern, die ihr Kind intensivmedizinisch behandeln lassen müssen – das ist ein Alptraum, der passieren kann. Was passiert? – Sie fahren in ein Krankenhaus, aber ihr Kind kann erst in Augsburg oder in Garmisch intensivmedizinisch versorgt werden. Das darf nicht sein. Davon müssen wir wegkommen. Dieser Umstand ist leider kein Einzelfall. Diese Fälle begründen sich – Sie brechen sie auf den Fachkräftemangel runter, dieser ist aber nur ein Teil des Problems – mit vielen verschiedenen Standards, Gesetzen, Zwängen und vielen weiteren Faktoren, welchen die Kindermedizin unterliegt. Deshalb fordern wir Sie auf, endlich Ihre parteipolitischen Spiele für die Kleinsten aufzugeben und gemeinsam Maßnahmen zu ergreifen, die die angespannte Situation nachhaltig entlasten. Herr Seidenath, Sie haben gesagt, wir könnten das Problem selbst lösen. Dann bitte, auf geht's!

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Als nächste Rednerin darf ich Frau Staatsministerin Melanie Huml aufrufen.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Lieber Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die letzte Bemerkung des Kollegen Dr. Spitzer möchte ich zurückweisen. Es geht bei der Versorgung der Kinder nicht um irgendwelche parteipolitischen Themen. Uns allen liegt die Versorgung der Kinder am Herzen, egal, welcher Partei wir angehören. Das möchte ich festhalten. Diese Bemerkung war der Ernsthaftigkeit der Diskussion nicht angemessen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Klaus Adelt (SPD): Dann machen Sie etwas!)

Die Versorgung der Kinder treibt uns selbstverständlich um. Wir wollen, dass Kinder adäquat behandelt werden können. Manchmal ist es dafür notwendig, dass

das eine oder andere Kind auch in ein anderes Krankenhaus verlegt wird, vielleicht gibt es dort eine höhere Versorgungsstufe oder mehr Spezialisten. Aus diesen Gründen kann es notwendig werden, dass das eine oder andere Kind in ein anderes Krankenhaus verlegt werden muss. Gleichzeitig gehen wir selbstverständlich Beschwerden von Eltern, die bei uns aufschlugen, über eine nicht adäquate Behandlung ihres Kindes nach. Ich muss Ihnen aber sagen, dass bei uns kaum derartige Schreiben vorliegen. Ich erinnere mich vor allem an ein Schreiben einer Familie, welches auch durch die Medien ging. Ansonsten sind bei uns derartige Schreiben, dass ein Kind nicht adäquat behandelt worden sei oder keine adäquaten Gründe für eine Nichtbehandlung dargelegt werden konnten, nicht groß aufgeschlagen.

Ich möchte das als Vorbemerkung sagen, weil hier der Eindruck vermittelt wird, als würden in ganz Bayern keine Kinder versorgt. Das stimmt schlicht und ergreifend nicht. Das möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen. Natürlich gibt es hier und da Verbesserungsbedarf. Aber wir haben in Bayern eine gute Versorgung der Kinder, und sowohl die Ärztinnen und Ärzte als auch das Pflegepersonal tun ihr Möglichstes, um alle Kinder entsprechend versorgen zu können. Das möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Klaus Adelt (SPD): Das ist auch ihr Auftrag!)

Wir haben im Oktober davon gesprochen, dass wir im Landtag darüber berichten wollen. Die Kollegin der FREIEN WÄHLER hat es schon gesagt: Am 22. Januar wurde der erste Bericht an Sie weitergeleitet. Es befindet sich ein zweiter Bericht auf Antrag der FDP-Fraktion im Werden. Dieser wurde gerade noch mit dem Wissenschaftsministerium abgestimmt. Den bekommen Sie in den nächsten Tagen. Diesen Bericht habe ich gerade wieder zurückbekommen. Dieser Bericht liegt schon vor, wurde aber noch nicht versandt. Einen Bericht gibt es aber schon. Es stimmt also nicht, dass wir gar nicht berichtet hätten. Mein Mitarbeiter hat beispielsweise am 3. Dezember im Ausschuss auf die Fragen geantwortet. Ich möchte den Eindruck, wir wären dem Wunsch des Landtags nicht nachgekommen, nicht so stehen lassen. Wir sind immer Ansprechpartner für Sie gewesen, wenn es Fragen gegeben hat. Der erste Bericht ist bereits am 22. Januar wie zugesagt an Sie ergangen. Der zweite folgt in den nächsten Tagen. Das möchte ich hier klarstellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich war in den letzten Wochen viel in Krankenhäusern unterwegs und habe mich immer speziell nach der Kinderversorgung erkundigt, erst letzte Woche in Nürnberg. Auch da höre ich immer wieder: Ja, es kommen Situationen vor, dass wir mal, weil Pflegepersonal krank ist, kurzfristig Betten nicht belegen können. – Aber ich höre auch immer wieder, dass jeder bemüht ist, dass die Versorgung adäquat aufrechterhalten wird.

Ich darf Ihnen auch sagen, dass wir im Bereich München im Speziellen – es ist vor allem der großstädtische Ballungsraum – noch mal mehr Schwierigkeiten haben, ausreichend Pflegepersonal zu erreichen. Deswegen dürfen wir die Situation, die in München da und dort herrscht, nicht auf ganz Bayern übertragen. Das möchte ich an dieser Stelle so deutlich sagen, weil ich es sehr schade finde, dass wir die Eltern in Bayern durch die Behauptung verunsichern, die Kinder würden nicht mehr versorgt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist nach wie vor so, dass Kinder in Bayern gut versorgt werden.

Ich weiß, dass wir uns auf Bundesebene weiter dafür einbringen wollen. Deswegen steht im Koalitionsvertrag, dass wir bei den DRGs bei den Kindern Nachholbedarf haben. Deshalb gibt es die sogenannten Kindersplits. Für mich wäre es notwendig, da noch mehr Geld für die Kinder auszugeben. Das steht doch gar nicht infrage.

Aber ich sage Ihnen auch, dass viele Krankenhäuser gerade in der Fläche sich der Verantwortung für die kindermedizinische Versorgung bewusst sind und bereit sind, als Krankenhausträger mit zu investieren. Das sei an dieser Stelle auch mal mit Dank erwähnt. Aber wir sind auch hier im Gespräch mit der Bundesebene. Es soll hier Verbesserungen geben, weil es notwendig ist.

Wenn es um das Finanzielle geht, muss man schlichtweg sagen: Betriebskostenfinanzierung – das ist die Problematik, die hier vor allem angesprochen gehört – betrifft die Bundesebene. Wir in Bayern kümmern uns, wie es die Kollegen schon gesagt haben, um die Krankenhausplanung. Wir schauen das sehr adäquat nach. Wir schauen genau, wo noch Krankenhausbetten gebraucht werden. Deswegen wird es demnächst in Weiden eine neue Kinderchirurgie geben.

Ich denke auch an die Kinderpsychiatrien und die Kinderpsychosomatiken im Land, die wir in den letzten Jahren aufgebaut haben. Da ist wirklich viel gelaufen, gerade für Kinder und Jugendliche. Es ist immer vom Freistaat Bayern zusammen mit den Bezirken finanziert worden. Da haben wir in den letzten Jahren ganz viel vorangebracht. Das ist unser Bereich hier in Bayern – Krankenhausplanung, Krankenhausförderung. Da haben wir, gerade was die Kinderpsychosomatik und -psychiatrie betrifft, in den letzten Jahren ganz viel auf den Weg gebracht.

Gleichzeitig bringen wir uns ein, wenn es darum geht, hier auf Bundesebene weiterzukommen. Dies betrifft etwa den Pflegebereich, wenn ich an das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz denke. Im Moment liegt es nicht mehr unbedingt daran, aus finanziellen Gründen keine Pflegekraft einstellen zu können, sondern daran, ob die Pflegekraft da ist. Das ist die Schwierigkeit im Ballungsraum München. Das ist ein Thema, das uns gemeinsam beschäftigen sollte. Da geht es auch um Wohnraumkosten und all diese Themen.

Mir ist an dieser Stelle ganz wichtig zu sagen: Wir tun alles, damit die Kinder in Bayern gut versorgt werden. Ich kann Ihnen sagen: Es ist schlichtweg nicht so, dass die Kinder bayernweit überall abgewiesen werden. Das stimmt so nicht,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

sondern es ist sicher mal punktuell so, dass da und dort mal jemand aus Personal-mangel vielleicht dieses eine Kind zur adäquaten Versorgung lieber in das andere Krankenhaus bringt. Das liegt vielleicht daran, dass diese intensivmedizinische Maßnahme in diesem Augenblick an einem Krankenhaus nicht durchgeführt werden kann. Dann ist das medizinisch notwendig und sinnvoll.

Das muss man unterscheiden. Klar setzen wir uns weiter dafür ein, dass die Kinderstationen besser ausgestattet werden, weil es notwendig ist. – Aber bitte nicht diese generelle Aussage, die Kinder würden bayernweit nicht gut versorgt. So ist es nun mal nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Staatsministerin, es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Erste Bemerkung: Frau Ruth Waldmann. Bitte schön.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrte Frau Ministerin, es zeigt sich, dass wir dieses Fachgespräch dringend führen müssen. Da Sie auf uns nicht hören wollen, müssen wir eben auch mit den Experten und den Beteiligten reden. Vielleicht hilft das. Es ist einfach nicht zutreffend, wenn Sie hier sagen, dass Kinder teilweise deswegen verlegt werden, weil das für ihre Versorgung besser sei. Davon ist hier überhaupt keine Rede. Teilweise war die Hälfte der Kinderbetten in Intensivstationen vom System abgemeldet. Das Problem gibt es ganz vornehmlich an den bayerischen Universitätsklinika.

Sie haben gesagt, die Kinderärzte und Kinderpflegekräfte tun ihr Bestes. Richtig. Aber von denen kommt ja nun der Hilferuf. Sind die Unterstützer der Petition – Hebammenverband, Kinderschutzbund, Kinderkrebshilfe, Haunersches Kinderspital – alle uninformiert und machen da Panik? – Das kann wohl nicht sein.

Zum Thema Personalmangel: Es hat sicher nicht zur Lösung beigetragen, dass die neue generalistische Ausbildung in Bayern jetzt nicht im Frühjahr starten kann.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Die startet!

Ruth Waldmann (SPD): Aber noch mal: Niemand hat gesagt, dass nirgendwo Kinder versorgt werden können, sondern es hieß, dass immer wieder Kinder auch mit intensivmedizinischem Bedarf abgewiesen werden müssen. Dabei kann es nicht bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): In meine Zuständigkeit – das wissen Sie ganz genau – fallen die Krankenhäuser, die im Krankenhausplan stehen. Deswegen kann ich hier vor allem für die sprechen. Sie wissen aber auch, dass sich mein Kollege im Wissenschaftsministerium sehr wohl um die Häuser, die zum Wissenschaftsbereich gehören, kümmert und sich dort mit einbringt und mit einsetzt und sehr wohl bei Gesprächen in Berlin dabei ist, um die Versorgung in Bezug auf die Universitätskliniken weiter voranzubringen.

Aber für mich ist wichtig, dass wir auf die ganze Fläche in Bayern schauen. Deswegen habe ich gesagt, wir müssen aufpassen, dass wir nicht alle Eltern in Bayern verunsichern. Es gibt in meinen Augen den Bereich in München, den man sich vielleicht da und dort genau anschauen muss, um festzustellen, wo die Ursachen sind. Die sind vielfältig. Aber wir dürfen nicht die Situation, die wir da und dort in München haben, auf ganz Bayern projizieren, weil das nicht die Situation in ganz Bayern ist.

Die Generalistik wird in Bayern im Frühjahr beginnen können. Da sind meine Informationen anders als Ihre. Die letzten Zahlen, die ich gehört habe, sind, dass von 22 Pflegeschulen, die normalerweise im Frühjahr begonnen haben, 18 auch heuer im Frühjahr beginnen werden. Aber ich kann den Zahlen gern noch mal nachgehen, damit Sie die dann erhalten. Aber das waren die letzten Zahlen, die ich gehört habe. Die Generalistik in Bayern beginnt im Frühjahr, weil es wichtig ist, weiterhin Pflegepersonal zu bekommen. Da bin ich völlig bei Ihnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Zwischenbemerkung: Abgeordneter Andreas Winhart. Bitte schön.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, Sie haben gerade ausgeführt, dass Sie regelmäßig Kliniken besuchen, wo es Kinderstationen gibt,

beispielsweise in Nürnberg. Jetzt habe ich der örtlichen Presse entnehmen können, dass Sie sich gerne auch um die Geburtshilfestationen kümmern, beispielsweise am 21. Februar in Bad Aibling, zufälligerweise kurz vor der Kommunalwahl. Da hoffe ich doch, dass es da gute Nachrichten für die Wiedereröffnung gibt. Oder wollen Sie Ihre CSU-Kollegen vor Ort im Regen stehen lassen? – Das hoffe ich doch nicht. Vielleicht könnten Sie kurz den Zwischenstand schildern.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Wir haben heute über die Kinder gesprochen. Wir haben für die Geburtshilfen im Land sehr viel getan, was von den verschiedenen Fraktionen mitgetragen wird. Das hat man in den letzten Wochen und Monaten gesehen. Daher ist es notwendig, sich die Situation vor Ort immer wieder beschreiben zu lassen. Das werde ich auch in Bad Aibling bei meinem Vor-Ort-Termin entsprechend tun, weil mich die Situation vor Ort sehr wohl immer interessiert. Wenn man vor Ort ist, bekommt die eine oder andere Lösung manchmal eine andere Möglichkeit, als wenn man Dinge nur auf dem Papier liest. Deswegen bin ich immer gerne vor Ort. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt die Ablehnung des Antrags. – Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung. Die Urnen stehen bereit. Die Abstimmungszeit ist fünf Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 18:29 bis 18:34 Uhr)

Die Abstimmung ist hiermit geschlossen. Ich unterbreche die Sitzung bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses.

(Unterbrechung von 18:34 bis 18:36 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Sitzung wieder und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt über den Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner und anderer (SPD) betreffend "Dramatischer Notstand der medizinischen Versorgung: Die Kinderstationen an Bayerns Krankenhäusern müssen gerettet werden! II", Drucksache 18/4993: Mit Ja haben 64 Abgeordnete, mit Nein haben 95 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 17. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Damit schließe ich die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 18:37 Uhr)

3. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Pflegerische Angehörige entlasten III – Demenzzürfer auch in Bayern ermöglichen
Drs. 18/4312, 18/6195 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einführung von „Hochschul-Kompetenzzentren“ prüfen
Drs. 18/4473, 18/6068 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonnenland Bayern – Solarinitiative 2030 jetzt anpacken!
Drs. 18/4567, 18/6208 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Förderung des sozialen Wohnungsbaus und der Wohnbaugenossenschaften
Drs. 18/4580, 18/6179 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen fördern I –
Staatseigene Grundstücke für alternatives Wohnen
Drs. 18/4593, 18/6180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen fördern II –
Förderung zum Ankauf von Genossenschaftsanteilen
Drs. 18/4594, 18/6181 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen fördern III –
Förderung von Gründungsgutachten für neue Genossenschaften
Drs. 18/4595, 18/6182 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen fördern IV –
Landesweite Beratung für gemeinschaftliches Wohnen
Drs. 18/4596, 18/5981 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Familienfreundliche Kunst und Kulturförderung II
Drs. 18/4603, 18/6066 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Pläne zum Umzug des Staatsarchivs nach Kitzingen neu überdenken
Drs. 18/4608, 18/6064 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Einrichtung einer Expertenkommission zur Verbesserung der Patientensicherheit in Bayern
Drs. 18/4695, 18/6196 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Festsetzung von MRSA-KISS als Standard und Veröffentlichung der Zahlen
Drs. 18/4701, 18/6197 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.02.2020 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Johann Häusler u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Mehr Wertschätzung für die Beschäftigten in Bayerns Kliniken, verstärkte Pflege der Pflegenden (Drucksache 18/6217)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adje Benjamin		X	
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst		X	
Aures Inge			
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes		X	
Becker Barbara	X		
Beißwenger Eric	X		
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus	X		
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von Brunn Florian		X	
Dr. Büchler Markus		X	
Busch Michael			
Celina Kerstin		X	
Dr. Cyron Anne		X	
Deisenhofer Maximilian		X	
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex	X		
Dremel Holger	X		
Dünkel Norbert	X		
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard	X		
Eibl Manfred	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Enders Susann	X		
Enghuber Matthias	X		
Fackler Wolfgang	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert	X		
Fehlner Martina		X	
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander	X		
Flisek Christian			
Franke Anne		X	
Freller Karl	X		
Friedl Hans	X		
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus (Tessa)		X	
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias			
Gottstein Eva	X		
Graupner Richard			
Grob Alfred	X		
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Häusler Johann	X		
Hagen Martin			
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang	X		
Haubrich Christina		X	
Henkel Uli		X	
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold	X		
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Högl Petra	X		
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander	X		
Holetschek Klaus	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander	X		
Körber Sebastian			
Kohler Jochen	X		
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian	X		
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin	X		
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth			
Muthmann Alexander			
Nussel Walter	X		
Dr. Oetzinger Stephan	X		
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald	X		
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seidenath Bernhard	X		
Seidl Josef			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Stolz Anna	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen	X		
Wagle Martin	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland	X		
Westphal Manuel			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas		X	
Winter Georg	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	111	70	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.02.2020 zu Tagesordnungspunkt 7: Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u. a. SPD; Dramatischer Notstand der medizinischen Versorgung: Die Kinderstationen an Bayerns Krankenhäusern müssen gerettet werden! II (Drucksache 18/4993)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adjei Benjamin	X			Fehlner Martina	X		
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias	X		
Aiwanger Hubert				Flierl Alexander		X	
Arnold Horst	X			Flisek Christian			
Aures Inge				Franke Anne	X		
				Freller Karl		X	
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick			
Bauer Volker				Fuchs Barbara	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus			X	Ganserer Markus (Tessa)		X	
Becher Johannes	X			Gehring Thomas	X		
Becker Barbara		X		Gerlach Judith		X	
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz			X	Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin			X	Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal	X			Graupner Richard			X
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald	X		
von Brunn Florian	X			Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus	X						
Busch Michael	X			Häusler Johann		X	
				Hagen Martin	X		
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo			X
Dr. Cyron Anne	X			Halbleib Volkmar	X		
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian	X			Hartmann Ludwig	X		
Demirel Gülseren	X			Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex		X		Haubrich Christina	X		
Dremel Holger		X		Henkel Uli			X
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert	X			Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim		X	
Ebner-Steiner Katrin			X	Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra	X		
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			X
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			X
Maier Christoph			X
Mang Ferdinand			X
Mannes Gerd			X
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			X
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			X
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			X
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf			X
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas			X
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	64	95	17